



Solidarität mit den Untergetauchten und Gefangenen



Impressum:

Nr. 56 März - Mai 24

Kontakt:

Kontaktformular anonym und ohne Angabe einer email-Adresse auf:

autonomesblaettchen.blackblogs.org

oder per mail an: autonomes-blaettchen@nadir.org

PGP-Key auf Anfrage und auf der Homepage

Fingerprint: 962E E3CF F873 19AA 5647 5D93 E37A 4489 E058 5969

Einsendeschluss: alle drei Monate:

1. Juni, 1. September, 1. Dezember, 1. März

Post:

Erna Stark

Klaus-Müller-Kilian-Weg 1

30167 Hannover

Homepage(s):

autonomesblaettchen.noblogs.org

autonomesblaettchen.blackblogs.org

Alle Ausgaben dort auch online.

ViSDP: Uwe Binias, Waterloostr. 9, Hannover

Für den Fall, dass einige der linksradikalen Webseiten nicht aufzurufen sein sollten, empfehlen wir euch auf folgenden Seiten nach Informationen zu suchen. Die .onion-Seiten sind im "Darknet" (nur über den **Tor-Browser**) erreichbar.

<https://de.indymedia.org>

<http://dvqlamnbzli62qfyt5faspunueqdx4csrslhpc2z3haiflnrn6dqd.onion/>

<http://z3wodkq7fhc5jjscptwjf2pojnnaylo6e6eba52icefvg5jbbiykeid.onion/>

<http://gsxabcjvcrdl66ycimkwra2nxzwvvy2idef4twi7elojuzm5ztt5abqyid.onion/>

solidarischer zusatzlink:

<http://hq73inugsyl5pzhnbm2uonuq6h2veztdhicvoiefhlofrzbbwa57xsad.onion/>

barrikade.info

kontrapolis.info

<http://kontrpolioglInxrcdwwxfszih4pifyidfjgq4ktfdu6uh4nn35vtuid.onion/>

knack.news

<http://knackriotpvczb6xja67gsmbks35n7mvwfxcdj5tlqhfictgz42vjvad.onion/>

tumulte.org

Für sensible Veröffentlichungen raten wir dringend, ein Tails-Betriebssystem zu nutzen -> tails.boum.org Geht zusätzlich an einem Ort ins Netz, der Euch nicht zugeordnet werden kann.

Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitung bleibt solange Eigentum der Absender_in, bis sie der_dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird ein Teil der Zeitung der_dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist dieser und nur dieser unter Angabe der Gründe für die Nichtaushändigung der_dem Absender_in zurückzusenden. Der Rest ist der_dem Gefangenen persönlich auszuhändigen.

Info zu unserer Sprachpolitik

In diesem Heft finden sich verschiedene Beiträge mit verschiedenen Sprachpraxen. Einige nutzen Sterne oder Unterstriche als Darstellungsraum für jene, die sich beispielsweise jenseits von Leser und Leserin definieren oder sich in beidem wiederfinden. Wir finden das richtig und verwenden diese Schreibweise dementsprechend in unseren Beiträgen. Wir würden uns wünschen, dass diese Praxis beibehalten wird. Das gilt auch für Übersetzungen, auch wenn wir wissen, dass das nicht immer ganz einfach ist. Drucken wir jedoch externe Beiträge ab, ändern wir die Schreibweise nicht eigenhändig. Einerseits kennen wir die Beweggründe der Autor_innen nicht und andererseits denken wir, dass die Sprachpraxis auch immer etwas über die Schreibenden und ihre Politik aussagt. Die Bewertung dieses Umstands liegt dann bei euch.

Solidarität mit den Untergetauchten und Gefangenen	1
Gedanken eines Gesuchten	4
(B) Soliangriff für die Gefangenen & Gesuchten	5
Schlechtes Wetter, harte Zeiten! Für die Demokratie fighten?	6
Ernst Kirchweger unvergessen	9
Die eine Welle mitnehmen, die andere brechen!	10
Leipzig Calling	14
Ein paar Worte zu Knast und der aktuellen Repression	15
Zeug:innen Vorladungen zu Burkhard, Daniela und Volker	17
G20-Rondenbarg-Prozess in Hamburg	18
Alljährliches chaotisch-anarchistisches Treffen #2	21
Wir haben ein Flugblatt auf einer Demo aufgegriffen, überarbeitet und weiterentwickelt.	22
Überall Gespenster	24
Arroganz ist keine Waffe!	25
Neuigkeiten zum falschen Kölner Outing der IL	26
Gegen den Feiertagsaktivismus!	27
Information zur Aktion gegen ein griechisches Diplomatenfahrzeug „Herzensangelegenheiten“	28
Perspektive Non Kongress	29
„How to... Stille Besetzungen“ Toolkit	35
ANARCHISTISCHE BÜCHERMESSE BERLIN-KREUZBERG 2024	37
Unsichere Kommunikation: (erster Teil)	40
Glasbruch bei der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr	42
Berlin: Feuer für Tesla	47
Block Tesla – Disrupt Elon	47
Gegen Umweltzerstörung, Unterdrückung und Krieg	48
(Frankreich) Zementfabrik an der A69 brennt	50
Disrupt Sehring – Kieswerk sabotiert	51
Feuer in Kieswerk Kirchseeon	52
Anarchistische Tage Bremen	52
Löcher in LNG-Pipeline	53
Vulkangruppe Tesla abschalten!	55

Moin,

jetzt, während wir das Blättchen zusammenbasteln, überstürzen sich die Ereignisse: die Medien hetzen auf's Übelste gegen die Genoss_innen, die in der RAF organisiert waren. Daniela ist gerade in Vechta weggesperrt worden und Burkhard und Volker werden gejagt. Wir wünschen Daniela erstmal viel Kraft und den anderen beiden viel Glück und Unterstützung – na und allen Denunziant_innen die Pest an den Hals.

Bemerkenswert finden wir, dass Daniela durch die Nutzung der von Rechten entwickelten Gesichtserkennungssoftware PimEyes enttarnt wurde. Das Programm hatte von einem kanadischen Journalisten den Auftrag bekommen, nach Fotos im Netz zu suchen, die sie 30 Jahre gealtert zeigen könnten, verglichen mit den alten Fahndungsfotos. Es dauerte nur Minuten, bis sie auf einem recht aktuellen Foto identifiziert wurde, das sie in einer Gruppe von Vielen zeigte. Das ist die dystopische Überwachungs-Realität des Netzes...

Reingeflattert kommt auch die Nachricht von der erfolgreichen Aktion gegen Tesla. Tesla liegt immer noch still. Eine gute Nachricht! Wir schieben noch schnell die Erklärung der „Vulkangruppe Tesla abschalten“ rein!

Warst du auch auf einer der Demos für die „Demokratie“? Warst du auch „lebendiger Verfassungsschutz“? Einige von uns waren da, haben zugehört, mit Leuten geredet, Flugblätter verteilt oder Transparente gehalten. Natürlich wird einem übel, angesichts der Propagandatüte, die Allen übergestülpt wird, die jetzt gegen Faschismus auf die Straße gehen – und mulmig in Anbetracht der Blindheit gegenüber dem Rassismus der Regierenden und der Etablierung autoritärer Herrschaftstechniken.

Wir denken, dass die Vielen auf den Straßen es ernst meinen mit dem Protest gegen die AfD. Aber wir wissen, dass diese Lichterketten-Demos wenig ändern. Es gab sie schon zuhauf in den letzten Jahrzehnten.

Es fehlt offensichtlich ein Wissen um die Faktoren, die zur Faschisierung beitragen und ein Bewusstsein von der Macht gesellschaftlicher Tendenzen. Es ist halt nicht nur eine Frage moralischer Integrität, ob Leute Faschist_innen werden. Alle Formen autoritärer Herrschaft kennen Gewinner_innen.

Als revolutionäre Antifas und Anarchist_innen werden wir nicht denjenigen den Rücken stärken, die die jetzigen Verhältnisse erhalten wollen. Wir haben auf den Demos versucht, unsere Positionen sichtbar zu machen. Inkognito, selbstverständlich.

Ein seltsames Gefühl schleicht sich ein: Die Leute gehen auf die Straße, weil die Regierenden dazu aufrufen, wie sie die staatlichen Anweisungen während der Pandemie verteidigten, wie sie daherplappern, was die offizielle Lesart zum Ukraine-Krieg ist... Ist die Mobilisierung gegen die AfD

in Wirklichkeit auch eine des autoritätshörigen Bürgertums? Diskreditiert dies den ernsthaften Wunsch, nicht unter einer AfD-Regierung leben zu wollen?

Wir ringen um Interpretationen. Aber wir sind zum Glück nicht die Einzigen, die sich mit Faschisierung beschäftigen. Ein uns zugeschickter Text wirft so viele Fragen auf, die wir uns auch gestellt haben, dass wir auf einen eigenen verzichten. Anschließend an eine Debatte, die es vor Jahren auch im Autonomen Blättchen gab, denken auch wir: das ist erst der Anfang. Es ist Zeit für eine Wiederbelebung der Debatte. Der Text „Ja, das war erst der Anfang!“ könnte dazu taugen.

Aufgrund des Umfangs hat es der Text der Broschüre „Gegen jeden Krieg!“ nicht ins Heft geschafft, dieser hätte fast die Hälfte des Blättchens in Anspruch genommen.

Die Diskussion, auf die sich der Text „Versöhnlich zum nächsten Riot“ bezieht, war bisher nicht im Blättchen abgedruckt und alleinstehend machte es für uns keinen Sinn den Text abzudrucken.

Außerdem sind folgende Texte draußen geblieben:

Durchsuchungen gegen ZORA // Wie bereiten Sie sich auf das Hamburger Festival Krieg und Frieden vor? // Gründet Hausgruppen und Mieter*innengewerkschaften!

Wir bekommen oft Post, in der wir um das Verschicken einzelner Exemplare gebeten werden. Wir machen das nur an Leute, die im Knast oder in knast-ähnlichen Einrichtungen festgehalten werden. Sonst macht das zu viel Arbeit und ist unverhältnismäßig teuer für ein Blättchen, das umsonst ausliegt. Tut uns leid. Aber schaut doch mal, wo der nächste Infoladen in eurer Nähe ist. Oder ladet euch das Blättchen als pdf von unserem Blog runter. Anders können wir es leider nicht machen.

Wir bedanken uns für die vielen Dankeszeilen, die wir für unser Arbeit bekommen haben; und für das Geld! Merci!

Ach, und auch für die Kritik an uns, bzgl. der Brände in M (nicht für den Abdruck bestimmt). Wir haben's kapiert und werden zukünftig vorsichtiger formulieren.

Einen solidarischen Gruß an alle untergetauchten Antifas, Ex-RAFler, Anarchist_innen und Leser_innen! Ihr seid nicht allein!

Viel Muße und Erkenntnis beim Lesen, euer Blättchen-Kollektiv.

Gedanken eines Gesuchten

Hallo liebe Genoss:Innen,

ich kann zu mir leider nicht viel sagen außer das ich Antifaschist bin und das per Öffentlichkeitsfahndung nach mir gesucht wird. Ich habe mich nach langem Überlegen und Diskussion dazu entschieden mit diesen Worten ein zumindest halbwegs öffentlichen Umgang mit der Fahndung zu finden, obwohl sie bisher zum Glück erfolglos ist. Ich habe damit die Möglichkeit etwas gegen meine Ohnmacht zu tun und ein bisschen aus dem Innenleben eines gesuchten Antifaschisten zu erzählen. Außerdem möchte ich die Gelegenheit nutzen und sagen was mir im Umgang mit der Repression geholfen hat und an euch appellieren.

Als ich über die Öffentlichkeitsfahndung informiert wurde, wusste ich was ich tun muss. Zu meinen Genoss:Innen gehen. Ich hatte im Moment des unmittelbaren Schocks Menschen die mir zur Seite standen. Mit denen ich über meine Gefühle reden konnte, mit denen ich aber auch vor allem diskutieren konnte was die nächsten Schritte und der weitere Umgang sein könnten. Diese Genoss:innen stehen auch heute noch an meiner Seite und sind oft genug der Grund warum ich mich trotz der Repression noch nicht in ein bürgerliches Leben verzogen habe. Nicht nur weil sie mich auffangen sondern in erster Linie weil sie mit mir diskutieren, wie es politisch weiter gehen kann und weil sie allen Angriffen auf unsere Bewegung zum Trotz nie aufhören den politischen Kampf fort zu führen. Dieser letzte Punkt, das Fortführen des Kampfes gegen Staat und Kapital, ist was mich am meisten bei der Stange gehalten hat. Ich bin in den Wochen nachdem

ich von der Öffentlichkeitsfahndung erfahren habe depressiv geworden, hatte Schlafstörungen, bin nicht zur Arbeit gegangen. Meine politische Arbeit konnte ich jedoch fortführen. Weil ich Genoss:Innen habe die mir mit großer Selbstverständlichkeit obwohl ich gesucht werde die politische Betätigung voll umfänglich möglich machten und heute immer noch machen. Die Solidarität ist in erster Linie das was dafür sorgen konnte das die Repression ins Leere gelaufen ist. Das weiter Machen ist allerdings auch kein zu unterschätzender Punkt: wenn die antifaschistische Bewegung nicht weiter kämpft und aus der Repression keine offensiven Lehren zieht dann hat die Repression getroffen, dann gehe ich ohne Rückhalt, ohne Sinn in den Gerichtssaal, sollte ich einmal entdeckt werden.

Ich denke das nicht möglichst verschwiegene, kleine, klandestine Organisationen uns vor der Repression schützen sonder im Gegenteil eine möglichst große, lebendige, vielseitige und schlagkräftige Bewegung der effektivste Schutz gegen Repression ist. Ein solche Bewegung ist der Grund warum ich kämpfe und der einzig sinnvolle Weg den ich sehe. Ich meine aber nicht, das nicht auch klandestine und verlässliche Organisationen notwendig sind um in unserer jetzigen Situation und in Zukunft auch in den Phasen der Schwäche revolutionärer oder potenziell revolutionärer Bewegungen den Kampf aufrecht zu erhalten.

Ich denke wir dürfen unsere Aktionen -gerade die militanten- gegen Staat, Kapital und Faschismus niemals einstellen. Wenn wir merken das eine Aktionsform nicht mehr geht weil sie zu viel Repression nach sich zieht dann müssen wir die Aktionsform ändern, nicht aber das Niveau der Attacke senken oder die Legitimität der militanten Aktion als solche in Frage stellen.

Der politische Umgang mit Repression ist schwierig, aber notwendig. Die Repression trifft in den allermeisten Fällen Einzelne, sie ist schmerzhaft, sie vereinzelt einen wenn man nicht dagegen kämpft und niemanden hat der mit einem kämpft. Der politische Umgang mit Repression, seien es politisch geführte Gerichtsprozesse, Solidaritätsveranstaltungen oder militante Aktionen sind aber der einzige Weg auf Dauer die betroffene Person und die Bewegung zum weiter machen zu befähigen. So ist auch dieser Text nicht als ein Beugen, ein Bekenntnis zur Hilfslosigkeit zu verstehen sondern als ein „Fickt euch!“ an die Repressionsorgane.

Zuletzt möchte ich noch allen Gefangenen und Untergetauchten viel Glück und Freiheit wünschen, denen ich mich seit ich gesucht werde noch ein Stückchen näher fühle.

Feuer und Flamme der Repression!
Freiheit für alle politischen und sozialen Gefangenen!



(B) Soliangriff für die Gefangenen & Gesuchten im Budapest-Verfahren

Dokumentation

Ganz in der Nähe der Museumsinsel - dem Ort an dem Deutschlands Raubschätze als kulturelles Erbe ausgegeben werden - haben wir in der Nacht zum 26. Januar das Collegium Hungaricum (CHB) besucht. Wir haben #ehrenlos an das Gebäude gesprüht und zahlreiche Scheiben eingeschlagen.

Das CHB gehört zum Netzwerk ungarischer Kulturinstitute um den Austausch zwischen Deutschland und Ungarn zu fördern. Das Grundstück in der Dorotheenstraße in Mitte wurde Ungarn als Schenkung überlassen. Es wird sich die Frage stellen, warum wir einem wissenschaftlichen Institut die Scheiben eingeschlagen haben.

Das Collegium Hungaricum ist nicht irgendein Seminar- oder Kulturraum, sondern es finden sicherheitspolitische Konferenzen statt um Deutschlands und damit Europas Ziele zur systematischen Abschottung der Aussengrenzen zu definieren. Zum Beispiel 2015 ein Kongress zur IT-Sicherheit mit dem Innenministerium und dem Grünen Abschiebeexperten Konstantin von Notz.

Die Deutsch-Ungarische Gesellschaft, ein nationalistischer Verband der eng mit dem Haus des Deutschen Ostens, ein ebenso nationalistischer Verband der Vertriebenen, verwurzelt ist, hielt verschiedene Veranstaltungen ab.

Im vergangen Oktober besuchte der ungarische Amtschef des Ministerpräsidenten, Gergely Gulyás, auf Einladung der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft eine Veranstaltung im CHB. Es ging wie zu erwarten um die Migrationspolitik Deutschlands und Europas.

Neben der Diskussion um eine härtere Gangart gegenüber reisenden Schutzsuchenden und der strikteren Abschottung Europas ging es um den auch hier stattfindenden, rassistischen Diskurs zu „importiertem Antisemitismus“ und die angebliche Bedrohung durch Migration für Europa. Verwundern tut es nicht, dass die eingeladene Presse dazu die Junge Frei-

heit und Tichys Einblick waren. Den Abend eingeleitet hatte, laut Junge Freiheit, der Präsident der Deutsch-Ungarischen-Gesellschaft, Gerhard Papke. Der sagte über Budapest: „Es gibt dort kein mörderisches Allahu Akbar-Gebrüll auf den Straßen. Solche Leute lassen die Ungarn nicht in ihr Land. Sie sind klüger!“

Der ungarische Staat ist Triebkraft und wichtiger Partner, wenn es darum geht das Morden und die Abschottung an den EU Grenzen voranzutreiben und führt zudem seit langem eine rassistische Kampagne gegen Sinti*zze und Rom*nja im eigenen Land. Offen NS-verherrlichende Demonstrationen, wie der jährliche Tag der Ehre, werden hier im europäischen Vergleich vom Staat besonders akzeptiert und gefördert.

Den im letzten Jahr deswegen verhafteten Antifaschist*innen und den in diesem Zusammenhang Gesuchten gilt unsere Solidarität, die wir mit dem Angriff zum Ausdruck bringen.

Im Falle der internationalen Hetzkampagnen, Einschüchterungen durch die Repressionsbehörden und vermutlich anstehenden Auslieferungen können wir nicht schweigend zuschauen, sondern müssen uns aktiv in das Geschehen einmischen. Es reicht nicht aus, nur die Nazis und ihre Strukturen anzugreifen, auch die rechten Think Tanks und medialen Akzeptanzbeschaffer der angeblich überlegenen europäischen Kultur sind legitime Ziele.

Der Prozess in Budapest beginnt am 29. Januar - zeigen wir den Betroffenen, dass sie nicht alleine sind und zeigen wir der deutschen Justiz und dem ungarischen Staat, dass wir nicht tatenlos bleiben werden!

Freiheit und Glück für Maja (festgenommen am 11. Dez. in Berlin), Gabriele (seit 21. Nov. Hausarrest in Milano), Tobi und Ilaria, seit einem Jahr in U-haft in Budapest!

anonym

<https://de.indymedia.org/node/336609>



Schlechtes Wetter, harte Zeiten! Für die Demokratie fighten?

Zu den jüngsten Protesten gegen den Faschismus

Die Aufstände, sie kommen. Endlich auch in Deutschland und Österreich! Aber wieder nur ein Aufstand der Anständigen.

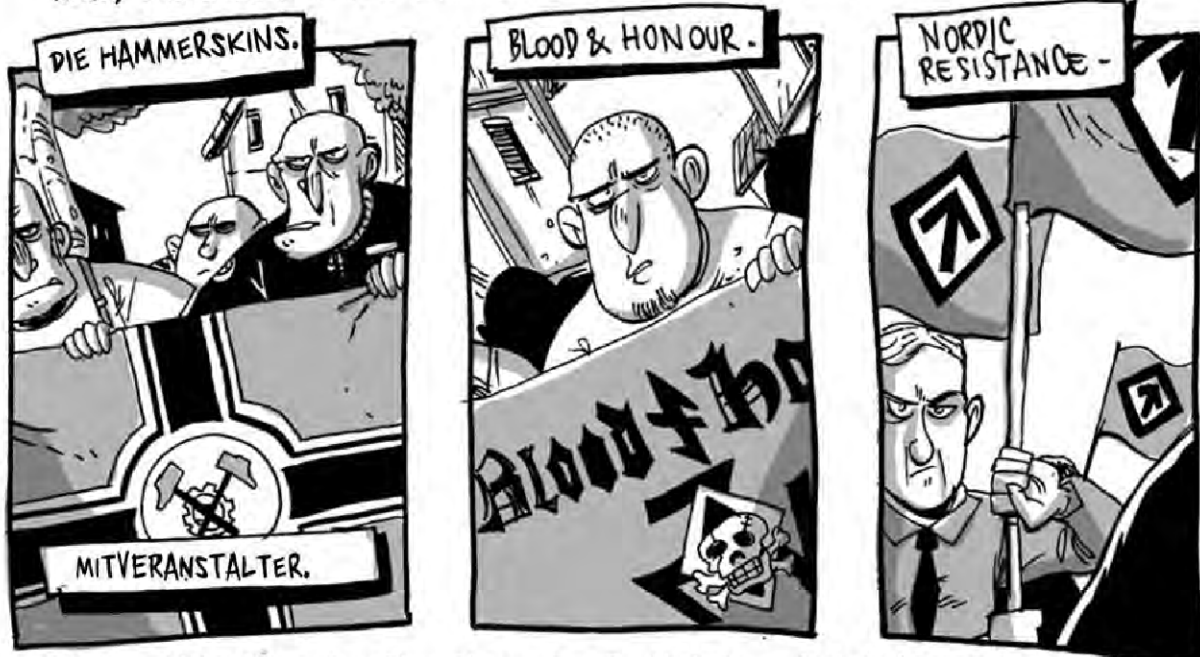
Ein Treffen von extremen Rechten, u.a. von Sellner und AfD-PolitikerInnen, in denen über Massenabschiebungen, die mehr oder weniger direkt erzwungene Auswanderung – auch von „nicht-assimilierten“ deutschen Staatsbürgern – und einem Musterstaat in Nordafrika, in dem man „Ausländer“ und ihre Unterstützer hinbringe könnte, diskutiert wurde, hat Wellen geschlagen und eine breite Protestbewegung mit extrem großen Demonstrationen in Deutschland und zum Teil auch in Österreich ausgelöst. Man sollte diese Vorhaben und dieses Treffen nicht kleinreden und braucht sich keine Illusionen darüber zu machen, dass dies bloße Rhetorik und Fantasien, die dann nicht umgesetzt werden würden, sind. Natürlich entsprechen solche Vorhaben genau der Ideologie der extremen Rechten und sind daher weder überraschend noch neu, trotzdem bedeutet die konkrete Diskussion solcher Vorhaben – gerade auch mit Partei-PolitikerInnen, die bald eine Macht-Option besitzen könnten – einen Schritt auf den Weg zu ihrer Umsetzung.

Die Vehemenz und die Empörung, mit der nun darauf reagiert wird, muss allerdings angesichts der jüngsten Verschärfungen im Bereich der Migration irritieren. Letztes Jahr wurde mit der GEAS-Reform eine massive Verschärfung des europäischen Asylrechts beschlossen – ohne dass es zu großen Protesten gekommen wäre. [1] Olaf Scholz erklärte vom Titelblatt des Spiegels, dass endlich in großen Stil abgeschoben werden muss. Erst vor ein paar Tagen wurde in Deutschland das Rückführungsverbesserungsgesetz beschlossen, mit dem Abschiebungen weiter erleichtert werden sollen. [2] Die deutsche Innenministerin Faeser blickt mit Interesse nach Italien, das im Meer aufgegriffene Migrant*innen nach Albanien bringen will, um Asylverfahren dort durchführen zu lassen. Die CDU fordert in ihren Grundsatzprogramm-Entwurf, dass jede Person, die in Europa Asyl beantragen will, in ein Drittland gebracht werden soll und dort Asylverfahren durchlaufen und ggf. Asyl erhalten soll. Dieser Vorschlag unterscheidet sich kein bisschen vom AfD-Programm. [3] Auch die ÖVP fordert Abschiebe-, Verfahrens- und sogar Strafzentren im Ausland. [4] Überhaupt ist Österreich unter seiner schwarz-grünen Regierung längst schon eine Kooperation mit Großbritannien eingegangen, um ein eigenes Ruanda-Modell zu verwirklichen. [5] Auch der Entzug der Staatsbürgerschaft (und eine darauffolgende Abschiebung) ist eben kein Novum. In Österreich ist es bei terroristischen Aktivitäten möglich, dass die Staatsbürgerschaft entzogen wird, wenn noch eine weitere Staatsbürgerschaft vorhanden ist. [6] In Deutschland wurde in Debatten um Antisemitismus aus der CDU gefordert, die deutsche Staatsbürgerschaft zu entziehen. [7] Auf dem Treffen hat Sellner von einem „hohen Anpassungsdruck“, den man ausüben könnte, um Leute außer Land zu bekommen, gesprochen. [8] Wie sehr unterscheidet sich das davon, dass Nehammer in seinen Österreich-Plan „Integration heißt Anpassung“ – und zwar um jeden Preis – deklariert? [9]

Bewegungen haben natürlich willkürliche und oft zufällige Initialzündungen. Dingen, die schon hundert Mal so passiert oder eben gar nicht neu sind, werden plötzlich zum Stein des Anstoßes. Dennoch ist die Gleichzeitigkeit von breiter, stillschweigender Akzeptanz dessen, was gerade schon stattfindet, und der Angst vor der faschistischen Gefahr bemerkenswert. [10] Es gilt das alte Lied: Während man sich vor den FaschistInnen, die allerdings noch gar nicht an der Macht sind, und deren Plänen fürchtet – was ja durchaus berechtigt ist – sind es die regierenden Demokrat*innen, die fleißig die Festung Europa ausbauen, Menschen auf der Flucht in Lagern pferchen oder sie ins Meer stoßen lassen, die Gesetze verschärfen und Abschiebungen organisieren. Vor diesem Hintergrund spielt das demokratische Aufstehen gegen die rechtsextremen Pläne, die plötzlich erwachte Angst vor dem Faschismus eine ganz bestimmte Rolle. Natürlich gibt es gute Gründe, die faschistische Gefahr ernst zu nehmen und dagegen zu demonstrieren. Leute gehen durchaus aus Angst um Freund*innen, die von solchen Plänen betroffen sind, um sich selbst, um andere Menschen auf die Straße. Und doch sorgt die plötzliche Fokussierung auf den Faschismus dafür, einen einschneidenden Unterschied zwischen demokratischen und faschistischen Abschiebungen aufzumachen [11] Die „Brandmauer gegen Faschismus und Rassismus“ (FFF Wien) wird gerade so errichtet, dass die ganzen jetzt schon stattfindenden rassistischen Praktiken, die Abschiebungsmaschinerie innerhalb der Mauern liegen. Die faschistischen Pläne werden so zu etwas gemacht, das gar nichts mit den herrschenden Verhältnissen und der jetzigen Migrationspolitik zu tun haben. Man kann die Abschiebepläne der extremen Rechten kritisieren und zu den real stattfindenden Abschiebungen rein gar nichts zu sagen haben oder diese sogar – vielleicht mit Bauchschmerzen – zu rechtfertigen. Nicht mehr die Existenz von Grenzen überhaupt wird zum Skandal oder – zumindest noch – das immer härtere Vorgehen gegen Migrant*innen, sondern nur deren extrem rechte Variante, die – und das muss man nochmals betonen – selbst noch gar nicht an der Regierung ist. Indem der Faschismus zum unmittelbar bevorstehenden Horror wird, wird die herrschende Politik zu etwas, das akzeptiert und um jeden Preis verteidigt werden muss. [12] Weil eine faschistische Zukunft droht, muss die schlechte Gegenwart in alle Ewigkeit andauern und verlängert werden.

Überhaupt muss die behauptete absolute Dringlichkeit in Frage gestellt werden: Das bedeutet nicht daran zu glauben, dass die extremen Rechten nicht meinen, was sie sagen, oder dass sie sich dann (in Regierungsverantwortung) schon selbst zerlegen würden. Allerdings hat die Erfahrung gezeigt, dass die Regierungsbeteiligung oder -übernahme rechtsextremer und (post)faschistischer Parteien in West- und Nordeuropa in den letzten Jahren eben nicht die direkte autoritäre Machtergreifung bedeutet hat. Vielmehr haben diese Parteien nicht die Demokratie abgeschafft, sondern gerade rassistische, antifeministische und sozialchauvinistische Gesetzesvorhaben vorangetrieben, die allerdings genauso auch von demokratischen Parteien vorgeschlagen oder umgesetzt werden könnten. Der Unterschied zwischen Demokraten und extremen Rechten an Macht ist also vorläufig höchstens ein gradueller. (Das heißt nicht, dass FaschistInnen unter bestimmten Voraussetzungen nicht auch versuchen, ein au-

NAJA, DAS GANZE NETZWERK DER TEILNEHMER BESTEHT AUS IHRESGLEICHEN.



GRUPPEN AUS ITALIEN, FRANKREICH, DEUTSCHLAND, SKANDINAVIEN, DEM BALKAN, DIE ALLE FÜR HUNDERTE ANGRIFFE – UND MANCHMAL AUCH FÜR MORDE – VERANTWORTLICH SIND. GEGEN AUSLÄNDER, HOMOSEXUELLE, MINDERHEITEN.



toritäres Regime zu errichten, aber es ist zumindest heutzutage und in unserer Region nicht der erste Schritt.)

Dass es nun allerdings vielerorts von der Bedrohung der Demokratie die Rede ist und man diese verteidigen will – die Großdemonstration in Wien am 26.01 trägt genau den Titel „Demokratie verteidigen“ – ist eine bedeutungsschwere Verschiebung. Es geht nun nicht mehr zentral um die (Massen)-Abschiebungen von Menschen, um die konkreten Leben, die in den Plänen der extremen Rechten und durch das staatliche Handeln bereits jetzt bedroht sind, sondern um das doch recht allgemeine Ideal der Demokratie, bei dem man nicht so recht weiß, was das dann alles beinhalten soll. Grenzen, Abschiebungen, das Vorgehen gegen Seenotrettung, Pushbacks, das Ertrinken-lassen von Geflüchteten, Anpassungsdruck durch das Ersetzen von Sozialleistungen durch Sachleistungen oder durch die Ausweitungen von Ansässigkeitsklauseln für Sozialleistungen gibt es ja alles – schön demokratisch – schon. Man kann nur hoffen, dass, wenn von Demokratie gesprochen wird, zumindest noch eine Verteidigung des Asylrechts gemeint ist. Dieser Schwenk auf die Demokratie – dessen formales Gerüst von Rechten in westeuropäischen Regierungen zunächst gar nicht angetastet wird – entfernt die Auseinandersetzung von den konkreten inhaltlichen Praktiken und Plänen, um denen es eigentlich geht und die zum Teil jetzt schon stattfinden. Man könnte meinen, dass für viele die

Demokratie zum Selbstzweck wird und noch jede Schweinerei stattfinden kann, wenn sie nur von Demokrat*innen durchgeführt wird. Im Willen, die Demokratie zu verteidigen, drückt sich vielleicht auch noch etwas anderes aus: dass man ganz persönlich Angst vor einer Machtübernahme der extrem Rechten hat und auch sich selbst schützen will, eine Sorge, die natürlich auch wir teilen. [13] Aber diese Angst wird befremdlich, wenn es dabei nur um den eigenen Schutz geht und man nichts zu denen – von Arbeitslosen bis Migrant*innen – die bereits jetzt von (de facto) rechter Politik betroffen sind, zu sagen hat.

Um es nochmals etwas polemischer zu sagen: Es ist wohl kein Zufall, dass die Correctiv-Recherche den Titel „Geheimplan gegen Deutschland“ trägt. [14] Es ist, als wären nicht Menschen von den Abschiebungsplänen betroffen, sondern Deutschland selbst. Das neue Deutschland, das seine Vergangenheit ja so gut aufgearbeitet und bewältigt hat, das erste Opfer der neuen Rechten! So manche haben wohl vor allem Angst davor, dass die AfD (und die FPÖ) ihnen die Wiedergutwerdung kaputt machen könnte.

Es hilft aber alles nichts. Sich grantig an den Spielfeldrand zu stellen, ist auch dieses Mal wenig hilfreich. Es ist trotzdem sinnvoll in den Bewegungen und Demonstrationen präsent zu sein und versuchen das Ziel der Demonstrationen und die Kritik über die extreme Rechte hinaus zu lenken.

Weder muss man sich jeder Aktionseinheit verschließen (was ohnehin gerade nicht allzu oft stattfindet), noch sollte man darauf hoffen, dass das größtmögliche Bündnis gegen rechts zum Erfolg führen wird. Nicht nur, weil dann mitunter jede erdenkliche Schweinerei gerechtfertigt wird, da ja die Einheit gegen Rechts aufrechterhalten werden muss, sondern weil dieses Bündnis immer brüchig bleiben würde. Unüberwindbar große Skrupel mit den FaschistInnen zusammenzugehen, hatten die Konservativen und die Mitte schlussendlich dann doch nie.

Diese Demonstrationen zu kritisieren, heißt nicht, sich auf dieser Kritik auszuruhen. Die Gefahr, die von der extremen Rechten ausgeht, ist real, die Schrecken der herrschenden Verhältnisse ebenso. Dagegen gilt es durchaus etwas zu unternehmen. Wenn Leute gerne Großdemonstrationen und Lichtermeere besuchen, dann wollen wir niemanden davon abbringen, man sollte sich allerdings bewusst machen, dass deren Effekt gering ist (auch wenn es natürlich schön wäre, wenn es anders wäre). Man kann allerdings so einiges tun: sich antirassistisch und antifaschistisch organisieren. Man muss dafür auch nicht (immer) in der ersten Reihe stehen. Es gibt auch sonst einiges: Anti-Repressionsarbeit, Solipartys organisieren, Kohle sammeln, Schlafplätze, Essen und sonstige Unterstützung bereitstellen usw. Darüber hinaus müssen wir auch soziale Kämpfe als ein Mittel gegen den Aufstieg des Faschismus sehen. Weder muss man den Rechten dafür Zugeständnisse machen noch die Wirkmächtigkeit und Beharrungskräfte rechter Einstellungen und Projektionen verharmlosen und unterschätzen. Allerdings muss man trotzdem versuchen den Prozess, der Menschen zu Rechten werden lässt, zu durchbrechen. Bei gestandenen Rechten wird dies wohl kaum gelingen, aber vielleicht bei jenen, die noch dazu werden könnten, deren Einstellungen schwanken, aber sich immer mal wieder rechts mobilisieren lassen oder bei jenen, die rechte Politik stillschweigend mittragen (würden). [15] In Sachsen beispielsweise ist die Zustimmung zu der Aussage, dass unser Land gefährlich überfremdet sei, in den letzten zwei Jahren um 24 % auf 64 % gestiegen, nachdem die Zustimmung dazu in den vorherigen Jahren gesunken war. [16] Das ist bedrohlich genug und straft den ganzen „Wir sind mehr“-Schreien Lügen, aber zeigt auf, dass Einstellungen nicht einfach in Stein gemeißelt sind, sondern variabel und von Krisenwahrnehmungen und -erfahrungen sowie von Mobilisierungen abhängig sind. Man braucht nicht daran zu glauben, dass man rechte Einstellungen im Sinne der Neunziger-Jahre-Parole „Die Ausländer sind die falsche Adresse, haut den Bonzen auf die Fresse“ einfach umlenken kann. Wir müssen darauf setzen (und auch hoffen), dass Erfahrungen von Ermächtigung, von Autonomie und von Solidarität, die wir in den Kämpfen gemeinsam machen können, rechte Bewusstseinsbildung zumindest einschränken. In diesem Sinne also der ohnehin schon bekannte und oft genug wiederholte Aufruf: Hinein in die sozialen Kämpfe! Wir bezweifeln allerdings, dass man dafür in eine Partei eintreten muss: Es geht nicht darum, die Entscheidungen über die Kämpfe an andere zu delegieren oder diese für andere (an) zu führen, vielmehr müssen wir uns selbst organisieren sowie miteinander kämpfen und gemeinsam über deren Verlauf entscheiden. Schlussendlich muss man sich

weder von der behaupteten Dringlichkeit, dass übermorgen schon die faschistische Machtübernahme bevorstünde, noch von der vermeintlichen Größe und Aussichtslosigkeit der sozialen Kämpfe abschrecken lassen. Man kann auch im kleinen Rahmen beginnen. Um nur ein paar Dinge zu nennen: Am Arbeitsplatz mit seinen Kolleg*innen über den Lohn und die Gängelungen der Chefs sprechen und dagegen was unternehmen, sich mit anderen Mieter*innen in seinem Haus vernetzen, auf einem Platz in der Nachbarschaft hin und wieder Essen usw. für alle anbieten...

Einige Aufständische ohne Anstand

- [1] vgl. <https://www.proasyl.de/news/abbau-der-menschenrechte-von-gefluechteten-i...>
- [2] vgl. <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/rueckfuehrungen-abschiebungen-100.html>
- [3] <https://twitter.com/MenseThorsten/status/1749425386088214923?t=GbwK2sDe...>
- [4] vgl. Der Österreich-Plan, S. 51, <https://www.nachrichten.at/storage/mediadl/289396-aXzWiTjRig>
- [5] <https://www.theguardian.com/world/2023/nov/02/austria-seeks-to-adopt-uk-...>
- [6] https://migrant-integration.ec.europa.eu/news/oesterreich-staatsbuergerschaftsverlust-bei-terroristischen-aktivitaeten_de
- [7] vgl. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/hamas-terror-in-israel-politiker-entsetzt-ueber-feiern-nach-pro-hamas-kundgebung-in-berlin-neukoelln-a-a7200b7-53c9-475d-a33d-d5a4a1711143>
- [8] vgl. <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigr...>
- [9] Der Österreich-Plan S. 55 <https://www.nachrichten.at/storage/mediadl/289396-aXzWiTjRig>
- [10] Natürlich gibt es durchaus einige Gruppen und Leute, die ihre Reden und Inhalte auf diesen Demonstrationen auch gegen die herrschende (Migrations-)politik richten, aber für die allgemeinen Demoaufrufe und wohl auch sehr viele, die hingehen, gilt das gerade nicht.
- [11] Zwischen den faschistischen Abschiebungsplänen und den derzeitigen Handeln und den Vorstellungen bürgerlicher Parteien besteht natürlich noch ein qualitativer Sprung, aber es ist eben kein grundsätzlicher Unterschied.
- [12] Nicht dass er kein Horror ist, nur wäre zu bezweifeln, dass er unmittelbar bevorsteht.
- [13] vgl. <https://taz.de/Protestwelle-gegen-rechts/!5986801/>
- [14] vgl. <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigr...>
- [15] vgl. <https://ruediger-mats.jimdofree.com/texte/raus-aus-der-wohlf%C3%BChlblase/>
- [16] Vgl. <https://www.staatsregierung.sachsen.de/sachsen-monitor-2023-8897.html>

Ernst Kirchweger unvergessen

Angriff auf Wohnhaus von G. Kümel

Dokumentation

In der vergangenen Nacht haben wir das Schreibzimmer des heutigen Autors unbrauchbar gemacht. Außerdem wurden die Garagen des Hauses, in dem er in Waldems wohnt, großflächig mit einem Schriftzug versehen, der auf seine Identität als Faschist und Mörder aufmerksam macht. In Wien gibt es jedes Jahr rund um den Todestag von Ernst Kirchweger Gedenkveranstaltungen. Auch hier in Hessen wird er nicht vergessen.

Wir beginnen unser Bekenner*innenschreiben mit der Erinnerung an den Antifaschisten Ernst Kirchweger. Kirchweger, im Jahr 1898 geboren, war ein Wiener Arbeiter*innenkind. Er absolvierte eine Drogistenlehre und engagierte sich in der illegalisierten Gewerkschaftsbewegung. Während des Nationalsozialismus war er im antifaschistischen Widerstand tätig.

Er wurde im Jahr 1965 von einem Neonazi auf einer antifaschistischen Demonstration angegriffen und starb wenige Tage später an den Folgen. Die Demonstration in der Wiener Innenstadt richtete sich gegen den nationalsozialistischen Uniprofessor Taras Borodajkewycz. Günter Kümel befand sich auf einer Demonstration, die den NS-Professor unterstützte. Vor dem Hotel Sacher boxte Kümel, der an der Uni an Boxtrainings teilnahm, Ernst Kirchweger. Zwei Tage später erlag Kirchweger seinen schweren Verletzungen. Für die Tat wurde der militante Neonazi Kümel zu zehn Monaten Haft verurteilt, da das Gericht nur eine Notwehrüberschreitung in dem Angriff sah. Der Mörder verließ den Knast nach fünf Monaten Arrest. Er musste nie die Konsequenzen seiner Tat tragen.

Kümel war bereits vor seiner Tat bekennender militanter Neonazi. Er verübte unter anderem in Österreich rechtsterroristische Bombenanschläge. In der Neonazi Szene genießt er als Mörder eines Antifaschisten Ansehen. Fast 60 Jahre später ist er immer noch politisch aktiv und veröffentlicht in extrem rechten Medien.

Da in wenigen Wochen der 59. Todestag von Kirchweger bevorsteht, möchten wir mit unserer Aktion an ihn erinnern. Außerdem wollen wir Kümel zeigen, dass er auch fast 60 Jahre nach der Tat nicht unbehelligt davonkommt.

In der vergangenen Nacht haben wir das Schreibzimmer des heutigen Autors unbrauchbar gemacht. Außerdem wurden die Garagen des Hauses, in dem er in Waldems wohnt, großflächig mit einem Schriftzug versehen, der auf seine Identität als Faschist und Mörder aufmerksam macht. In Wien gibt es jedes Jahr rund um den Todestag von Ernst Kirchweger Gedenkveranstaltungen. Auch hier in Hessen wird er nicht vergessen.

- Rechten Terror gemeinsam bekämpfen, Antifa Enternasyonal!
- Nehmt FaschistInnen ihre Rückzugsräume - wir vergessen nicht, wir vergeben nicht!



Die eine Welle mitnehmen, die andere brechen!

Die „AfD“ ist aktuell auf dem Vormarsch: In ganzen Republik kassiert die rechte Partei Rekordumfragewerte von teilweise 20–30 %. Letztes Jahr wurden die ersten „AfD“-Kandidaten zu Bürgermeistern und einem Landrat gewählt. In diesem Jahr stehen gleich mehrere Landtagswahlen in ost-deutschen Bundesländern an, in denen die „AfD“ derzeit laut Umfragen die stärkste Kraft zu werden droht. Die „AfD“ in Regierungsverantwortung ist keine Dystopie mehr, sondern eine durchaus realistische Aussicht für die nahe Zukunft. Der Aufwind der „AfD“ zeigt sich aber nicht nur in Umfragewerten oder Wahlergebnissen, er schlägt sich auch in der Zunahme ihrer gesellschaftlichen Akzeptanz und im Aufbau von rechter Infrastruktur nieder. Zudem gelingt es der Partei immer mehr Strukturen aus der extremen Rechten, um sich herum zu gruppieren. Sie bildet den Kern eines „rechten Mosaiks“, das stetig mit ihr wächst.

Die antifaschistische Bewegung konnte bis heute in der Fläche keine umfassende Antwort auf den Aufstieg der „AfD“ entwickeln. Sicherlich gab und gibt es an vielen Orten gute Ansätze, positive Entwicklungen und für sich gesehen erfolgreich und unermüdlich arbeitende Strukturen. Zumindest im Westen und Südwesten der Republik hat die „AfD“ vielerorts nach wie vor Schwierigkeiten, Räumlichkeiten zu finden und ungestört Wahlkampf auf der Straße zu machen. Im Gesamten gesehen befindet sich die antifaschistische Bewegung jedoch nicht in der Offensive und hat momentan auch nicht die Schlagkraft den Aufschwung der Rechten zu stoppen.

Dieser Aufschwung ist kein vorübergehendes Phänomen. In Anbetracht sich überschneidender Krisen – von der Klimakatastrophe, über Rohstoffknappheit bis hin zu den imperialistischen Kriegen – die ihren Ursprung allesamt im Kapitalismus haben, wird sich die Lage weiter zuspitzen. Allem Anschein nach wird die „AfD“, auch mangels greifbarer linker Alternativen und tief verwurzeltem Antikommunismus, eine der Gewinnerin dieser Entwicklung sein. Sie hat ihre Rolle als Protestpartei, als vermeintliche Fundamentalopposition, als Stimme der „kleinen Leute“ gefunden.

Ohne den Blick in die berühmte Glaskugel zu bemühen, tun wir gut daran, uns früh dem Gedanken einer länger andauernden reaktionären Phase zu beschäftigen. Denn, es deutet wenig auf eine Trendwende hin. Selbst wenn die „AfD“ bei den kommenden Wahlen weiterhin in der Opposition bleibt, wird sie mit ihrer Stärke die anderen bürgerlichen Parteien weiter vor sich hertreiben. Die Fortführung und Verschärfung der momentanen Regierungspolitik der brutalen Abschottung, der aggressiven Außenpolitik mit weiterer militärischer Eskalation, einer anhaltenden Umverteilung von Unten nach Oben und Aufrüstung der Repressionsbehörden sowie Abbau von Freiheits- und Arbeitnehmer:innenrechten ist das, worauf wir uns – neben einer weiter erstarkenden faschistischen Bewegung – gefasst machen sollten.

Die scheinbar unaufhaltsame Entwicklung der konstanten Diskursverschiebung nach rechts und dem Erstarken der Faschist:innen wurde Anfang dieses Jahres kurzzeitig kräftig aufgerüttelt. Die „Correctiv-Recherche“ legte einer breiten Öffentlichkeit dar, was organisierte Antifaschist:innen seit Jahren unermüdlich recherchieren und berichten: Im rechten Lager gibt es Vernetzungen zwischen CDU/CSU, „AfD“ und an-

deren. Es gibt Teile der deutschen Wirtschaft, die mit den Faschist:innen sympathisieren. Der Rassismus der „AfD“ ist keine Worthölse, sondern es gibt innerhalb der Partei Debatten über sehr konkrete und schnell umzusetzende menschenverachtende Maßnahmen.

Der gesellschaftliche Aufschrei über das „Potsdamer Treffen“ war groß, die Recherchen wirkten wie ein Weckruf. Innerhalb weniger Wochen gingen bundesweit über eine Million Menschen auf die Straße – in einigen Großstädten alleine mehrere Hunderttausende. Dieser Trend setzte sich danach fort und auch in kleineren Städten und auf dem „flachen“ Land wurden vergleichbare Kundgebungen organisiert. Kurz wirkte es so, als wäre ein Knoten geplatzt und der Widerstand gegen Rechts bekäme zumindest teilweise endlich die Massenbasis, die eigentlich notwendig ist.

Und dennoch unterschieden sich viele der Veranstaltungen in Form und Inhalt von klassischen antifaschistischen Protesten. Über die Leitlinie „Alle zusammen für Demokratie und Vielfalt“ konnten die, die seit Jahren konsequent gegen Rechts kämpfen, berechtigterweise nur den Kopf schütteln: „Flagge zeigen“ alleine stoppt keine Faschist:innen, die momentane „Demokratie“ ist mit ihrer rassistischen Abschottungspolitik Teil der Rechtsentwicklung. Richtigerweise entwickelten antifaschistische Strukturen trotz teilweise fundamentaler Kritik an vielen Orten trotzdem ein Verhältnis zu der gesellschaftlichen Mobilisierungen und warfen sich ins „Handgemenge“. Nicht mit dem Ziel gemeinsame Sache mit CDU, SPD, Arbeitgeber:innen und Co. zu machen, sondern mit der Idee, die Basis der Bewegung für einen langfristigen und konsequenten antifaschistischen Kampf zu gewinnen.

Mittlerweile ist die „Demo-Welle“ erwartbar abgeflaut, geblieben ist eine erhöhte Sensibilität für die Gefahr von Rechts und ein Interesse an antifaschistischer Politik. Aus der kurzen Phase können wir für zukünftige Kämpfe lernen, mit dem Interesse für Antifaschismus müssen wir arbeiten. Darum soll es in den folgenden Zeilen gehen.

Das Phänomen Anti-Rechts-Demos und die Reaktion der Herrschenden

Wir denken, das Phänomen der Massendemonstrationen gegen Rechts ist nicht ohne die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu verstehen. Die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus hat in den letzten Jahren – nach anderthalb Jahrzehnten gefühltem Stillstand – Dynamik in die politische Auseinandersetzung der BRD gebracht. Massenmobilisierungen anhand von gesellschaftlichen – politischen wie ökonomischen – Widersprüchen sind wieder zu einem realen Phänomen geworden in der sonst so biedereren und demonstrationsfeindlichen BRD. Querdenken, die neue (alte) Anti-Kriegs-Bewegung, der lauwarmer Herbst und die aktuellen „Bauernproteste“ sind nur einige Beispiele dafür.

Mit einigen Einschränkungen sind die Massendemonstrationen gegen Rechts eine politische Krisenbewegung. Sie unterscheiden sich in der Ausrichtung jedoch von den bisherigen, sind die Anti-Rechts-Demos doch die erste Bewegung, die in ihrer Entstehung einen progressiven Grund-

ZUSAMMEN MIT TOBI, EINEM DEUTSCHEN ANTIFASCHISTEN, AUS EINEM TAXI GEZOGEN.
AUCH ER WAR BEI DEN GEGENPROTESTEN GEWESEN.



SEIT DIESEM MOMENT WURDEN DIE ZWEI VOM SCHWARZEN LOCH
DES UNGARISCHEN HAFTSYSTEMS VERSCHLUCKT.



EIN FINSTERES LOCH, IN DEM NIEMAND IHRE STIMME HÖRT.

charakter hat. Entsprechend streiten sich auch andere politische Kräfte um die Führung bzw. den Benefit dieser Bewegung. Waren es bei Querdenken noch die Rechten, so sind es aktuell insbesondere die Regierenden von SPD und Grünen, die versuchen sich an die Spitze der Bewegung zu setzen bzw. durch die Bewegung Unterstützung für ihre Politik bzw. Wähler:innen zu generieren. Die gesellschaftliche Empörung gegenüber der „AfD“ soll genutzt werden, um den eigenen Absturz zu bremsen und durch die Führung davonabgelenkt werden, dass weite Teile der Bewegung den Zusammenhang zwischen Ampelpolitik und Rechtsruck erkennen.

In Anbetracht der desolaten Umfragewerte ein logischer Schritt. Sei es die Beteiligung von Bundeskanzler Scholz (SPD) an einer Kundgebung, die wohlwollenden Worte von Bundespräsident Steinmeier (SPD) oder kon-

krete Projekte, wie das vom SPD-Fraktionsvorsitzenden Andreas Stoch in BaWü ins Leben gerufene „Bündnis für Demokratie und Menschenrechte“ – alles zielt nicht auf einen ernsthaften Kampf gegen die faschistische Gefahr, sondern in erster Linie darauf, eine Welle zu reiten, um danach in der Auseinandersetzung der bürgerlichen Kräfte Land gut gemacht zu haben. Die Sozialdemokratie erfüllt dabei ihre ureigene Rolle: die Integration von und die Überleitung potenziell widerständiger Bewegungen und Proteste in staatstragende Formen.

Wenn wir davon ausgehen, dass es sich bei den Anti-Rechts-Protesten zumindest um Ansätze einer Krisenbewegung handelt, dann haben wir als Teil der antikapitalistischen Linken die Aufgabe, in diesen Protesten zu wirken und sie nach Kräften politisch und praktisch im Sinne des Kampfes zuzuspitzen. Eine logische Aufgabe, die sich hier dankenswerterweise mit dem Umstand überschneidet, dass sie in einem politischen Bereich auftritt, in dem die Linke seit Jahrzehnten über Erfahrung und wir über Strukturen verfügen: dem antifaschistischen Kampf.

Die antifaschistische Bewegung und die revolutionäre Linke sind momentan zu schwach und zu marginalisiert, um den Bestrebungen der bürgerlichen Kräfte, die Massendemonstrationen für sich zu vereinnahmen auf breiter Front etwas entgegenzusetzen. Gegen den bezahlten Apparat zweier Regierungsparteien und den Schreibstuben der bürgerlichen Presse

wirkt vieles, was wir zu tun nicht einmal wie der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Es ist absehbar, dass ein Kampf um die Hegemonie in diesen Protesten von vornherein auf breiter Front verloren ist. Auf dem Weg dorthin sind jedoch potenziell tausende Menschen für die richtige Sache zu gewinnen.

Die Menschen treibt die moralische Empörung auf die Straße und das ist erst mal richtig. Dass nicht von Anfang an auf selbstgemalten Schildern und in Parolen konsequenterer Widerstand gegen die Faschist:innen gefordert wurde, liegt auch daran, dass die antifaschistische Bewegung mit ihren Ideen, ihrer Praxis und ihren Slogans bisher kaum in breitere Kreise vordringt und nicht etwa daran, dass die Menschen nicht empfänglich oder gewinnbar wären. Das bedeutet: politische Debatte, Aufklärung,

ALS SIE ENDLICH SCHREIBEN KANN, ERZÄHLT SIE IN IHREN BRIEFEN VON DINGEN, DIE WIR NORMALERWEISE BEILÄUFIG IN BERICHTEN VON „AMNESTY“ LESEN.



AM ENDE WIRD SIE DEM RICHTER VORGEFÜHRT.



DIE EINZIGEN SCHUHE, DIE SIE BEKOMMT SIND EIN PAAR ABSURDE HOCH-HACKIGE STIEFEL.



WIRD IHR EIN DEAL ANGEBOten, WENN SIE SICH SCHULDIG BEKENNT.



SECHZEHN JAHRE IN DIESEM HÖLLENLOCH.

konstruktive Auseinandersetzung und Integration in die eigene politische Praxis sind zentrale Bausteine in der Auseinandersetzung mit dem Großen, nicht Funktionärsteil der Bewegung.

Unsere bisherigen Erfahrungen auf der Straße haben gezeigt: Auch wenn der Aufruf und die Unterstützer:innen-Liste nichtssagend sind oder teilweise an blanke Heuchelei grenzen, die Masse der Menschen auf der Straße ist momentan so offen wie nie für Inhalte und Orientierung und auch durchaus empfänglich für genau die Kritik an der offensichtlichen Doppelmoral der Regierenden. Wir sollten die Situation deswegen als Chance für unsere Bewegung begreifen, ohne über die Fallstricke hinwegzusehen oder in Anbetracht der Massen den eigenen Kompass zu verlieren.

Handlungsleitend für uns ist dabei eben nicht eine Kopie des instrumentellen Verhältnisses der sozialdemokratischen Führung, die letztlich nach Wahlvolk und Gefolgsleute sucht. In unserem Fokus steht die Sache: Fa-

schist:innen umfassend und nachhaltig zu bekämpfen und diesen Kampf im Zuge der aktuellen Bewegung zu stärken. Das heißt für uns präsent und greifbar sein, Ideen und Formen vermitteln, wie der Kampf führbar ist, Orientierung geben.

Intervenieren, aber wie?

Im Wesentlichen muss es momentan darum gehen, das zu tun und das zu sagen, was die antifaschistische Bewegung seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten tut. Andere Formen der Vermittlung und der Beteiligung sind – in Anbetracht der Menge an Menschen, die sich für den Kampf gegen Rechts interessieren – logisch, Abstriche bei Inhalt und praktischer Konsequenz wären jedoch falsch. Das ist eine Herausforderung, die, wenn sie gelingt, dafür sorgt, dass nicht nur der Kampf, sondern auch die antifaschistische Organisationen gestärkt aus dem sehr wahrscheinlich kurzfristigen Hype hervorgehen. Was heißt das?

Die „AfD“ ist die (faschistische) Spitze einer Rechtsentwicklung, die weit mehr umfasst. Und diese Rechtsentwicklung hat (Mit-)Verantwortliche. Dem Versuch der Herrschenden, mit dem Sündenbock „AfD“ die eigene Rechtspolitik zu kaschieren, muss offensiv widersprochen werden. Wir denken, dass wir an dieser Stelle nicht umfassend ausholen müssen, deswegen einige Aspekte. Es ist klar, dass die momentane Politik der bürgerlichen Kräfte der pure Brandbeschleuniger für den rechten Vormarsch ist. Die katastrophale Regierungsarbeit der letzten Jahrzehnte, die verschiedenen kapitalistischen Krisen, die grundsätzlich auf dem Rücken der Mehrheit ausgetragen werden, während die wenigen

Reichen davon weiter profitieren. Diese neoliberale und unsoziale Elendsverwaltung ist bei Weitem aber kein neues Phänomen der Ampelregierung. Im Gegenteil: Die CDU/CSU hat davor in 16 Jahren Regierungsverantwortung die gleiche fatale Politik betrieben.

Ohne Überwindung des Kapitalismus bleibt die Gefahr des Faschismus bestehen – so einfach, so schwierig zu vermitteln. Und dennoch sollte die antifaschistische Bewegung die Frage nach der Systemüberwindung nicht aus der momentanen Arbeit heraushalten, sondern die Frage nach einer Alternative zu Ausbeutung, Unterdrückung, Krieg und Krise als natürlichen Bestandteil jeder Agitation verstehen. Die Menschen treibt der Antifaschismus auf die Straße. Es wäre falsch, andere Themen dominant überzustülpen. Aber: Antifaschismus mit Klassenstandpunkt ist ein guter Ausgangspunkt für einen positiven Antikapitalismus.

Von der Empörung zu Aktion zur Organisation: Ziel jeder Beteiligung und Arbeit zu den Massendemonstrationen muss es sein, die Menschen ins Handeln und in den konkreten Kampf zu bringen. Das heißt, auch wenn es manchmal müßig ist, dass jetzt die Zeit ist (wieder) Proteste gegen rechte Treffen, Aufmärsche und Infrastruktur organisieren und bewerben. Spätestens im Zuge der Kommunal- und Europawahlen wird es hierzu jede Menge Gelegenheiten geben.

Offene und niedrigschwellige Anlaufstellen für Interessierte schaffen. Veranstaltungen zur Rechtsentwicklung organisieren. Hilfe zur Selbsthilfe geben: Impulse zur und Unterstützung bei der Gründung von Initiativen gegen Rechts geben. Es gibt viel zu sagen und zu tun. Das fällt gerade jetzt auf fruchtbaren Boden. Die Botschaft muss aber immer auch lauten: Wer nachhaltig etwas gegen den Rechtsruck tun will, kommt nicht umhin, sich zu organisieren.

Spätestens seit dem sogenannten Antifa-Ost-Verfahren gibt es gezielte Bemühungen aus dem bürgerlichen Repressionsapparat organisierten Antifaschismus mit Terrorismus gleichzusetzen und damit zu delegitimieren, zu isolieren und letztlich zu zerschlagen. Die aktuelle Bewegung birgt das Potenzial diesen, bisher leider erfolgreichen Bemühungen, etwas entgegenzusetzen. Ein selbstbewusstes und offenes Auftreten antifaschistischer Kräfte, klare und ansprechende Symbolik, entschiedenes aber integratives Vorgehen, kann helfen verlorene Sympathien zurückzugewinnen und mehr Menschen einen positiven Bezug zur „Antifa“ zu geben. Den werden wir brauchen, wollen wir die kommenden Jahre gegen die gezielte staatliche Repression bestehen und den Kampf auf unterschiedlichen Ebenen ausbauen und nicht einstellen.

Gleichfalls kann die momentane Stimmung ein Resonanzkörper sein, die zunehmende staatliche Repression gegen Antifaschist:innen zum Thema zu machen und so auch das Verhältnis zum bürgerlichen Staat im Widerstand gegen Rechts klar zuziehen. Polizei, Justiz und Behörden sind keine Partner:innen, sie sind oft genug Teil des Problems.

Die Initiative nutzen: Den Gegner zurückdrängen

Die Massendemos haben – aller berechtigter Kritik zum Trotz – wieder einen Raum für breiter getragenes, offensives antifaschistisches Vorgehen eröffnet. Waren wir vor einigen Monaten noch mit der Situation konfrontiert, dass sich gegen rechten Veranstaltungen und Aufmärsche immer weniger Menschen mobilisieren ließen, liegt die Initiative aufgrund der Umstände für den Moment wieder bei uns. Lasst sie uns nutzen. Wann, wenn nicht jetzt ist die Zeit, die „AfD“ und andere rechte Strukturen offensiv anzugehen. Jetzt ist der Moment in dem Wirt:innen einknicken und der „AfD“ die Stammtischräume kündigen, jetzt ist der Moment Druck auf die Vermieter:innen von „AfD“-Infrastruktur auszuüben, jetzt ist der Moment „AfD“-Funktionär:innen gesellschaftlich zu ächten und zu isolieren. Dafür gibt es unterschiedliche Wege: offene Briefe, Protestkundgebungen, Blockaden, militante Interventionen.

Ziel der antifaschistischen Bewegung muss es sein, im Zuge der gesellschaftlichen Sympathie für den Kampf gegen Rechts eben nicht nur mehr Menschen zu organisieren, sondern der Gegenseite nachhaltige Schläge zuzuführen und sie damit längerfristig zu schwächen. Das mag erst ein-

mal wenig an den Wahlumfragen ändern, es ändert sehr aber sehr wohl etwas daran, ob die „AfD“ in der Lage ist, vom Wähler:innenzuspruch auch strukturell zu profitieren. Dort wo sie keine Räume für Treffen hat, wo Funktionär:innen nicht öffentlich oder nur unter Schutz auftreten können, wo Mitglieder in Vereinen und Gemeinden geächtet sind, dort helfen auch Umfragewerte nur bedingt.

Verstärkend hinzu kommt, dass das „Potsdamer Treffen“ gezeigt hat, wie weit fortgeschritten die konkreten Planungen auf Seiten der Faschist:innen schon sind. Die qualitativen Debatten auf der Gegenseite einerseits und die Chance in diesem Jahr drei Landtagswahlen zu gewinnen andererseits zeigen, dass eine Intensivierung des Kampfes gegen die Partei notwendiger denn je ist. Mit allen dafür nötigen Mitteln, auf allen Ebenen, die notwendig sind.

Wie weiter? Gemeinsam die rechte Welle brechen!

So beeindruckend die vergangenen Proteste zahlenmäßig waren, so offensichtlich sind sie eine Momentaufnahme und sehr wahrscheinlich eine kurze Phase. Es ist unsere Aufgabe, das Potenzial, das in den Protesten steckt, auf unterschiedlichen Ebenen aufzugreifen und zu verstetigen. Ein Aspekt davon ist, Menschen und Organisationen in antifaschistische Aktionen zu bringen. Denn: Das „Potsdamer Treffen“ treibt nicht nur die Menschen auf die Straße, sondern auch verschiedene Organisation interessieren sich wieder für die Arbeit gegen die „AfD“.

Wir denken, es ist sinnvoll beiden – Einzelpersonen wie Organisationen – die momentan auf der Suche nach Anknüpfungspunkten und Orientierung sind, ein Angebot zum gemeinsamen Kampf zu machen. Ein Angebot, das eine offensiv und breit getragene Praxis gegen Rechts mit einer Kritik an den herrschenden Verhältnissen und tatsächlichen linken Antworten verknüpft. Ein Beispiel dafür ist die Kampagne „Die Rechte Welle brechen!“. Sie ist nicht nur ein Angebot, das Geflüchteten-Initiativen, Gewerkschaftsgliederungen, Studierendengruppen, Kulturschaffende und andere für den antifaschistischen Kampf gewinnen soll, sondern explizit auch darauf ausgelegt, dass andere antifaschistische Gruppen den Rahmen, das Logo für ihre Arbeit nutzen und mit weiteren Inhalte füllen. „Die Rechte Welle brechen!“ ist ein Brückenschlag, um andere gesellschaftliche Kräfte mit der kämpfenden antifaschistischen Bewegung in Kontakt zu bringen. Sie ist das Angebot für eine breite, aktionsorientierte Front.

Ein weiteres Beispiel sind offene Anlaufstellen, wie Offene Antifaschistische Treffen, die es an vielen Stellen bereits gibt. Oder auch die Wiederbelebung bzw. den Aufbau von Bündnissen, die den Gedanken der Einheitsfront von unten mit Leben füllen.

Wenn es uns gelingt, zumindest einen Teil der Massendemonstrationen für den langfristigen Kampf zu gewinnen, dann ist das weitere Erstarken der Faschist:innen keine ausgemachte Sache. Zeit zu handeln!

*Antifaschistische Aktion Süd
15. Februar 2024*

Leipzig Calling

Die A-Tage 2024 stehen vor der Tür!

Rund um den ersten Mai soll es auch dieses Jahr wieder die Anarchistischen Tage geben! Wir sind mit großer Motivation aus dem Anarchistischen Kongress in St. Imier gegangen und wollen den gleichen Geist auch auf die Strassen Leipzigs tragen. In veränderter Konstellation und etwas größerer Gruppe sammeln sich bereits jetzt unglaublich viele tolle neue Ideen und Pläne.

Unser Plan sieht bis jetzt wie folgt aus:

29.-30. April: Vorbereitungstage In Vorbereitung auf den ersten Mai wollen wir zum Beispiel gemeinsam Transparente malen, Flaggen basteln, Kieze schmücken und Demotrainings veranstalten.

01. Mai: Anarchistische Demonstration zum Kampftag der Arbeiter*innen und Lohnabhängigen

02.-05. Mai: Die Tage nach dem 1. Mai inklusive des Wochenendes sind die Kerntage des Projekts. Hier sollen tagsüber und abends Veranstaltungen stattfinden: Parkfeste, Vorträge, Workshops, Skillshares, Konzerte, Buch- und Zinetauscbörsen, Diskussionsrunden, Zusammenkommen, Spaß haben, gutes Essen.

06.-12. Mai: Die Ausklingphase zum Entzerren des Programms. In dieser Woche soll es vor allem an den Abenden Vorträge/Workshops/oä. geben.

Um die Zeit so gut und schön zu füllen wie möglich, brauchen wir einander!

Wenn ihr euch also als Gruppe, Einzelperson oder Band beteiligen wollt und Workshops, Filmabende, Vorträge, Skillshares und Konzerte organisieren möchtet, meldet euch unbedingt! Der Kreativität sind keine Grenzen gesetzt.

Euer Angebot soll sich nicht an Professionalität und Perfektion orientieren, sondern an dem, was ihr teilen wollt und könnt. Um Wissen und Skills weiterzugeben, braucht niemensh eine Ausbildung, ein Studium oder langjährige Erfahrung.

Wir werden in Absprache mit euch Räume und einen Zeitplan koordinieren. Damit zeitlich aneinander anschließende Veranstaltungen reibungslos von allen Interessierten wahrgenommen werden können, möchten wir darauf achten, Events an einem Tag in räumlicher Nähe zueinander. Wenn



ihr als Projekt euren Raum zur Verfügung stellen könnt, meldet euch gern bei uns!

Wenn ihr Bock habt, die A-Tage anderweitig zu unterstützen, z.B. schon im Vorfeld zu plakatieren, eine Küfa zu machen, Flüsterübersetzung anzubieten, bei der Kinderbetreuung zu helfen oder Schichten zu besetzen, kommt doch in die Unterstützigruppe! Dafür könnt ihr uns einfach eine Mail schicken.

Wer A-sagt, kann auch B sagen!

Bei den A-Tagen '24 wollen wir das Konzept der Bau-Tage einführen. Der Gedanke ist, Einzelpersonen aus einer konsumierenden Rolle und in eine partizipative (teilnehmende) Rolle hinein zu helfen. Durch diese Form von gegenseitiger Hilfe sollen Menschen die einfache Möglichkeit bekommen, linken und selbstverwalteten Räumen Leipzigs etwas zurückzugeben. Auch Menschen, die vielleicht noch nicht gut in Leipzig vernetzt sind oder von außerhalb kommen, bietet das tolle Möglichkeiten zum Kennenlernen von Menschen und Räumen. Wenn ihr als Projekt an den Bautagen interessiert seid, meldet euch! Die B-Tage laufen einfach parallel zu den A-Tagen über den gesamten Zeitraum.

Für Rückmeldung jeglicher Art schickt uns doch einfach eine Mail an anarchistische_tage_leipzig@riseup.net, den PGP-Key und eine Anleitung was das überhaupt sein soll findet ihr auf unserer Website unter Kontakt

Wir freuen uns unglaublich auf die A-Tage, wir freuen uns auf interessante und widerständige Tage, und wir freuen uns auf euch!

Ein paar Worte zu Knast und der aktuellen Repression

Die Ereignisse überschlagen sich

Im Februar 2023 kam es am Rande des internationalen Neonazi-Events „Tag der Ehre“ in Budapest zu Anfriffen auf Neonazis. Seitdem sitzen Tobi und Ilaria unter menschenunwürdigen Bedingungen in Untersuchungshaft in Ungarn.

Im September starteten BKA und LKA eine öffentliche Fahndung nach einer Person, die im Antifa Ost Verfahren beschuldigt ist, inklusive Bild und Namen auf Werbebildschirmen in ganz Deutschland. Erst vor kurzem wurde Maja, eine von den ungarischen wie deutschen Behörden gesuchte Person, in Berlin festgenommen und ist seitdem in U-Haft. Kurz davor wurde Gabriel in Mailand festgenommen und ist seitdem unter Hausarrest. Mittlerweile liegt für Maja auch ein offizielles Auslieferungsgesuch vor.

Das sind nur einige der Ereignisse, die sich alle in den Budapest-Komplex einordnen. In der Zwischenzeit werden weiterhin Angehörige drangsaliert, Wohnungen und Häuser durchsucht, Fahndungen gestartet, Personen eingeschüchtert, Drohszenarien seitens der Repressionsbehörden aufgebaut. Wie wir nun bei Maja, Tobi, Ilaria und Gabriele, jedoch auch bereits im Antifa Ost Verfahren und in vielen 129er Ermittlungen davor beobachten können, ist Freiheitsberaubung, bzw. U-Haft ein Thema, das immer mehr Personen, die sich als Antifaschist*innen verstehen, betrifft und betreffen wird.

Mit weiteren langen Haftstrafen ist zu rechnen

Nicht nur gegenüber der antifaschistischen Bewegung wird in den letzten Jahren zunehmend ein Drohszenario aufgebaut. Auch Aktivist*innen aus der Umweltbewegung und anderen politischen Aktionsfeldern müssen mehr und mehr mit Untersuchungshaft, Vorbeugehaft und Haftstrafen rechnen. Genoss*innen aus dem kurdischen Freiheitskampf oder der kommunistischen Bewegung in der Türkei müssen seit Jahrzehnten jahrelange Haftstrafen in Deutschland absitzen. Wir möchten daran erinnern, dass migrantische, z.B. türkische Gefangene, zusätzlich oft nach der Haft abgeschoben oder ausgewiesen werden.

Als emanzipatorische Linke ist Knast somit ein Thema was uns immer begleitet, mal mehr, mal weniger präsent, mal mehr, mal weniger prominent. In gewissen Zeiten können wir das Thema mehr von uns weg-schieben, da es uns nicht „direkt“ betrifft, in anderen weniger, wenn Freund*innen oder auch wir selbst sitzen müssen. Spätestens dann ist der Punkt erreicht, an dem wir uns damit auseinandersetzen müssen, dann ist es leider jedoch emotional und praktisch oft schon zu spät.

Wie wir Knast sehen

Knast ist ein Mittel des Staates, uns ganz direkt als Individuen, aber auch kollektiv zu bestrafen. Er hängt wie ein Damoklesschwert über der Gesellschaft, als permanente Drohung und Erinnerung, wer hier letztendlich die Macht hat, und ist ein integraler Bestandteil der bestehenden Herrschaftsverhältnisse und des Machterhaltes.

Als Anti-Knast-Zusammenhang wehren wir uns gegen Knäste und die Knastgesellschaft auf unterschiedliche Art und Weise. Wir unterstützen deshalb seit Jahren soziale wie politische Gefangene. Das schließt manchmal auch Menschen ein, mit deren Wertevorstellungen wir nicht einverstanden sind. Uns ist dabei wichtig, die Konstruktionen von „schuldig“ und „nicht schuldig“ nicht zu reproduzieren und eine Richter*innenposition einzunehmen, mit welcher wir beurteilen, was geht und was nicht. Wir wollen Diskussionen zwischen uns und den Gefangenen zulassen und Lebensrealitäten anerkennen, wobei wir an einem gewissen Punkt auch Grenzen setzen.

Aktuell sind viele „unserer“ Leute im Knast bzw. werden einfahren: Maja und potenziell einige der Menschen im Budapest-Verfahren sowie im Antifa-Ost-Verfahren und Benno aus Leipzig. Zudem sprießen immer neue 129er Verfahren und Ermittlungen wegen anderen Vorwürfen aus dem Boden, die oft erst durch Hausdurchsuchungen bei den Betroffenen Personen klar werden.

Soliarbeit in der linken Szene

Eine unsere Beobachtungen in der Anti-Repressions-, aber auch in der Soliarbeit mit Gefangenen aus der linken Bewegung ist, dass sich, immer wenn Menschen Prozesse haben oder in den Knast müssten, kleinere Soligruppen bilden, die oft bei null anfangen und die betroffene Person dann über einen bestimmten Zeitraum unterstützen. In dieser Zeit wird sich eine Menge Wissen zu Repression und Haft angeeignet, das dann, wenn die betroffene Person wieder draußen ist, oft verloren geht. Es ist zwar schön, dass sich immer wieder neu Soli-Gruppen gründen und dass niemand alleine gelassen wird, aber unser Eindruck ist, dass es in der Gefangenensolidarität langfristig mehr aktive Leute braucht, mehr Verbindlichkeit, mehr Unterstützung. Was wir nämlich sagen können ist, dass das nicht so viele machen.

Repression und Knast sind hart, vor allem auch emotional

Ein weiteres Thema für uns ist, dass sowohl Antirepressionsarbeit, als auch Antiknastarbeit eine emotionale Komponente haben, die nicht vernachlässigt werden sollte und die wir von Anfang an auf dem Schirm haben müssen. Sie kann sehr auslaugend sein, uns traurig und wütend machen, tiefe Ängste in uns auslösen, uns aber auch einfach krass mitnehmen – bis an den Punkt, an dem wir das Gefühl haben, dass wir einfach nicht mehr können. Je nachdem, wie eng wir mit den Betroffenen sind oder auch werden, kann das stärker sein oder auch nicht so stark, klar ist aber, diese Arbeit macht was mit uns und kann eine große emotionale Herausforderung darstellen. Seitens der Repressionsbehörden wird das natürlich auch genutzt.

Uns darüber auszutauschen, uns darauf vorzubereiten, gemeinsam Strategien zu entwickeln, wie wir gemeinsam durch die Repression, die leider längst ein Dauerzustand ist, kommen können, halten wir daher für unabdingbar.

Da wäre es eine Hilfe, nicht bei jedem Repressionsfall die 1000te Soligruppe zu gründen und sich alles Wissen von vorne anzueignen, sondern dauerhafte Strukturen der Gefangenensolidarität aufzubauen. Dies ist auch als Einladung an Aktive aus den Soligruppen gemeint, sich dauerhaft und über den Einzelfall hinaus in der Gefangenensolidarität zu betätigen.

Auch im Knast geht das Leben weiter

Ein anderer Punkt, den wir aus Erfahrung sagen können ist, dass das Leben im Knast nicht vorbei ist. Auch in Haft kann man politisch bleiben und sich mit anderen Gefangenen vernetzen. Viele Gefangene tun dies von sich aus. Wir sehen darin ein großes Potenzial und möchten alle Gefangenen dazu ermutigen, offen auf ihre Mitgefangenen zuzugehen und den Knast nicht als ein Loch, sondern als ein Feld im Kampf um Freiheit, Gerechtigkeit und Würde zu sehen.

Gemeinsam gegen Auslieferung nach Ungarn

Wenn es zu Knästen kommt, finden wir es oft problematisch, Unterscheidungen zwischen „schlechten“ und „guten“ Knästen zu machen. Freiheitsberaubung bleibt Freiheitsberaubung und Knast ein Mittel der Herrschaft – egal, wie „angenehm“ es der Käfig gestaltet ist.

Die Informationen, die wir zu den U-Haftbedingungen in Ungarn erhalten, sind jedoch erschreckend. Extrem eingeschränkte Kommunikationsmöglichkeiten, gesundheitsschädliche Bedingungen, Schikanen etc. Die Bedingungen in ungarischer U-Haft sind rüdig und machen Angst.

Aus unserer Erfahrung ist für Gefangene der Kontakt nach außen sehr wichtig: Briefe, Telefonate, Besuche. Daher ist es immer besser, wenn Menschen in Knästen landen, die möglichst nah an ihren Angehörigen und Freund*innen sind und die diese Arten der Kommunikation ermöglichen. Wir stellen uns allein deswegen klar gegen eine Auslieferung von Festgenommenen nach Ungarn. Auslieferungen müssen verhindert werden, wir müssen dafür sorgen, dass unsere Freund*innen hier bei uns bleiben und nicht in die Hände des ungarischen Staats unter Orban gegeben werden.

Eine klare, offene und breite Solidarität mit den Untergetauchten, Verfolgten und Inhaftierten, egal aus welchem emanzipatorischen Kontext, ist dabei unabdingbar. Gerade das Sich-Abwenden und Isolieren sorgt dafür, dass der Staat angebliche „Gruppen“ noch besser als „kriminelle Vereinigungen“ darstellen kann. Dabei sind die Verfolgten Teil von uns, Teil einer breiten Bewegung sind.

Antirep–Arbeit nicht erst, wenn es brennt

Noch etwas: Repression soll Linksradikale auch immer davon abhalten, anderen Themen und Arbeiten nachzugehen, die Bewegung also auf Dauer schwächen.

Um dem entgegenzuwirken, ist es vielleicht sinnvoll, Anti-Repressions bzw. Anti-Knast-Arbeit auch von Beginn an als Kampffeld zu begreifen, nicht erst, wenn wir selbst davon betroffen. Es ist auch ein Feld, in dem Verbindungen geknüpft und Brücken gebaut werden, zu Menschen, mit denen davor vielleicht kein Kontakt bestanden hätte – ob Angehörige, andere Gefangene, etc..

Knast bedeutet für uns nicht das Ende von politischer Arbeit, sondern kann ein anderer Anfang sein. Knäste können von innen und außen durch oft klein wirkende Aktionen unheimlich genervt werden, sie können die Vernetzung mit denen, die vom Staat weggesperrt und unsichtbar gemacht werden sollen, ermöglichen.

Unsere Erfahrung und unser Wissen zu Knästen geben wir gerne weiter und unterstützen auch gerne Kämpfe im Knast, auch von zukünftigen Inhaftierten.

Auf dass uns Repression und Knast nicht brechen und wir auch an Orten der totalen Kontrolle unkontrollierbar bleiben.

Solidarität und Verbundenheit hinter und vor die Knastmauern und in den Untergrund! Gegen die Auslieferung an den ungarischen Staat!

Criminals for Freedom

Zeug:innen Vorladungen der STA Verden zu Burkhard, Daniela und Volker



Burkhard, Daniela und Volker sollen bei der Sprengung des Knastbaus in Weiterstadt gemeinsam agiert haben. Die drei leben seit Jahrzehnten in der Illegalität.

Die Ermittlungen in Niedersachsen laufen ausschließlich wegen ‚Raubüberfällen‘. Das 129a Verfahren wegen Mitgliedschaft in der RAF ist scheinbar verjährt.

Seit 2015 sind in Hannover 50 Ermittler:innen mit der Sache beschäftigt. Ihre Versuche die drei aufzustöbern verliefen alle erfolglos :) Beispielsweise Fahndungsaktionen, TKÜ, Observationen (u.a. bei Landkommunen).

Im letzten Jahr hatten am 22. März Fahnder des LKA Niedersachsen im Auftrag der STA Verden die Wohnung der Schwester von Burkhard (in Frankfurt am Main) durchsucht. Ebenso ein Hotelzimmer in Hamburg, in dem Burkhards Bruder mit seiner Frau übernachtet hat. In beiden Fällen wurde ‚DNA-fähiges Material‘ entnommen. Außerdem wurden Mobiltelefone und Laptops beschlagnahmt. Zwei Wochen früher hatten sie bereits eine Durchsuchung bei Burkhards Eltern gemacht und DNA entnommen. Dies alles geschah mit der Begründung, dass diese vermeintliche Zeug:innen seien.

Da die Verfolgungsbehörden völlig ahnungslos sind wo die Drei sind, verschickt die Staatsanwaltschaft (STA) Verden derzeit reihenweise Vorladungen. Staatsanwältin Fr. Marquardt zeichnet dafür verantwortlich und führt auch die Vernehmungen. Sie betreibt Umfeldermittlungen und versucht möglichst viele Puzzlestückchen zu erlangen.

Daher ist jede Aussage für sie interessant und folgt somit jeglicher noch so kleinen vermeintlichen Spur. So versucht sie über Personen und dann deren Kontakten zu weiteren Kontakten zu kommen. Durch diese sehr großen Kreise ist sie auf der Suche nach Personen, die Kontakt zu den Drei (gehalten) haben könnten.

Mehrere Vernehmungen haben bereits stattgefunden, andere haben den Termin noch vor sich und es wird weitere Vorladungen geben.

Bei den Vernehmungen wurde klar: Die Themen, die die Staatsanwaltschaft interessieren, sind zum einen rund um die Familie von Burkhard, und sämtliches rund um das Thema Hafenstrasse und RAF – Unterstützung, sowie der Frage, wer dort eigentlich mit wem Kontakt hat, wer in den 80er Jahren Kontakt hatte und ggf. noch Kontakt hat. Auch sonst geht es viel um Situationen, die in den 80er Jahren stattgefunden haben.

Die Vernehmungen laufen so: Nach kurzem Vorgeplänkel wird das Video einer Überwachungskamera gezeigt, das den versuchten Überfall auf einen Geldtransporter in Stuhr (bei Bremen) zeigt. Aus dieser Situation resultiert der Vorwurf ‚versuchter Mord‘. Dann folgen die Fragen rund um die Familie, die Hafenstrasse und unterschiedliche Fragen, die immer in den 80er Jahren verortet sind, wobei sie gerne thematisch hin und her springt. Fr. Marquardt versucht während der Vernehmung eine „angenehme“ Stimmung zu schaffen, sowie stark moralisch Druck aufzubauen. Auf diesem Weg vermittelt sie immer, doch bitte wenn möglich darauf hinzuwirken, dass sich die Drei freiwillig stellen sollen.

Zeug:innen sind bei Ladung durch die Staatsanwaltschaft zwar verpflichtet hinzugehen und auch auszusagen, dennoch gilt: Macht keine Aussagen!

Bei Aussageverweigerung können durch die Staatsanwaltschaft Zwangsgelder verhängt werden. Aber der EA und die Rote Hilfe werden euch unterstützen.

Wenn ihr Vorladungen bekommt, geht nur mit anwaltlicher Begleitung hin! Der Vernehmungstermin kann ggf. auch verschoben werden. Meldet euch außerdem bei uns, z.B. für Unterstützung, Fragen, die ihr zu diesen Vorladungen habt oder wenn ihr Kontakt zu anderen bekommen möchtet, die ebenfalls eine Ladung bekommen haben.

Bitte telefoniert nicht mit Leuten darüber, wenn ihr eine Ladung bekommen habt, oder wie die Vernehmung war. Es findet TKÜ (Telekommunikationsüberwachung) rund um die Vorladungen statt und im Zweifel bekommen die Angerufenen als nächstes eine Ladung. Redet auch sonst nicht am Telefon darüber!

Je mehr Personen/Kontakte im Zusammenhang den Vorladungen aufgemacht werden, desto mehr wird es zu weiteren Zeugenvorladungen kommen.

Um diese Spirale zu stoppen hilft nur die Aussageverweigerung!
Es gilt also einmal mehr: Keine Spekulationen, quatscht nicht am Telefon darüber, kein Kneipentalk.

Neben Zeug:innenvorladungen sind auch sämtliche anderen Maßnahmen im Repertoire der Staatsanwaltschaft, die sie in ihrer Verzweiflung auch nutzt: Öffentliche Fahndungsmaßnahmen inkl. Aktenzeichen XY-ungelöst, TÜK, Observationen und im letzten Jahr auch Hausdurchsuchungen.

Verfolgungswahn beenden!
Fahndungsplakate unschädlich machen!
Gesundheit & Glück für Burkhard, Daniela und Volker!

EA Hamburg, 12.2.24

Als wir den Text geschrieben haben, war Daniela noch in Freiheit. Mit Bestürzung haben wir von ihrer Verhaftung erfahren und wünschen ihr viel Kraft!

Mit Wut und Bestürzung nehmen wir auch die „Fahndungsaktivitäten“ war, bei denen bereits mehrmals willkürlich viele Menschen von schwerst bewaffneten Beamten massiv in Angst versetzt wurden und einzelne zeitweise Festgenommen wurden. Unter anderem das schwer bewaffnete Erstürmen eines räumungsbedrohten linken Wohnprojekts in Berlin inkl. Drohneneinsatz, mit 10 zeitweise Festgenommenen. Leider ist auch weiterhin mit ähnlichen Aktionen der Verfolgungsbehörden zu rechnen. Unsere Solidarität gilt allen Betroffenen dieses Fahndungswahns!

Gesundheit & Glück für Burkhard und Volker!

G20-Rondenbarg-Prozess in Hamburg

Updates + Prozessklärung

Wie die meisten von euch wahrscheinlich mitbekommen haben, läuft seit Mitte Januar in Hamburg ein neuer Prozess zu der am Rondenbarg brutal von den Cops zerschlagenen Demonstration im Rahmen der Proteste während des G20-Gipfels 2017.

Mit dem groß angelegten Prozess – Landgericht Hamburg, Hochsicherheitssaal, mindestens 25 Prozesstage und Dutzende Zeug*innen – soll nicht nur nachträglich die brutale Polizeigewalt legitimiert, sondern vor allem auch das Demonstrationsrecht weitreichend eingeschränkt werden. Den Angeklagten wird sogenannter „Schwerer Landfriedensbruch“ vorgeworfen, aber keine einzige konkret begangene Tat.

Diverse Infos und Hintergründe zum Prozess finden sich unter anderem auf der Seite der Solidaritätskampagne „Gemeinschaftlicher Widerstand“. Hier gibt es auch verschiedene Statements der Angeklagten und der Verteidigung, einen Presseüberblick und die Protokolle der einzelnen Prozesstage.

Viele Infos finden sich ebenfalls auf der Sonderseite der Roten Hilfe und der Homepage der Soli-Struktur „Grundrechte verteidigen!“.

Bereits am ersten Prozesstag hatte die Staatsanwaltschaft überraschend angeboten, den Prozess gegen die fünf Angeklagten gegen eine eher geringe Geldauflage und eine allgemeine Distanzierung von Gewalt ein-

zustellen. Nun, vor dem dritten Prozesstag, haben zwei der Angeklagten einer Einstellung unter Auflagen zähneknirschend zugestimmt. Beide Angeklagte hatten sehr wichtige persönliche Gründe, der Einstellung zuzustimmen.

Wir finden wichtig zu betonen, dass keine*r der Angeklagten sich während des Prozesses auch nur im Geringsten zu den Vorwürfen der Staatsanwaltschaft und zur von der Polizei brutal zerschlagenen Demonstration am Rondenbarg eingelassen hat. In einer gemeinsamen Prozessklärung haben hingegen alle Angeklagten am ersten Verhandlungstag betont: Die Proteste gegen G20 waren richtig, wichtig und notwendig, und es braucht weitere Proteste, um die Welt zum Besseren zu verändern.

Das Verfahren gegen eine weitere Person wurde abgetrennt, weil diese am dritten Verhandlungstag erkrankt war. Gegen zwei Personen wird der Prozess also aktuell weitergeführt. Die beiden Angeklagten, die das Einstellungsangebot ablehnten, haben dazu eine Prozessklärung im Gericht verlesen.

In den ersten Prozesstagen konnten bereits wesentliche Anklagepunkte der Staatsanwaltschaft widerlegt werden. Wir fordern, dass der Prozess gegen die beiden Angeklagten und gegen die etwa 80 weiteren Menschen, die ebenfalls eine Anklage wegen der Rondenbarg-Demo erhalten haben umgehend und bedingungslos eingestellt wird!

Solidarität ist weiter notwendig: Einige stehen vor Gericht, gemeint sind wir alle! Lasst uns auch die weiteren Prozesstage gemeinsam und solidarisch begleiten. An jedem Prozesstag wird es eine Kundgebung vor dem Gericht geben. Auch finanzielle Unterstützung ist natürlich immer gewünscht. Machen wir Soli-Aktionen, schreiben unsere Forderungen an Wände und führen wir den Kampf um eine bessere, solidarische Welt gemeinsam weiter!

Und natürlich sind die gerade in Hamburg Angeklagten nicht die einzigen von Repression Betroffenen. Ob in Berlin, Hamburg, Leipzig, Jena oder Budapest: Der Staat zeigt seine Krallen gegen emanzipatorische und antifaschistische Proteste und Bewegungen. Gegen die staatlichen Angriffe – gemeinschaftlicher Widerstand!

<https://gemeinschaftlich.noblogs.org/>

Gemeinsame Prozessklärung der Angeklagten im Rondenbarg-Prozess

Gipfelproteste wie in Hamburg haben eine lange Tradition: Seit Jahrzehnten gehen weltweit Hunderttausende gegen die G20 auf die Straße. Und das hat auch gute Gründe. Die G20 gründeten sich im Zuge der Asienkrise 1999. Sie hinterließ tiefe Spuren weltweit: Massive Sozialkürzungen, Arbeits- und Wohnungsverluste, Hunger, Armut, Elend für Millionen von Menschen. Die G7 – selbst ein Produkt der großen globalen Krise in den 70er Jahren – initiierten deshalb ein Treffen der 20 mächtigsten Staaten der Welt, das von nun an jährlich stattfindet. Ihr erklärtes Ziel ist es, die Weltwirtschaft zu stabilisieren. Aber die nächste Erschütterung ließ nicht lange auf sich warten. 2008 folgte ein erneuter Crash, die größte Wirtschafts- und Finanzkrise seit dem zweiten Weltkrieg. Wieder wurden Krisenlasten auf dem Rücken der Bevölkerung abgewälzt.

Millionen sehen in den G20 deshalb zu Recht die Vertreter eines Systems, das dafür da ist, für ein paar Wenige privates Kapital anzuhäufen, statt allen ein gutes Leben zu sichern. Es sind die Widersprüche dieses Systems, die uns von einer Krise in die nächste jagen: Politiker und Konzerne wollen stetiges Wachstum, aber finden nicht die Märkte, um die Waren auch abzusetzen. Sie müssen global zusammenarbeiten und doch will am Ende jeder nur seinen privaten Gewinn mehren. Das wurde auch beim Gipfel in Hamburg deutlich: Die Teilnehmenden des Gipfels konnten sich nicht einmal auf das Pariser Klimaabkommen einigen und sprachen stattdessen von Wachstum durch Klimaschutz. So eine Dreistigkeit.

Ein Schwerpunkt auf der Agenda beim Gipfel 2017 war die sogenannte „Partnerschaft mit Afrika“. Wolfgang Schäuble sprach die imperialistischen und neokolonialen Interessen darin offen aus: „Die Entwicklung neuer Märkte und Wachstumspotentiale mit unseren afrikanischen Partnern liegt im ureigenen Interesse Europas“, so sein Statement. Weite Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge in afrikanischen Ländern wurden damit privatisiert und profitorientiert umgebaut. Gewinner sind Konzerne, die dadurch Zugang zu neuen Investitionsfeldern und Absatzmärkten bekamen. Unternehmensverbände waren von Anfang an systematisch in die Aushandlungsprozesse miteinbezogen.

In Hamburg traf sich ein Gipfel von Umweltzerstörern und Klimaleugnern, Patriarchen und Rassisten, von Kriegstreibern und Militaristen. Scholz, Merkel, Trump, Erdogan, Putin, Macron – sie stehen stellvertretend für die Politik, mit der sich Konzerne diesen Erdball unter den Nagel reißen, mit der durch Krieg, Armut und Klimawandel Millionen die Lebensgrundlage entzogen wird. In Hamburg wurde erneut für alle sichtbar: Die Politik der G20 ist eine Politik der Gewalt und Unterdrückung.

Zehntausende sind nach Hamburg gereist, weil sie diese Klassenherrschaft ablehnen. Das System der G20 ist ein System für Banken und Konzerne gegen die Interessen von Arbeiter*innen, kleinen Bäuer*innen und Angestellten weltweit. Ein Großteil der Menschen kann in diesen Eigentums- und Produktionsverhältnissen nur verlieren. Jahr für Jahr verbarrikadieren sich die G20 deshalb vor der eigenen Bevölkerung hinter Stacheldraht, Polizei und Militär. Jahr für Jahr sind Kritiker*innen der Gipfel mit massiver Repression konfrontiert. So auch in Hamburg: In der Innenstadt wurde eine 38 Quadratkilometer große Demonstrationsverbotszone verhängt. Die Polizei räumte genehmigte Protestcamps gegen ausdrückliche Gerichtsbeschlüsse. Mehr als 30 Journalist*innen wurde der Zugang zum Gipfeltreffen aus politisch motivierten Gründen entzogen. Grenzkontrollen wurden zeitweilig wiedereingeführt. Die Polizei wurde enorm militarisiert. Die Bundeswehr setzte ein Kriegsschiff und Unterwasserdrohnen ein. Hamburg schaffte sich ein Kampffahrzeug zur Aufstandsbekämpfung an. Und noch pünktlich vor dem Gipfel wurden die Paragraphen „Widerstand“ und „tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte“ verschärft und seither inflationär gegen Demonstrierende eingesetzt.

Zu Beginn der Proteste in Hamburg wurden dann anreisende Demonstrant*innen bereits am Bahnhof systematisch abgefilmt und großflächig überwacht. Hunderte Demonstrant*innen beraubte man unter fadenscheinigen Gründen tagelang ihrer Freiheit. Ein ganzer Bus der Jugendorganisation „Die Falken“ wurde direkt bei der Anreise festgenommen und in die Gefangenenammelstelle gebracht. Feiernde wurden mit Wasserwerfern von der Straße geprügelt und die Auftakt-Demo am Donnerstag, den 6. Juli, unter Einsatz von brutaler Gewalt gleich zu Beginn von der Polizei zerschlagen. Unzählige Demonstrant*innen erlitten dabei schwere Verletzungen. Die Polizei setzte Gummigeschosse ein und griff sogar gekennzeichnete Anwalt*innen, Sanitäter*innen und Journalist*innen an. Das SEK stürmte mit Kriegswaffen in Hamburg Häuser, sie terrorisierten ganze Straßenzüge, während die behaupteten Anlässe oft keiner Überprüfung standhalten. Insgesamt entstand der Eindruck: Die Polizei dreht völlig frei. Urteile werden ignoriert, das Demonstrationsrecht und die Pressefreiheit werden mit Füßen getreten. Schon 2001 wurde ein junger Demonstrant bei Gipfelprotesten in Genua von Polizisten getötet. Auch in Hamburg hätte es Tote geben können.

Trotz dieser Drohkulisse im Vorfeld kamen 70.000 Menschen zur großen Abschlussdemo am Samstag, insgesamt gingen im Verlaufe der Proteste weit über hunderttausend Menschen gegen die Politik der G20 auf die Straße. Die Demonstration am Freitagmorgen war Teil dieses breiten Protests. Und das war auch gut so. Am Morgen des 7. Juli wurde breit auf-

gerufen, die Zufahrtswege zum G20-Gipfel zu blockieren. Aber für viele bestand dazu kaum Gelegenheit: Der Demonstrationszug am Rondenbarg wurde nach nur 20 Minuten von gepanzerten und schwer bewaffneten Polizisten und zwei Wasserwerfern eingekesselt, angegriffen und innerhalb von Sekunden vollständig zerschlagen. Wer nicht rechtzeitig wegkam, bekam den Schlagstock zu spüren. Das war keine „Festnahme“. Aus der Berichterstattung ergibt sich das Bild eines regelrechten Überfalls der Polizei auf die Demonstration. Es waren zwölf Rettungswagen nötig, um die 14 teils schwer verletzten Demonstrant*innen ins Krankenhaus zu bringen. Keiner der beteiligten Polizisten wurde verletzt, keiner angeklagt. Stattdessen stehen wir heute vor Gericht.

Die Anklage, die hier erhoben wird, steht in einer Linie mit den Einschnitten in die Grundrechte rund um den G20-Gipfel in Hamburg. Über 3500 Ermittlungsverfahren, dreieinhalb Jahre Haft für einen vermutlichen Flaschenwurf. Die Medienplattform linksunten.indymedia wurde verboten und gegen hunderte Demonstrant*innen wurde mehrfach großflächig öffentlich gefahndet. Olaf Scholz, damals noch Oberbürgermeister Hamburgs, hetzte gegen die Protestbewegung mit den Worten „Wir kriegen euch alle“. Wir stehen hier vor Gericht, weil Polizei und Staatsanwaltschaft offensichtlich verzweifelt versuchen, ihre Erzählung vom Feindbild „Demonstrant*in“ aufrecht zu erhalten und damit die Einschränkung von Grundrechten und die Polizeigewalt zu legitimieren.

Der Prozess, der heute beginnt, hat Bedeutung weit über die hier anwesenden und fast 80 weiteren Angeklagten hinaus. Niemandem wird eine individuelle Tat vorgeworfen, stattdessen soll eine bloße Beteiligung am Demonstrationszug ausreichen. Dafür muss der Demonstration der politische Charakter aberkannt werden – obwohl in den Ermittlungen von Transparenten und Sprechchören berichtet wird. Obwohl es Bilder von Fahnen und Megafon gibt. Obwohl die Demo als Teil der Proteste betrachtet wird, die am Freitagmorgen die Zufahrtswege zum Gipfel blockieren wollten. Nicht nur diese Demo, sondern die gesamten Aktionen gegen den G20-Gipfel und überhaupt jeder gut koordinierte Protest wird durch die Argumentation in der Anklageschrift kriminalisiert.

Das Urteil, dass hier gefällt werden soll, wird entscheidend sein für jeden Menschen, der künftig an einer Demonstration teilnehmen möchte. Wenn jede Demonstrant*in damit rechnen muss für eventuelle strafbare Handlungen aus der Menge heraus hinter Gittern zu landen, werden viele von der Teilnahme an Kundgebungen, Demos oder Streiks abgehalten. Und wenn im Nachhinein die Organisation von Protest und öffentlichen, legalen gewerkschaftlichen Treffen in einer Akte landen, und auf Basis davon

Demonstrant*innen ins Gefängnis gesteckt werden sollen, werden sich viele zweimal überlegen, ob sie sich engagieren wollen. Was bleibt dann noch übrig vom Versammlungsrecht? Es stellt sich also ganz direkt die Frage an das Gericht: Welcher Entwicklung wollen Sie einen Präzedenzfall verschaffen?

Die Gewalt, mit der sich die Profitlogik des Kapitalismus auf diesem Erdball breit macht, ruft weltweit Proteste hervor. Immer erbitterter werden die Kriege um Rohstoffe und Absatzmärkte geführt. Die weltweiten Rüstungsausgaben steigen immens. Die BRD als viertgrößter Waffenlieferant der Welt ganz vorne mit dabei. Immer näher rückt der Klimakollaps. Doch statt ernsthaft etwas zu verändern, werden in Deutschland ganze Dörfer dem Erdboden gleichgemacht, damit RWE auch noch in zehn Jahren Kohle fördern und verbrennen kann. Selbst für angeblich grüne Energien werden Menschen in Afrika von ihrem Land vertrieben und ihnen ihr Wasser geraubt. Immer mehr Menschen fliehen vor dem Elend. Jedes Jahr sterben dabei allein im Mittelmeer Tausende. Doch anstatt den Menschen Schutz zu bieten, rüstet die EU weiterhin die Grenzen auf und Deutschland schafft das Asylrecht faktisch ab.

Aber diese Zustände sind von Menschen gemacht. Und genauso können wir Menschen sie verändern. Deswegen werden linke Bewegungen, die klare Perspektiven haben und zeigen, dass eine andere Welt möglich ist, zunehmend mit Repression überzogen und bereits für ihre Gesinnung kriminalisiert. Davon werden sich fortschrittliche Proteste aber nicht einschüchtern lassen, ganz im Gegenteil. Die Erstarkung rechter, rassistischer Parteien und Bewegungen weltweit erfordern unseren entschlossenen Widerspruch. Gerade angesichts der derzeitigen wirtschaftlichen Krise, der massiven Aufrüstung, die einhergeht mit Kürzungen bei Bildung, Gesundheit und Sozialem sowie der wachsenden Umweltzerstörung sind Proteste heute mehr als notwendig.

Wir alle waren mit unterschiedlicher Motivation und verschiedenen inhaltlichen Schwerpunkten Teil der G20-Proteste. Die Welt wie auch unsere eigenen Lebensverhältnisse stehen fast 7 Jahre nach dem Hamburger G20-Gipfel an einem anderen Punkt – doch dieses Verfahren hat uns nun zusammengeführt. Was uns hier und heute eint ist der Wunsch nach einer Gesellschaft, in der Menschen nicht vor Hunger sterben, obwohl es genug zu essen gibt, in dem sich niemand unter Bombenhagel zur Nachtruhe legen muss, in der diese Grausamkeiten zur Vergangenheit gehören, in der die Natur geschützt wird und in der alle zusammen ein menschenwürdiges Leben führen können. Dafür waren wir immer wieder auf der Straße, dafür setzen wir uns heute und auch in Zukunft entschieden ein.

Alljährliches chaotisch-anarchistisches Treffen #2

vom 30. Mai bis zum 2. Juni im Hambacher Forst

Wir wollen die Anarchie. Wir wollen Freiheit und Autonomie für alle ohne Herrschaft und Grenzen. Wir wollen die Umwälzung des

Bestehenden. Wir wollen die soziale Revolution. Daran hat sich seit dem letzten ACAT-Treffen nichts geändert. Letztes Jahr sind unter anderem folgende Fragen dort diskutiert worden: Die Frage ob spezifische Kämpfe unter gegenwärtigen Bedingungen immer noch ihre Gültigkeit haben bzw. ob sie heute nicht notwendiger denn je wären, inwiefern wir angesichts dystopischer Zustände in soziale Kämpfe intervenieren wollen und wie, die Vereinnahmung antiautoritärer Kämpfe durch Autoritäre (am Beispiel der Appelst*innen in der ZAD in Nantes, Frankreich), über die digitale Einhegung und den Widerstand dagegen (am Beispiel des Gefährten Boris in Frankreich und die anhaltenden Kämpfe gegen das sich global ausbreitende digitale Freiluftgefängnis dort), die Geschichte der aufständischen

Methode im Anarchismus, Krieg, und das Patriarchat in seiner techno-industriellen Form. Dieses Jahr wollen wir wieder zusammenkommen, um aufeinander zu treffen und ohne Bildschirme zwischen uns in Austausch zu treten.

Wir wollen diskutieren. In großen und kleinen Gruppen, mit neuen Gesichtern und alten Bekannten. Mit der Erfahrung vom letzten Jahr, haben wir uns entschieden, die Diskussionen auf drei Thementage mit jeweils zwei Diskussionen pro Tag zu beschränken. (Spontane Diskussionen können natürlich jederzeit wieder eingebracht werden). Die Themen werden die folgenden sein: Internationale Solidarität Extraktivismus Krieg

Das Treffen findet vom 30. Mai bis zum 2. Juni im Hambacher Forst statt. Die Diskussionstage sind Freitag, Samstag, und Sonntag. Anreise tage sind Mittwoch der 29. und Donnerstag der 30. und Abreisetag ist Montag der 3. Juni. Für Verpflegung wird gesorgt.

Zelte, Schlafsäcke und Matten müssen mitgebracht werden. Menschen, die nicht im Zelt schlafen wollen, meldet euch bitte, wir werden Alterna-

tiven (die auch kein Klettern beinhalten) organisieren, diese werden aber von der Anzahl her begrenzt sein und zuerst an

Leute gehen, die diese brauchen, um am Treffen teilhaben zu können. Um uns zu kontaktieren oder wenn ihr Fragen habt, schreibt an:

acat@supernormal.net

Ein detailliertes Programm, sowie Details zur Anreise und weitere Infos folgen Anfang Mai auf unserem Blog <https://acat.noblogs.org/> Willkommen sind alle Anarchist*innen, alle wilden Herzen, freien Geister, Subversive und Rebell*innen, die sich in dieser Einladung wiedererkennen. Nichtsdestotrotz – und mit der Erfahrung vom letzten Jahr und anderen Treffen – wollen wir dieses Jahr einen kleinen Disclaimer beifügen, wer sich überlegen sollte, ob er*sie wirklich kommen will:

- Leute, die moderierte Diskussionen, Redner*innenlisten und andere sozialkybernetische Modalitäten erwarten. Ihr könnt euch gerne für Kleingruppendiskussionen so frei assoziieren, aber die meisten Diskussionen werden nicht so geführt werden.
- Leute, die erwarten, dass es bei einem Diskussionstreffen ein Awareness-Team gibt, weisen wir im Vorhinein darauf hin, dass es keines geben wird.
- Leute, die Party und Konsum erwarten. Es gibt genug Möglichkeiten dafür, ein Diskussionstreffen und der Wald sind vielleicht einfach nicht der Rahmen.
- Leute, die im Bezug auf die Kriegsfrage, die Einreihung von Anarchist*innen unter der ein oder andern (proto)-staatlichen Formation befürworten bzw. andere Anarchist*innen (moralisch) dazu drängen wollen für diesen oder jenen Staat Partei zu ergreifen (und zu kämpfen), bitte bleibt dem Treffen fern.



Wir haben ein Flugblatt auf einer Demo aufgegriffen, überarbeitet und weiterentwickelt.

Anlass sind einige Beobachtungen, die dem vorangegangen sind.

Erste Beobachtung:

Mitte Dezember verteilen jungen Männer auf der Sonnenallee Flyer. Auf dem Hochglanzflyer in komplett deutscher Sprache: „Befreit Palästina – Nieder mit der kolonialen Ordnung im Nahen Osten“. Auf den ersten Blick also unverfänglich und natürlich auch eine Position, die auf den ersten Blick von vielen BIPOC geteilt wird. Liest eine_r weiter, findet sich dort der Hinweis, dass der Genozid beendet werden muss. Und die Lösung wird auch gleich mitgeliefert: Dies kann nicht durch eine „Zwei-Staaten-Lösung“ geschehen, sondern nur dadurch, dass die koloniale Ordnung aufgehoben und die künstlichen Nationalstaaten durch jene islamistische Ordnung ersetzt werden, die zuvor 1300 Jahre lang das friedliche Zusammenleben von Muslimen, Christen und Juden gewährleistet hat“.

Dies ist insofern interessant, weil ein sehr ähnlicher Ansatz auch innerhalb von Grundsatzpapieren der Hamas formuliert wurde. Schaut ein_e sich den Auftritt auf sozialen Medien an, stellt eine_r fest, der Auftritt ist gut gemacht, verständlich und überschaubar und vertritt die Hamas im deutschsprachigen Raum.

Die Hamas versucht also mit antikolonialer Rhetorik bis in die Kreise linker, postkolonialer Linker und Antirassist_innen zu punkten.

Zwischen uns und der Hamas ist eine radikale Linie zu ziehen.

Zweite Beobachtung:

Auf einer staatlich organisierten Kundgebung gegen die Massaker der Hamas und in Solidarität mit Jüd_innen in Deutschland wird von der Bühne die Abschiebung „antisemitischer Straftäter“ gefordert, wenn sie „Ausländer“ sind. Verwundert reibt sich eine_r die Augen, wie die Kritik an Antisemitismus a) Parolen hervorbringt, die in leicht abgewandelter Form auch von der AfD vertreten werden, bloß dass diese sich nicht mit Feinheiten aufhält und alle „kriminellen Ausländer_innen“ meint. Und b) wie sehr die deutschen Freund_innen der Jüd_innen in Deutschland den hohen Anteil von Straftaten deutscher Rechter unter den Tisch fallen lässt. c) Das Selbstverteidigungsrecht legitimiert laut deutschem Staat Massaker der IDF an den Menschen im Gaza. Folglich von den Tausenden zivilen Toten, verursacht durch des israelischen Militärs, natürlich kein Wort.

Zwischen uns und dem positiven Antisemitismus der sogenannten Anti-deutschen/deutschen Regierung ist eine radikale Linie zu ziehen.

Dritte Beobachtung:

Auf allen Demonstrationen, die sich berechtigterweise für einen Stopp der Bombardierungen auf die palästinensische Bevölkerung im Gaza aussprechen, wird das vorangegangene Massaker, die Greultaten, Vergewal-

tigungen und Geiselnahme in Bezug auf Zivilist_innen durch die Hamas verschwiegen.

Aus unserer Sicht geht das nicht. Für uns ist nicht mit Sicherheit erkennbar, warum dem so ist. Ein Teil sympathisiert mal mehr, mal weniger, je nach Demo mit der Hamas, oder hält sie für das kleinere Übel. Ein anderer Teil blendet aus, was das Bild von dem antikolonialen Kämpfern trüben könnte. Aber wir wissen nicht, wie stark die innerpalästinensische Opposition in Bezug zur Hamas ist. Diese ist für uns nicht auf den ersten Blick erkennbar, aber wir haben Grund zur Annahme, dass innerhalb der palästinensischen Communities auch auf die eigene Sicherheit oder die Sicherheit der Angehörigen und Freund_innen im Gaza achtgegeben werden muss. Wir wissen von Menschen mit deutschem Hintergrund auf propalästinensischen Demos, die Plakate trugen, welche die Solidarität zu Palästinenser_innen bei gleichzeitiger Ablehnung der Hamas deutlich machten. Palästinenser_innen bedankten sich explizit.

Vierte Beobachtung:

Auf den propalästinensischen Demos finden sich außer in die Jahre gekommene Antimperialist_innen und Post-Leninistische junge Kommunist_innen keine anderen Gruppen aus dem deutschen Milieu emanzipatorischer Linker. Die Oben genannten sind kein Bezugspunkt für eine emanzipatorische Perspektive, sie heulen mit den Wölfen und gehen in ideologische Bündnisse mit einer antikolonial verkärten antisemitischen, antiemanzipativen und menschenverachtenden Ideologie – verkörpert durch die Hamas. Auch viele Menschen aus dem antikolonialen, akademischen Diskurs blenden die Verbrechen der Hamas aus und verengen ihren Blick auf den Konflikt. Hinter dem Antizionismus verbirgt sich allzu oft eine Haltung, die sich auch antisemitisch lesen lässt.

Wir glauben, es braucht unsererseits, die wir weder auf der einen noch auf der anderen Seite der Herrschenden stehen noch uns deren Kriegslogiken unterwerfen wollen einen Schritt auf die palästinensischen Menschen zu, die keiner Ideologie folgen. Wir glauben es wäre gut, sich mit diesen Menschen zu konfrontieren, zu reden, zuzuhören und sich dort, wo es solidarisch geht auch zu streiten. Wir sollten mit denen in ein Bündnis gehen, die auch versuchen, sich der Kriegslogik zu verweigern. Wir müssen dafür keine Distanzierung von der Hamas voraussetzen, um ins Gespräch zu kommen. Wir müssen aber auch nicht mit unserer Meinung hinter dem Berg halten.

Wir sollten Annäherungen dort ausprobieren, wo wir Gemeinsamkeiten sehen.

Diese Beobachtungen waren für uns ausschlaggebend, untenstehendes Flugblatt zu überarbeiten und hier auf Indy ins Netz zu stellen. Wir schlagen vor, mit diesem Flugblatt auf Demos zu gehen, dieses dort zu verteilen und die Diskussion zu suchen. Oder Leute in unserer Nachbar_innenschaft anzusprechen oder dieses Flugblatt zu kleben. Es kann zu heftigen Reaktionen kommen, es kann auch zu Zustimmung kommen.

Diese können wir auszuwerten, um zu sehen, was daraus resultiert. Insofern ist das Flugblatt auch ein Hilfsmittel, um in Kontakt zu kommen und auszuloten, was geht und wo Grenzen sind. Wir sind nicht bereit, wie bei Corona oder im Russland/Ukrainekrieg zuzuschauen ohne einzugreifen, und dadurch den Fundamentalisten und Kriegsbefürwortern Raum zu überlassen, die dann den Ton setzen.

Diese Initiative ergreifen wir, weil wir den Stereotypen, den Dychotomien und Kriegspolarisierungen das Wasser abgraben wollen. Weder Hamas noch staatlich verordnete Staatsräson, weder Iran noch Netanjahu. Weder Mullahs noch Siedlerbewegung.

Für ein freies Leben für jeden Menschen, für alle Geschlechter, für Palästinenser_innen wie Jüd_innen.

Wir können nicht warten, bis die Kriegspolarisierungen durchbrochen werden. Wir müssen uns schon selbst bewegen. Dafür werden wir von sogenannten Antideutschen und Islamisten gehasst werden, aber wichtig ist etwas anderes:

Gegen jede Herrschaft - gegen jeden Krieg.

FLUGBLATTVORSCHLAG:

STOPPT DIE BOMBEN AUF GAZA!

Stoppt die Fundamentalisten auf allen Seiten!

Kriegslogiken durchbrechen!

GEGEN JEDEN KRIEG – GEGEN JEDE HERRSCHAFT

Wir halten es für sehr wichtig, miteinander ins Gespräch zu kommen.

Viele Menschen folgen der deutschen Staatsräson. Die Kritik an der rechtsradikalen israelischen Regierung um Netanjahu wird dabei als Akt des Antisemitismus ausgegeben. Diese Kritik ist das Gegenteil von Antisemitismus. Die Lehre aus dem deutschen Faschismus war „Nie wieder Krieg! Nie wieder Auschwitz“ – das heißt auch keinen Krieg und kein Aushungern der Zivilbevölkerung in Gaza.

Einige Menschen interpretieren die Hamas als „antikoloniale Befreiungsorganisation“. Sie ist das Gegenteil davon. Wer will schon unter einer islamistischen Organisation leben, die queere Menschen und Frauen hasst und andere Religionen, Glaubensrichtungen und oppositionelle Strömungen unterdrücken will. Und jüdische Menschen wahnhaft hasst.

Die Nakba war ein Verbrechen.

Die Shoah war ein Verbrechen.

Keine dieser Verbrechen rechtfertigen Massaker!

Weder rechtfertigt die Nakba die Morde an Zivilbevölkerung. Noch rechtfertigt die Nakba auch nur eine einzige Vergewaltigung. Und sie rechtfertigt auch keine Geiselnahmen von Zivilbevölkerung. Wir reden von der islamistischen Organisation Hamas und mit ihr verbündeten Organisationen und Staaten.

Die Shoah rechtfertigt nicht die Morde und Verstümmelung von tausenden Zivilist*innen durch Bombenabwürfe.

Auch rechtfertigt die Shoah nicht die extra-legalen Hinrichtungen durch die „Siedlerbewegung“ und auch nicht den Landraub und den Rassismus. Wir reden von dem israelischen Militär, den Rechtsradikalen in der Regierung und ihren verbündeten Organisationen und Staaten.

Die Nakba und die Shoah haben ihren eigenen Platz in der Geschichte. Sie sind nicht gegeneinander aufzuwiegen. Und das eine Verbrechen relativiert nicht das andere Verbrechen. Wer das tut, oder das jeweils andere Verbrechen verschweigt, verfolgt ein ideologisches Interesse und interessiert sich nicht für das Leid eines jeden Menschen.

Der Schmerz über die Nakba, der Schmerz über die vielen Morde und Vertreibungen und fortwährenden Ungerechtigkeiten gegenüber Palästinenser*innen hat einen eigenen Platz in unserer Menschheitsgeschichte.

Der Schmerz über die Shoah, über die industrielle Vernichtung von Menschen jüdischer Herkunft und/oder jüdischen Glaubens durch die deutschen Faschisten, die jahrhundertelangen Pogrome und die Anfeindungen jüdischer Menschen haben ihren eigenen Platz in unserer Menschheitsgeschichte.

Wir als queere Menschen, als Menschen die sich keinen Kategorien zuordnen oder sich bewusst diesen verweigern sowie auch als Anarchist*innen, die dieses Flugblatt verbreiten, wiegen die Schmerzen nicht gegeneinander auf. Wir vergleichen den Schmerz nicht, um ihn zu bewerten. Ein durch die Hamas lebendig verbranntes Kind hat ebenso unsere endlose Trauer wie ein von israelischen Bomben zerfetztes Kind.

Denn nur wenn wir den Schmerz auf beiden Seiten anerkennen, finden wir einen Weg aus der Kriegslogik und der endlosen Eskalation heraus.

Und diesen Weg finden nur die Menschen, die den Mut haben, bei all dem Schmerz einander die Hand zu reichen und den Hass zu unterbrechen. Der Weg zu einer Lösung, die allen Menschen gerecht wird, wird nicht von den religiösen und politischen Führern der beiden Seiten beschritten. Sie reiben sich bei jeder Eskalation die Hände und freuen sich insgeheim, wenn unser Blut fließt. Denn die Eskalation ermöglicht neuen Terror, neuen Krieg als „Antwort“ und damit die Sicherung der Herrschaft. Auf beiden Seiten!

Unsere Wut, unser Zorn richtet sich gegen die Herrschenden auf beiden Seiten. Denn unser Traum ist ein befreites Land, ein Land in dem Jüd*innen und Araber*innen und alle anderen Hand in Hand aufstehen gegen die Verbrecher auf beiden Seiten.

Das ist, was die Vertreter beider Seiten am meisten fürchten – dass wir uns nicht mehr untereinander abschlagen – sondern ihnen jede Macht nehmen. Es ist an uns, die Hamas, die Dschihadisten und die Mullahs im Iran zu entwaffnen. Und den Widerstand gegen die Fundamentalisten auch dort zu unterstützen. Und es ist an uns, Israel, Deutschland und die USA zu entwaffnen und auch vor keinem anderen Land Halt zu machen.

Als Menschen, die anarchistischen Ideen nah stehen, sind wir überall in der Welt. Wir denken internationalistisch/transnational. Und wir wollen keine Herrschaft, nirgends.

Wenn wir rufen: „Wir sind erst frei, wenn keine Mensch mehr unfrei ist“, dann meinen wir das ohne Ausnahme. Und das schließt Frauen wie Männer und alle anderen Geschlechter genauso wie alle Jüdi*innen und Palästinenser*innen mit ein.

Die Hamas ist eine patriarchale, vergewaltigende islamistische Organisation des Hasses und steht jeder Freiheit im Weg. Katar, Iran und andere Länder haben die Hamas bewaffnet. Deutschland ist ein Land des (institutionalisierten) Rassismus, in dem 30% rechtsextrem wählen, und in dem der Rassismus und Antisemitismus zu Hause ist. Deutschland beteiligt sich mit der Lieferung von Rüstungsgütern in Höhe von 300 Millionen Euro nach Israel und ist somit Teil des Krieges.

Erkennen wir gegenseitig den zugefügten Schmerz an. Reden wir miteinander. Nicht übereinander. Lassen wir ideologische Argumente nicht mehr gelten. Richten wir die gesamte Wut auf jene, die sich mit ihren Waffen zu den Herren über Leben und Tod aufspielen.

Unsere sozialer Widerstand hat die Entwaffnung jeder Herrschaft zum Ziel.

- Sofortiger Stopp der Bombardierungen der Zivilbevölkerung im Gaza!
- Sofortige Freilassung der Geiseln im Gaza!
- Vergewaltiger entmannen!
- Rüstungsindustrie in jedem Land angreifen!

<http://gsxbcjvcrdl66ycimkwra2nxzwvy2idef4twi7elojuzm5ztt5abqyid.onion/node/329711>

Überall Gespenster

Zum Text „Warum es 2023 keinen Anarchistischen CSD gab“

Im letzten Autonomen Blättchen gibt es einen längeren Text zu den offenbar vorhandenen Zerwürfnissen innerhalb der Orga-Gruppe des Anarchistischen CSD in Berlin. Leider bietet dieser Text keinerlei inhaltliche Auseinandersetzung, sondern verliert sich in diffusen Feindbildern.

So ist immer wieder von „Antideutschen“ die Rede, von einer „antideutschen Agenda“, „antideutschen Attitüde“ etc., ohne dass jemals konkreter ausgeführt wird, was damit eigentlich genau gemeint ist.

Später ist die Rede davon, dass „einige nicht willens oder in der Lage waren, sich positiv auf antikoloniale Kämpfe von Palästinenser*innen“ zu beziehen. Aber anstatt diesen Punkt zu erklären, an dem es ja spannend werden könnte anhand der Frage, wie genau eine emanzipatorische, solidarische Position in einem komplexen Konflikt aussehen kann, hört es schon wieder auf, und Menschen wird unterstellt, sie würden „hinter jeder Position, die sich auch positiv auf Menschen in Palästina bezog, den Generalverdacht des Antisemitismus wittern“ (Gemeint ist vermutlich, dass Menschen entweder einen Generalverdacht gegen propalästinensische Positionen haben oder Antisemitismus wittern; einen Generalverdacht zu wittern scheint doch etwas krude.)

Weiter geht es mit „Es gab auch elitäre Positionen, die sich aus akademischen Diskursen ableiteten“, mit einem „Gefühl der Überlegenheit, die sich deutsche Linke einbilden“, und die zu „Bevormundung, Paternalismus und dem Abwürgen von Initiativen“ geführt hätten. „Für Nichtdeutsche und proletarische Anarchist*innen war so eine Bevormundung nicht akzeptabel“.

Abgesehen von problematischen Kategorien („akademisch“ vs. „proletarisch“, „deutsch“ vs. „nichtdeutsch“) bleibt auch hier absolut unklar, worum es bei den inhaltlichen Auseinandersetzungen überhaupt ging. Wie schon bei dem Vorwurf der „antideutschen“ bleibt auch der Vorwurf der „elitären“ Positionen völlig abstrakt.

Der Versuch, den „CSD zu politisieren“, sei „von Menschen, deren Agieren wir schon als Deutsch und Antideutsch, als akademisch und paternalistisch beschrieben haben“, sabotiert worden, denn diese hätten aus dem ACSD ein „Event“ machen wollen. Es wird immer verschwommener.

Im weiteren Verlauf des Textes geht es um „Karrierist*innen und Lügner*innen“, die alles kaputt machen wollen, und um die fehlende Abgrenzung gegenüber „Kommunist*innen und ihren autoritären Modellen“.

Eine inhaltliche Auseinandersetzung – nicht nur, aber auch zu Nahost – wäre innerhalb der Linken dringend geboten. Uns allen ist – hoffentlich – gemeinsam, dass wir ein gutes Leben ohne Angst für alle und überall wollen. Über den Weg dahin müssen wir, so konstruktiv wie möglich, streiten.

Das Papier zum ACSD erfüllt dies leider nicht, sondern ist eine wütende Abrechnung einiger Menschen, die offenbar sehr enttäuscht sind – und dabei überzeugt, die richtige reine anarchistische Lehre zu vertreten. Inhaltsleere Schlagworte und populistische Pauschalisierungen („Antideutsche sind die Pest“) werden uns aber nicht dabei helfen, möglichst breite, diverse, dabei emanzipatorische Bündnisse und Bewegungen auf die Beine zu stellen.

Im Unterschied zum oben kritisierten Text versucht der Intro-Text des letzten Autonomen Blättchens einen differenzierten Blick auf komplexe Verhältnisse. Texte wie dieser könnten vielleicht als Ausgangspunkt dienen, die Debatte um einen emanzipatorischen Umgang mit der schrecklichen Situation im Nahen Osten weiter voranzutreiben, zu konkretisieren und in eine gelebte Praxis zu bringen. Danke dafür!

xyz, Berlin, Januar 2024

Arroganz ist keine Waffe!

Hand aufs Herz. Wer hat sich beim ersten Besuch vom AZ, einer Info-Veranstaltung oder in der ersten politischen Gruppe wohlgefühlt? Die Wahrheit ist leider, wir Linksradiكالen sind arrogant, sehr arrogant sogar. Die Arroganz schwächt uns und ist zugleich ein Ausdruck unserer Schwäche. Egal ob mensch nun die Revolution will oder einfach nur handlungsfähig sein will, Arroganz lähmt uns. Es kommt einem so vor, als müsste mensch sich in jedem Haus, und in jeder Gruppe erst beweisen oder äußerlich und verhaltensmäßig anpassen, um akzeptiert zu werden. Gerade viele Menschen welche neu hinzukommen und aus der Arbeiter*innenklasse kommen, sind passiv und eingeschüchtert von unserer Sprechweise und unserem Verhalten. Vielleicht sollten wir einfach mal überlegen, ob es nicht schon bezeichnend ist, dass wir von einer linken „Szene“ sprechen oder die Mehrheit der Bevölkerung gar nicht erst ansprechen wollen?

Aber anstatt ewige Theorie Diskussionen zu führen, sollten wir einfach unser persönliches Verhalten ändern: Wir sollten endlich aufhören arrogant zu sein!

Keine Coolness, keine Verachtung und keine Abgeklärtheit!

1. Wir untereinander

Eine Person hat es mal wie folgt ausgedrückt: „Die Szene, ein Ort an dem man das Gefühl hat endlich Zuhause zu sein, aber nie richtig ankommt“. Bei Crust-Konzerten und Wagenplätzen wird mensch ohne Dreads und Aufnäher komisch gemustert. In einer feministischen Gruppe sollte mensch niemals trainiert mit körperbetonter Kleidung aufkreuzen. In einem AZ darf es keine bunten Jacken geben, außer diese sind schon 10 Jahre alt. In einer Sportgruppe sind die Mindestanforderungen kurzgeschorene Haare und kein Humor. Die Reihe lässt sich unendlich fortsetzen. Die Linksradiكالe Szene ist untereinander ständig arrogant und wir schließen uns gegenseitig aus, allein schon wegen dem Aussehen. Wir sollten aufhören uns als etwas Besseres zu sehen und abschätzig auf die schauen welche nicht so sind wie wir. Auch in den Gruppen untereinander sieht es nicht besser aus. „Wie viele Pressemitteilungen hast du denn schon geschrieben?“ oder „Wie oft hast du diese Aktion den schon gemacht?“ sind leider Sätze, die öfter fallen. Wir sollten uns wirklich fragen, ob solche Suggestivfragen sinnvoll sind. Können wir Nachfragen nicht ohne Augenrollen begegnen? Können wir nicht ohne Arroganz kommunizieren? Egal ob ein Mensch 10 oder 20 Jahre aktiv ist und immer die gleichen Aufgaben übernimmt, kein Mensch hat ein Recht auf Arroganz!

Die Streitereien gehen weiter: Hat mensch schon genug Texte gelesen oder ist „man Theorie-Macker“? Ist mensch ein „scheisz Bürgi“ oder „eh nur auf Gewalt aus“? Ist mensch schon reflektiert genug in dem Thema oder macht mensch nur Einthemenpolitik? Wir werten uns, unsere Aktionsformen und unsere Theorien ständig gegenseitig ab. Warum können wir Wissen nicht schnell und kompakt weitergeben ohne Arroganz? Warum können wir andere Aktionsformen nicht nebeneinanderstehen lassen? Wir sollten endlich anfangen auf Augenhöhe untereinander zu erklären, diskutieren und zu streiten. Arroganz lässt jedes Treffen nur zu einem Spießrutenlauf werden und macht die nächste Aktion doppelt so schwer. Lasst uns sachlich ohne Hierarchien diskutieren. Lasst uns wirk-

lich undogmatisch sein! Die arrogante Verteidigung des einzig richtigen Glaubens bzw. eine Volksfront von Palästina“-Politik hat noch keine*n weitergebracht.

2. Wir nach außen

„Auf dem Plenum jeder Satz durchdacht. Dann werden Flyer produziert, die keiner kapiert“. Die Zeile reicht eigentlich für den gesamten Absatz. Im Ernst: Wen sollen unsere Flyer, Reden und Erklärungen ansprechen? Sogar Texte, die mobilisieren sollen, wirken so fernab jeglicher Alltagssprache, dass es manchmal weh tut sie zu lesen. In der Regel sind es nur Ansammlungen von Phrase die mit -ismen und Schachtelsätzen garniert werden. Informationsgewinn oftmals gleich Null. Wir strukturieren weder unsere Texte noch bringen wir Fakten oder versuchen gar Außenstehende behutsam auf Problematiken hinzuweisen. Es ist witzig, dass wir zurzeit versuchen, möglich viele POCs, Sexarbeiter*innen oder Gefangene anzusprechen, ohne dies bei unserem direkten Nachbarn*innen zu versuchen. Wir probieren spezielle Zielgruppen anzusprechen, scheitern aber schon beim Nachbarn. Ich habe nicht den Lösungsansatz dafür und auch dieser Text ist nicht der beste. Aber wir könnten damit beginnen unsere Analysen/Kritikpunkte, unsere Handlungen und unsere Utopien zu erklären. Ist euch schon mal in den Sinn gekommen, dass Fremdwörter (ja auch englische!), -ismen und Parolen die meisten Menschen abschrecken? Können wir einfach uns bitte endlich dazu herablassen unser Anliegen anderen Menschen zu erklären? Die Arroganz von wegen „der dumme Bürgi soll sich mal selbst informieren“ muss endlich aufhören.

3. Wenn neue Menschen hinzukommen

Jede Religion, Partei, politische Bewegung und regionale Feuerwehr versuchten neue Personen einzubinden. Wir nicht. Im Gegenteil, jede Person wird strengstens befragt, bevor sie in Gruppen kommen darf. Keine der Aussagen darf vom Thesen-Papier der Gruppe abweichen. Bei Fragen am Info-Point, der Bar oder an eine anderen Person wird abschätzig geschmaut und ignoriert was das Zeug hält. Mensch hat den

Eindruck es soll mit allen Mitteln verhindert werden, dass neue Personen dazukommen. Wir freuen uns nicht über neue Menschen, sondern verachten sie. Wir laden Sie nicht zu andere Aktionen ein oder interessieren uns nicht für ihre Motivationen. Anstatt Menschen langsam unsere Theorien näher zu bringen, setzten wir diese voraus. Mensch hat oft das Gefühl, dass: „Das schlimmste was passieren könnte, ist dass plötzlich ganz normale Menschen zu unseren Treffen hinzukommen und diese dann gar nicht mehr so geheim und cool sind“. Im Ernst wer hat schon mal probiert normal angezogene Freunde zur Küfa mitzunehmen? Die Wahrheit ist unser Aussehen und Sprache sind eintöniger als jede Museums-Gruppe. Sobald eine Person diese Eintönigkeit stört, wird diese verächtlich, misstrauisch und im besten Fall paternalistisch/belehrend betrachtet. Ich merke ich habe viele Themen angeschnitten die hier vlt. nur bedingt reingehören. Jeder Absatz könnte eigene Artikel beinhalten und aus ganz anderen Blickwinkeln beleuchtet werden. Ich finde nur dass die Arroganz in vielen Zusammenhängen (Sprache, Theoriearbeit, Demonstrationen, Bekenner*innen-Texte usw.) oftmals auch unerwartet auftritt.

Bei manchen Genoss*innen bestimmt sie teilweise deren gesamte politische Arbeit.

Wenn ihr kein Bock habt den gesamten Text zu lesen, hier das wichtigste:

1. Seid einfach weniger arrogant! Jede Person soll sich selbst reflektieren und das Image als „coolste, härteste, realste, belesenste, reflektiertest, abgefückteste ...“ schnellstens überdenken!

2. Rede so dass andere Personen sich trauen nachzufragen und zu kritisieren. Seid dann bei Nachfragen und Kritik nicht herablassend, auch wenn ihr diese schon mitgedacht habt.

3. Keiner unserer Texte sollte eine Profitmaximierung für Google sein. Sprecht einfach so dass jede Person euch versteht ohne googlen zu müssen.

4. Akzeptiert andere (linke) Theorien, Kleidungen, Sprechweisen und Aktionsformen. Linke Arroganz untereinander ist erbärmlich und dogmatisch.

5. Bindet neue Personen ein, ohne herablassend zu sein. Ladet Menschen einfach unverfänglich zum nächsten Konzert, Mobivortrag, Plakatieren, Lesekreis oder Sport machen ein.

6. Kritisiert arrogantes Verhalten untereinander! Die gesamte Bevölkerung ist arrogant und jeder Mensch, auch ich bin oft arrogant. Wir müssen daher ständig versuchen dieses Verhalten zu unterbinden.

Neuigkeiten zum falschen Kölner Outing der IL

Alle Mails der „anonymen Quelle“ sind Fake

Die Mailadresse „jennifer.hills@skymail.de“ hat nicht existiert!

Zur Erinnerung: Im Juli 2022 hat die bundesweite Interventionistische Linke (IL) ihr ehemaliges Kölner Mitglied C mit Namen und Foto im Internet als Sexualtäter geoutet. Er soll nach einem einvernehmlichen Date mit einer Frau (X) sexuelle Fotos von ihr in einer Chatgruppe eines sexistischen Männernetzwerkes geteilt haben. Das behauptete Männernetzwerk gab es nicht, und an den von X als Beweis vorgelegten Mails der anonymen Zeugin „Jennifer Hills“ gab es von Beginn an Zweifel (*). Die erste Mail an das Düsseldorfer IL-Mitglied M war laut Prüfung durch Recherchegruppen nie über das Netz gegangen, und auch die übrigen Mails wiesen Fälschungsmerkmale auf. Nun hat sich herausgestellt: Die Mails, die die Düsseldorfer IL-Mitglieder M und X angeblich von der anonymen Quelle empfangen haben, sind allesamt komplette Fälschungen – denn die Mailadresse „jennifer.hills@skymail.de“ gab es nicht.

Woher kommen die neuen Informationen?

Der falsch Beschuldigte C hatte 2022 eine Zivilklage gegen X mit der Forderung nach Unterlassung der falschen Behauptungen sowie einer Entschädigung eingereicht. In diesem noch laufenden Verfahren hatte X dem Gericht die gefälschten Mails als angebliche Beweise vorgelegt. Ebenfalls 2022 hatte C eine Anzeige gegen Unbekannt bzw. gegen die angebliche anonyme Zeugin „Jennifer Hills“ wegen Verleumdung gestellt. Jetzt wurden die Ergebnisse der Ermittlungsbehörden bekannt: Die Emailadresse „jennifer.hills@skymail.de“ hat in dem Zeitraum, in dem M und X die Emails erhalten haben wollen, nicht existiert. Im Gegensatz zu einer nicht-staatlichen Recherchegruppe haben die Ermittlungsbehörden die Möglichkeit, von Serverbetreibern solche Auskünfte zu verlangen. Alle Emails der angeblichen Zeugin „Jennifer Hills“, die X dem Gericht im Zivilrechtsverfahren vorgelegt hat, sind demnach Fälschungen. Aus diesem Grund kommt die Polizei zu dem Schluss, dass X (und möglicherweise M) die Zeugin erfunden und die entsprechenden Beweise gefälscht haben.

Die Staatsanwaltschaft Düsseldorf hat deshalb gegen X ein Verfahren wegen Prozessbetrugs eröffnet.

Was bedeutet das?

Sämtliche Vorwürfe gegen den Betroffenen C sollen von dieser anonymen Zeugin stammen. Diese habe angeblich M – Ex-Partner von X und IL-Sprecher – bei einer IL-Veranstaltung angesprochen und dann per Mail erst mit M und später mit X kommuniziert. Ebenfalls per Mail habe „Jennifer Hills“ die angeblich von C verbreiteten Fotos an X geschickt. Durch diesen Mailkontakt sei dann am 14.01.2022 eine Videokonferenz zwischen X und „Jennifer Hills“ zustande gekommen. Bei dieser will X Fotos gezeigt bekommen haben, die sie eindeutig der Situation mit C hätte zuordnen können. Mit wem soll dieser Call stattgefunden haben, wenn es die Zeugin und ihre Mailadresse gar nicht gab? X lügt, sie hat am 14.01.2022 keine Mail von „Jennifer Hills“ empfangen. Auch M lügt, wenn er behauptet, Mails von „Jennifer Hills“ empfangen zu haben.

Die gesamte Erzählung und „Beweiskette“ bricht zusammen. Die Vorwürfe, mit denen C seit Juli 2022 öffentlich konfrontiert wird, sind haltlos und frei erfunden. Dabei liegt das Motiv für die Tat – darin ist man sich selbst im engsten Umfeld der beiden Hauptbeteiligten einig – in der toxischen Beziehungsdynamik zwischen den M und X. Uneinig ist man sich offenbar nur noch über die Frage der Rollenaufteilung zwischen den beiden. Also wer welchen Anteil an der Erfindung und Ausführung der gesamten Verleumdung hatte.

Und die IL?

In ihrem letzten Statement vom August 2023 gab die IL zwar zu, Fehler gemacht zu haben. Der Vorwurf des Männernetzwerkes sei falsch gewesen,

und sie würden „diese Form des Outings in diesem Fall nicht noch einmal wählen“. Trotzdem kein Wort der Entschuldigung gegenüber C. Stattdessen hielt die IL an dem Vorwurf fest, C habe intime Fotos von X gemacht und verbreitet, denn es sei die „plausibelste Erklärung, dass diese durch C. aufgenommen wurden“.

Zu den angeblich per Mail geschickten Fotos schrieb die IL, „vertrauenswürdige Personen“ hätten diese gesehen. Wer waren diese Personen, die das Lügenkonstrukt unterstützt haben? Oder hat die IL vielleicht einfach nur den Hauptbeteiligten M und X vertraut? Und wie diskutiert sie das Desaster, dass eine ganze Organisation einem Fake aus den eigenen Reihen aufgefressen ist und sich damit zu einem so zerstörerischen falschen Outing hat hinreißen lassen?

Schließlich hat die IL C in ihrem letzten Statement erneut vorgeworfen, Gerichte angerufen zu haben. Tatsächlich waren es das Verhalten und Versagen der IL, das C keine andere Wahl ließen. Ohne die Verfahren und Ermittlungen wäre nicht bekannt geworden, dass die angeblichen Beweise gefälscht waren und das angebliche Männernetzwerk nicht existierte. C und seine Angehörigen hätten es hinnehmen müssen, dass er auf alle Zeiten mit Namen und Foto im Netz als Sexualstraftäter gebrandmarkt ist – aufgrund von falschen Anschuldigungen.

Konsequenzen?

Der mutmaßliche Fälscher M ist seit Anfang des Jahres wieder als Mitglied von seered und damit der IL in Düsseldorf aktiv. Werden die IL oder andere Akteur*innen der linken Szene Konsequenzen ziehen? Wird die IL endlich der Forderung nachkommen, die Verantwortung für das falsche Outing zu übernehmen, es auf allen Kanälen öffentlich zurückzunehmen, C und alle als „Täterschützerinnen“ bezeichneten voll zu rehabilitieren und die angerichteten Schäden wiedergutzumachen? Werden die Hauptverantwortlichen M und X endlich die frei erfundenen Vorwürfe zurücknehmen und offene Fragen beantworten? Sie hätten es in der Hand, mit ihrem Eingeständnis den Weg für eine außergerichtliche Einigung freizumachen und damit das Drama zu beenden, das schon so viel menschlichen und politischen Schaden angerichtet hat.

Wir erwarten eine baldige Stellungnahme.

kontaktgruppe3@riseup.net
<https://k3-2022.tumblr.com/>

Gegen den Feiertagsaktivismus!

Disclaimer: Der Artikel wurde von einigen Leuten aus der OAV geschrieben und spiegelt nicht die Meinung der gesamten OAV wider.

Während in den 90ern noch die reine Kampagnenarbeit der Autonomen kritisiert wurde, (Stichwort Heinz-Schenk-Debatte)[1] sind wir nun einen Schritt weiter in der taktischen Verwahrlosung und betreiben einen Feiertagsaktivismus. Während früher noch Ein-Themen-Kampagnen gefahren wurden (wie die Anti-Shell-Kampagne, Flüchtlingsaktivismus, Anti-Knastarbeit usw.) oder wenigstens von einer Gruppe mehrere Veranstaltungen zu einem Thema gemacht wurden (wie Antisemitismus in der radikalen Linken, Soliabende zu den Zapatistas, Perspektiven anti-kapitalistischer Ökonomie), richtet sich heute unser Aktivismus nur noch nach dem Kalender. Fairerweise muss mensch gestehen, dass linksradikaler Aktivismus sich auch noch zusammensetzt aus (antifaschistischer) Feuerwehrpolitik, Szene-Selbst-Bespaßung, Randalen und nächtlichen Aktionen. Zu dem Sinn und Unsinn dieser Aktionen wurde schon viel geschrieben. Dagegen wurde bisher kaum etwas zum Feiertagsaktivismus gesagt. Dazu ein paar kurze Gedanken.

Das Jahr beginnt am 27.01 mit der Ausschwitzbefreiung. Am 8. März ist Flinta*- oder Frauen-Kampftag. Am 15. März dann der Tag gegen Polizeigewalt. Am 18. März folgt sogleich der Tag der politischen Gefangenen. Am 30.04 ist Take-Back-the-Night und am 1. Mai gibt es dann die Babylon Berlin Aufführung mit dem ritualisiertem 30 minütigen Steineschmeißen. Gleich 7 Tage später folgt die Feier zum Sieg gegen den Nationalsozialismus. Am 09.11 ist dann der Tag zum Gedenken an die Reichspogrom-

nacht. Schließlich ist am 25.11 der Tag der Gewalt gegen Frauen. Genauso sinnvoll wie das Jahr anfängt, endet es dann auch mit der 13.12 Demo. All den angegebenen Tagen ist gemein, dass sie von der großen Öffentlichkeit absolut unbemerkt stattfinden. Fragt doch mal euren Nachbarn, Arbeitskollegen oder Mitschüler ob er schon mal was vom „Tag der politischen Gefangenen“ gehört hat. Natürlich nicht, denn öffentlichkeitswirksame Demonstrationen und Pressearbeit sind ja bürgerlich und reformistisch. In der Regel wird daher oftmals nur zum „Gemeinsamen Briefe an Gefangene schreiben“ oder Küfa eingeladen, bei denen genau die gleichen 10-15 Menschen aufkreuzen, die auch schon auf dem Plena der unbedeutenden Kleingruppe saßen, welche die Selbstbespaßung plante.

Bei den historisch tradierten Tagen wie dem 8. März oder 1. Mai sieht es anders aus. Da dominieren reformistische und rot-rote Gruppen die Demonstrationen. In der Regel wird es noch nicht einmal geschafft, einen autonomen oder geschweige denn anarchistischen Block auf die Beine zu stellen. Ansonsten müsste ja die Notwendigkeit von offener Organisation und verbindlicher Arbeit zugegeben werden. Es wird daher brav in dem Block mitgelaufen, der am schwärzesten gekleidet ist.

Zu all den Demos erscheinen Linksradikale in genau der gleichen Art und Weise: Schlecht bis mäßig verummmt und mit den immer gleichen Transpispis. Auf den Transpispis sind Molotovcocktails oder Steinschleuder abgebildet, dazu oft noch eine verummmt Person. In der Regel steht noch ein Spruch dabei, der eigentlich keinerlei wirkliche Bedeutung hat. Wie „Freiheit beginnt, wo Herrschaft aufhört“, „Fight the System“ oder „Flintas die

kämpfen sind Flintas die leben“. Die Sprüche sollen eigentlich martialisch wirken, aufgrund der Begleitumstände und dem Fakt, dass diese schon seit 50 Jahre als Phrasen verwendet werden, aber nur noch langweilig wirken. Eine realpolitische Bedeutung, Forderung, Analyse oder sonst irgendein erkennbarer Sinn, verbirgt sich eh nicht hinter den Sprüchen. Sie dienen der Selbstvergewisserung einer kleinen Gruppe und sind aus dem Mangel an Kreativität und Theorie entstanden. Eigene anarchistische oder antideutsche Inhalte werden ansonsten gesetzt durch die Übertönung von „Hoch die internationale Solidarität“ durch „Hoch die antinationale Solidarität“.

Es gibt aber noch die 1-2 organisierten autonomen und anarchistischen Gruppen. Bei diesen wurde über die Demo ein bis zwei Wochen davor auf dem Plenum informiert. (Wer hätte es auch ahnen können, dass der 15. März dieses Jahr wieder kommt?) Alle sind sich einig, dass etwas gemacht werden muss. Aus Mangel an Vorbereitungszeit wird ein Flyer geschrieben und mit einem Drucker, der eigentlich schon weggeschmissen werden sollte und daher praktischerweise kostenlos zugänglich war, ca. 50 schwarz-weiß Exemplare mit Farbflecken gedruckt. In dem Text, an dem 1-2 Personen mitgeschrieben haben, wird auf das Event hingewiesen und der Reformismus der Veranstaltung kritisiert. Als Lösung wird „Bildet Banden“ oder „Überlegt euch selbst, was ihr dagegen machen könnt“ angegeben.

Das gute an all diesen Feiertagsdemos ist, dass sie sowieso niemanden interessieren. Ähnlich wie wiederkehrende Demonstrationen in der DDR oder Gedenktage in der BRD sind sie absolut belanglos. Warum sollte mensch auch ritualisiert irgendwo mitlatschen? Inhalte und Forderungen sind eh nicht vorhanden. Es wird demonstriert, weil es der Kalender will und nicht irgendein Anlass. Wer findet denn solche Tage wirklich toll? Seid ehrlich, wenn ihr in der Straßenbahn lest, dass heute der „Tag des Schweines“ oder „Tag der Gefahren des Lungenkrebses“ ist, findet ihr das interessant? Nein, es nervt einfach nur. Die politische Strategie, sich Tage

rauszusuchen und an denen auf irgendwelche Gefahren, Notwendigkeiten, Unglücke oder Siege hinzuweisen ist absolut nervtötend. Ausnahmen wären hier vlt. noch große Jahrestage, da an denen wirklich kontinuierlich das Jahr über Veranstaltungen von mehreren Gruppen stattfinden.

Was also bleibt als Lösungsvorschlag? Lassen wir die Feiertage hinter uns! Wenn ihr Themenschwerpunkte habt, dann macht Kampagnen dazu, also mehrere Veranstaltungen und Vorträge. Legt euch auf 2-3 Themen das Jahr fest. Oftmals gibt es so viel antifaschistische Feuerwehrpolitik und Repression, dass ihr eh nicht zu mehr kommt. Lest gemeinsam Texte zu den Themen und arbeitet dann gemeinsam Positionen aus. Wenn ihr beispielsweise wirklich politischen Gefangenen helfen wollt, dann macht dazu öffentlichkeitswirksame Kampagnen und sammelt Gelder oder baut durch militante Aktionen Druck auf. Lasst uns also wieder zu den eigentlichen Aufgaben zurückkommen: Massenbewegungen aufzubauen und zu unterstützen. Die radikale Linke ist entstanden, um Streiks zu unterstützen oder andere notwendige Kämpfe wie zur Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen oder Homosexualität. Wir haben auch jetzt genügend dringliche Probleme und aktuelle Kämpfe, auf die wir uns lange vorbereiten und gegebenenfalls schnell intervenieren müssen.

Lassen wir die Feiertage hinter uns!

PS: Auch viele große post-autonome oder bürgerliche antifaschistische Gruppen wie beispielsweise die Interventionistische Linke oder Leipzig nimmt Platz betreiben so einen Feiertagsaktivismus. Die Kritik richtet sich auch dezidiert an Gruppen, die ansonsten Kampagnenarbeit oder kontinuierliche Aufbauarbeit leisten! Hört auf mit gezwungenermaßen jeden Feiertag zu zelebrieren!

[1] Heinz Schenk: Wir sind doch kein Kampagnenheinz, unter: <https://offeneanarchistischevernetzungleipzig.blackblogs.org/2024/01/11/heinz-schenk-debatte/>

Information zur Aktion gegen ein griechisches Diplomatenfahrzeug

Dokumentation



Am 30. Januar haben wir unter einem Auto mit Kennzeichen der diplomatischen Vertretung Griechenlands in Deutschland einen Brandsatz deponiert. Die Aktion fand in der Rosenthaler Vorstadt in Berlin statt.

Die Aktion richtet sich nicht gegen eine spezielle Person sondern gegen die Beziehungen zwischen zwei rassistischen und mörderischen Staaten sowie deren Verantwortliche. Das brennende Diplomatenauto ist ein weiteres mal Vehikel von internationalen Botschaften zwischen den Unterdrückten und gleichzeitig Ansage an die, die die Welt beherrschen wollen,

...

...dass wir nicht den hundertfachen Mord im Juni letzten Jahres vor der Küste von Pylos durch die Hände von griechischer Küstenwache und Frontex vergessen haben.

...dass wir nicht die rassistischen mörderischen Gewaltakte der Polizei gegen die Jugend der Roma in Griechenland vergessen haben.

...dass wir nicht tatenlos bleiben angesichts der Verfolgung von Anarchist*innen und Individuen die Herrschaft und Ausbeutung bekämpfen

Auch 2024, in einer Zeit wo die Gleichgültigkeit im Angesicht von täglichem Massenmorden weit vorangeschritten ist, reichen wir Anarchist*innen den Migrant*innen weiter die Hand. Wir wollen ein weiteres Mal vor Augen halten, dass massenhafte Migration ihren Ursprung im System hat und diejenigen, die sie versuchen zu kontrollieren, die selben sind, die

auch von unserer Arbeitskraft und unseren Ressourcen leben. Die tausendfachen Morde an den Grenzen sind Morde an unseren Brüdern und Schwestern. Die Opfer der kommenden Pogrome und Meuchelmorde in dieser immer offener rassistischen Europäischen Union leben unter uns und stehen mit uns Seite an Seite.

In Gedenken an Oury Jalloh, der am 7. Januar vor 19 Jahren gefesselt und mit Knochenbrüchen lebendig in einer Polizeizelle angezündet wurde.

*Gez. Anarchist*innen*

PS: Für die sofortige Freilassung von Nikos Maziotis und Solidarität mit Pola Roupa!

„Herzensangelegenheiten“

Im letzten Jahr (2022) erschien im Verlag Assoziation A das Buch „Herzschläge“, das ein Gespräch mit Ex-Militanten der Revolutionären Zellen zur Geschichte und Politik dieser Gruppe dokumentiert. Wir haben das Buch mit Interesse und Begeisterung gelesen, vor allem, weil die drei nicht mehr ganz jungen Ex-Militanten der RZ mit Offenheit über ihre Motive, Hoffnungen, Widersprüche und Enttäuschungen gesprochen haben. Diese subjektive Sicht auf ihre Geschichte wird bei den noch lebenden Weggefährten*innen bestimmt nicht auf ungeteilte Zustimmung gestoßen sein. Uns hat der Band aber sehr inspiriert, über unsere eigene Praxis nachzudenken, gemeinsam zu diskutieren, die Ergebnisse festzuhalten und auf diese Weise zu veröffentlichen.

Wir sind eine Gruppe von Menschen, die alle aus der linksradikalen, autonomen Bewegung kommen und einen sagen wir mal „positiven Bezug zu militanter Praxis“ haben. Uns eint die ungebrochene Sehnsucht, theoretische und praktische Ansätze und Perspektiven der Befreiung und der Umwälzung der bestehenden Verhältnisse trotz der nicht gerade ermutigenden Aussichten zu suchen, zu diskutieren und zu erproben.

Es gibt einige Gründe, warum für uns die Praxis der Revolutionären Zellen und der Roten Zora bis heute ein wichtiger Bezugspunkt ist. Zunächst nur stichwortartig: die Bewegungsorientierung der RZ und der Roten Zora auf die Frauenbewegung, die Anti AKW Bewegung, die Häuserkämpfe, oder die Bewegung gegen die Startbahn West des Frankfurter Flughafens die Aktionen gegen Sex-Shops, Gen- und Reproduktionstechnologien und nicht zuletzt die Kampagne „Für freies Fluten“ gegen Abschiebebehörden. Außerdem ihre undogmatische Haltung, ihre vermittelbaren Aktionen, und dass sie im Gegensatz zur RAF nicht militaristisch und erstaunlich erneuerungsfähig waren.

Die RAF hatte ab Anfang der 80er Jahre durch die Hungerstreiks der Gefangenen und spektakuläre, zuweilen tödliche Angriffe auf Politiker, Militärs, Vertreter der Justiz und Wirtschaftsbesitzer eine sehr viel stärkere Resonanz in der Öffentlichkeit. Sie polarisierte und zwang viele Linke, sich zu positionieren. Im Gegensatz zur RAF, sahen die RZ die Illegalität

aber nicht als befreites Gebiet, sie handelten nach der Devise, „wie ein Fisch im Wasser“ in der Bewegung aktiv zu sein und so lange wie möglich unterhalb des polizeilichen Radars zu bleiben, um handlungsfähig zu sein. Das schien lange ein kluges Konzept zu sein, es stieß allerdings immer dann an seine Grenzen, wenn Polizei und Justiz den Fahndungsdruck erhöhten. Die Praxis der RZ, Brand- und Sprengstoffanschläge auf Wohnungskonzerne, Industrieunternehmen, Forschungseinrichtungen, Energie- und Rüstungskonzerne durchzuführen entsprach viel eher der Praxis der autonomen und undogmatischen Linken, die in den 70er und 80er Jahren zu größeren Mobilisierungen fähig war. Dabei trafen die Parolen der RZ wie JEDES HERZ IST EINE ZEITBOMBE oder BILDET BANDEN bei undogmatischen Linksradikalen den Nerv der Zeit und entsprechende Plakate hingen fast in jeder ihrer WG's.

Als sich die RZ Anfang bis Mitte der 1990er Jahre auflösten und durch die veröffentlichten Papiere große Differenzen und Brüche innerhalb der RZ sichtbar wurden, war das Erstaunen in der autonomen Linken groß, schließlich begriffen viele die militante Kampagne „Für freies Fluten“ und ein uneingeschränktes Aufenthaltsrecht für Geflüchtete auch als inhaltlichen Rahmen und praktischen Ansatz, um die rassistischen Pogrome von Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda und die parlamentarischen Angriffe auf das Asylrecht politisch zu beantworten.

Der Band „Herzschläge“ liefert einige interessante Antworten auf unsere Fragen an die RZ, bleibt bei der Frage, was aktuell zu tun ist sehr vage, gibt aber auch ein paar erstaunliche Hinweise auf die Anfänge der RZ und deren Zusammenarbeit mit der Black Panther Party in Westdeutschland und Berlin Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre, was eine Erklärung dafür liefert, warum die RZ sich in ihrer über zwei Jahrzehnte währenden militanten Geschichte immer wieder mit Feuer und Flamme auf die Kämpfe gegen Rassismus, Apartheid und gegen Abschiebungen bezogen. Diese antirassistische Praxis der RZ und die Anschläge der Roten Zora auf die Textilkette ADLER zur Unterstützung eines Frauenstreiks in Südkorea sind für uns bis heute beispielhafte militante Interventionen.

Nun könnte dieser Beitrag an dieser Stelle auch schon wieder enden: Da haben sich Menschen die Mühe gemacht, ihre politische Geschichte noch einmal zu besprechen und wir haben es wohlwollend zur Kenntnis genommen. Gelesen, geliked, positive Rezension verfasst. Punkt.

Aber zum einen haben wir durchaus auch zur Kenntnis genommen, dass das „Herzschläge“-Gespräch nicht einfach nur ein Geschichtsbuch sein möchte, zum andern würde unser Beitrag der Sache nicht gerecht. Welcher Sache? Die Ernsthaftigkeit, mit der im Gespräch versucht wurde, auch die Aspekte der eigenen Geschichte zu erwägen, die nicht ganz so rund waren und die schmerzhaften Erfahrungen, Zweifel und selbstkritischen Überlegungen offenzulegen.

Was wir an der Geschichte der RZ ablesen können, ist, dass sich dort Menschen darum bemüht haben, eine an die eigenen Möglichkeiten und die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen der Zeit angepasste Antwort auf die Frage zu finden, was der eigene Beitrag dazu sein kann, die zutiefst ungerechte, ausbeuterische, kapitalistische Weltordnung im Ganzen und deren Ausdrucksformen hier infrage zu stellen und anzugreifen. Und worin wir eine besondere Qualität erkennen, ist die Fähigkeit und Bereitschaft der RZ, dabei auch neue Wege zu suchen und zu beschreiten, wenn sich die bis dahin praktizierten Konzepte als überlebt oder als Sackgasse erwiesen hatten.

Anders und kurz gesagt: Das Lesen des Buches hat bei uns zu vielfältigen, langen und für uns anregenden Diskussionen geführt. In diesem Beitrag wollen wir ein paar Themen dieser Diskussionen aufgreifen, zusammenfassen und mit der Hoffnung veröffentlichen, dass andere sich zu einer Erwiderung angeregt fühlen. Es geht im Folgenden vor allem um die Frage, was für uns revolutionäre Politik heute bedeuten könnte, warum eine revolutionäre Praxis dringlicher denn je ist und warum es so schwierig ist, sie zu entwickeln. Das ist aber nur ein Aspekt der Themen und Fragen, die wir diskutiert haben, und es soll auch kein abgeschlossener Text sein, sondern eine Anregung, über die Perspektiven linksradikaler Praxis ins Gespräch und in Bewegung zu kommen.

I. BESTANDSAUFNAHME

„Was ist, wenn alles scheiße ist?..“

Stichworte zu den politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für revolutionäre Politik heute

Im Vergleich mit den 1970er, 80er und 90er Jahren haben wir es heute mit wesentlich veränderten politischen Rahmenbedingungen für eine revolutionäre Politik im globalen Norden zu tun. Dazu gehören aus unserer Sicht der Zusammenbruch des sogenannten Blocks der sozialistischen Länder und der damals existierenden globalen Bipolarität. Nach dem Ende des sogenannten Ost-Westkonflikts haben wir eine Phase gewaltsamer Akkumulation in den Ländern und Einflussregionen des ehemaligen „real-sozialistischen Blocks“ und eine Neuorganisation der ökonomischen Beziehungen unter der Dominanz neoliberaler Verwertungsmodelle erlebt, die unter anderem in der sogenannten Finanz- und Staatsschuldenkrise 2008 kulminierte. Parallel dazu wurde die Phase revolutionärer/antikolonialer

(nationaler) Befreiungskriege der 1950er bis 1980er Jahre im globalen Süden durch lokale oder regionale Revolten und Bürgerkriege abgelöst.

Die Entwicklung der Produktivkräfte hat durch die technischen Umwälzungen im IT-Bereich ein Niveau erreicht, an dem in vielen Sektoren der Produktion, der Distribution und Reproduktion menschliche Arbeitskraft entbehrlich oder ersetzbar geworden ist, ohne dass dadurch das kapitalistische System zusammenbrechen würde und auch ohne dass dadurch massenhaft Menschen vom Zwang zur Lohnarbeit befreit wären. Im Gegenteil: immer mehr Menschen arbeiten und leben in prekären Verhältnissen und der technische Fortschritt, die kapitalistische Produktion und der globale Konsum verschlingen immer schneller immer mehr natürliche Ressourcen.

Immer mehr Menschen aus dem globalen Süden suchen im Norden eine Perspektive. Einige, weil sie vor Kriegen oder Bürgerkriegen fliehen oder diktatorischen Regimen entkommen wollen, die ihnen keine Luft zum Atmen lassen. Andere, weil sie in ihren Ländern die grausamen Auswirkungen des globalen Kapitalismus zu spüren bekommen, sei es, weil natürliche Lebensgrundlagen unwiederbringlich zerstört werden um gefragte Rohstoffe gewinnbringend ab- oder anzubauen, sei es, weil die durch den Weltmarkt für sie vorgesehenen Lebens- und Arbeitsbedingungen unerträglich sind, sei es, weil die Klimakrise zu Hungersnöten und Überschwemmungen führt. Die Länder des globalen Nordens reagieren mit dem Bau von militärisch gesicherten Grenzen und Lagern. So sind für Zigtausende Menschen Meere, Wüsten und Grenzflüsse zu Zonen der Rechtlosigkeit, Gewalt und des Todes geworden.

An der Klimakrise wird deutlich, dass seit Jahrhunderten der Wohlstand, die Sicherheit und die Privilegien weniger auf dem Leid und der Unterdrückung und Ausbeutung einer Mehrheit der Weltbevölkerung beruhen. Aber anders als in Zeiten der kolonialen Unterwerfung der Welt lassen sich die Folgen der unbeschränkten Ausbeutung menschlicher und natürlicher Ressourcen inzwischen nicht mehr komplett aus den Wohlstandsoasen der reichen Industriestaaten auslagern. Der Umstand, dass auch in Ländern wie Deutschland die Auswirkungen der globalen Erwärmung unmittelbar zu spüren sind, führt bisher aber nicht dazu, dass das System, das dafür verantwortlich ist, von „der Masse“ hier infrage gestellt würde. Stattdessen sehen wir, dass die Aufrüstung der europäischen Grenzen und die gewaltsame Abwehr derjenigen weiter eskaliert, die weltweit auf der



Flucht aus Hunger, Elend und Krieg sind. Sie sollen den Preis für ein paar weitere Jahre oder Jahrzehnte ungehinderter kapitalistischer Ausbeutung und Zerstörung bezahlen, in denen sich die privilegierten Menschen im globalen Norden vormachen können, es wäre ja alles gar nicht so schlimm und wenigstens der eigene relative Wohlstand noch zu retten.

Rassistische Denkweisen und rassistische Migrationspolitiken in den europäischen Staaten sind nicht neu. Aus einer deutschen Perspektive hat sich seit der sogenannten Wiedervereinigung 1990 das Problem aber insofern verschärft, als dass der Nationalismus wieder salonfähig wurde. Spätestens seit der Asyldebatte der 1990er Jahre haben sich offen rassistische

Diskurse in der sogenannten Mitte der Gesellschaft festgesetzt und tragen mit dazu bei, dass die globale Ordnung auch in der hiesigen Gesellschaft wirksam bleibt. Alle, die nicht dazugehören dürfen, sollen dankbar sein, die dreckigsten Jobs unter prekärsten Bedingungen zu machen. Auch die sogenannten Hartz-Reformen haben eine wichtige Rolle dabei gespielt, neben und verbunden mit der rassistischen Spaltung auch die soziale Spaltung weiter zu vertiefen. Die Drohung mit sozialer Deklassierung, die offene Verachtung, die Menschen in Armut entgegengebracht wird, die repressiven Eingriffe in die Lebensgestaltung von Menschen im ALG-2-Bezug, haben die Mischung aus Neid und Angst, die den Individuen im Kapitalismus als psychische Grundstruktur eingetrichtert wird, bei vielen Menschen der „Mittelschicht“ noch sichtbarer gemacht. Diese Politik ist allerdings keine deutsche Erfindung, sie ist Teil der neoliberalen Politik, in der die letzten Reste sozialer Garantien und Absicherungen zerstört werden. Als ironische Konsequenz aus all diesen demokratisch legitimierten Ausschlüssen und Bruchlinien ernten derzeit Populist*innen, Autoritäre und Faschist*innen die Früchte. In

Europa, in den USA und anderen Ländern des globalen Nordens gewinnen autoritäre Regulation, Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus an Bedeutung. Faschist*innen werden in Parlamente gewählt, sie sitzen im Sicherheitsapparat, in der Justiz und in Regierungen oder dominieren sie sogar.

Zu der allgemeinen Akzeptanz gegenüber repressiven und militärischen Lösungen sozialer Probleme passt, dass die seit langem forcierte Militarisierung der europäischen Gesellschaften inzwischen sehr weit fortgeschritten ist. Und seit dem Ukraine-Krieg können wir auch noch eine Renaissance der Nato beobachten und müssen fassungslos zur Kenntnis

nehmen, dass viele Linke auf einmal anfangen, Vertrauen in dieses imperiale Militärbündnis zu setzen und Waffenlieferungen in Kriegsgebiete als notwendig zu betrachten. Wir erleben seit einigen Jahren eine starke Militarisierung regionaler politischer Konflikte und den Übergang zur direkten militärischen Konfrontation in der Austragung inner-imperialistischer Widersprüche zwischen den USA, Europa, Russland und China. In weiten Teilen der Erde ist Krieg zum Dauerzustand geworden: In vielen Ländern der Subsahararegion und im Maghreb, in Israel/Palästina, Syrien, Kurdistan, Irak, Afghanistan, der Kaukasusregion, Osteuropa, ... Überall auf der Welt gewinnen Bewegungen des bewaffneten religiösen Fundamentalismus an Bedeutung und sind wesentlicher Faktor in sozialen Kämpfen und in den militärischen Konfrontationen vor allem im globalen Süden geworden.

Das ist die eine Seite, sie ist ziemlich düster und beschreibt aus unserer Sicht, was sich an den politischen Rahmenbedingungen für revolutionäre Politik im Vergleich zu den 1970er Jahren verändert hat. Aber trotz und vielleicht auch teilweise gerade wegen all dem, was wir eben angerissen haben, gibt es immer noch und immer wieder Menschen, die sich mit all dem nicht abfinden wollen. Und es gibt sie überall. Im globalen Süden und im Norden entstehen immer wieder Bewegungen und brechen Revolten und Aufstände aus, die die herrschende Ordnung grundsätzlich in Frage stellen, sei es im Mittelmeerraum und im Mittleren Osten (Tunesien 2009 bis Teheran 2022/23), Lateinamerika (Argentinien 2008, Chile 2018/2019), Afrika (Südafrika 2018, Sudan 2021), in Europa (Griechenland 2008, Frankreich 2016/2023) oder in den USA (2020). Diese Liste ist nur ein kleiner Ausschnitt und die Jahreszahlen sollen nicht den Eindruck erwecken, als wären diese Aufstände, Revolten und Brüche auf genau diese historischen Zeitpunkte beschränkt. Wir sehen in diesen Revolten und in den Bewegungen, die sie tragen, Momente von Emanzipation aufscheinen. Wir fühlen uns verbunden mit den Menschen auf der Straße. Wir fühlen ihre Wut, wenn die Reaktion zum Gegenschlag ausholt, oftmals ausgestattet mit Tränengasgranaten und Maschinenpistolen aus deutscher Produktion und wir sehen auch, dass die Sehnsucht nach einem anderen, besseren und guten Leben für alle Menschen weder mit Polizeiknüppeln noch mit Panzerketten zerstört werden kann.

In unserer Auseinandersetzung mit dem „Herzschläge“-Buch haben wir vor dem oben beschriebenen Hintergrund diskutiert, wie heute eine sozialrevolutionäre, internationalistische Politik aussehen muss. Das wollen wir im Folgenden darstellen. Was wir aus der Geschichte linker Bewegungen für unsere Auseinandersetzung mit den eigenen Verstrickungen in antisemitische, rassistische und sexistische Strukturen lernen können, dazu haben wir bisher leider nur unzureichende Antworten gefunden.

II. POSITIONSBESTIMMUNG

„... Dann sind wir eben gegen alles!“

Revolutionäre Politik, wenn keine Revolution in Sicht ist: Was ist heute sozialrevolutionäre, internationalistische Politik und welche Rolle spielt der Staat?

Neben den politischen Rahmenbedingungen haben sich offensichtlich auch unsere Sprache und die Begriffe, mit denen wir die gesellschaftlichen Unterdrückungsverhältnisse beschreiben und unseren Kampf zu bestimmen versuchen, im Vergleich zu den 1970er Jahren geändert. Manche Begriffe erscheinen uns von den Verhältnissen überholt, zum Beispiel bewaffnete Politik, andere waren zwischenzeitlich aus manchen linksradikalen Diskursen verschwunden und erleben gerade wieder eine Renaissance wie sozialrevolutionär oder antiimperialistisch. Die Frage, was eigentlich sozialrevolutionäre Politik ausmacht und wie sie praktisch umgesetzt werden kann, zieht sich insgesamt durch das ganze „Herzschläge“-Buch und vermischt sich manchmal mit der Frage, was genau das spezifische am Ansatz der Revolutionären Zellen gewesen ist.

Sozialrevolutionär und mehr noch antiimperialistisch sind Begriffe, mit denen wir uns heute schwer tun, allein schon weil sie inzwischen eher als Label funktionieren anstatt wirklich mit Inhalt gefüllt zu werden. Allerdings sind uns für die Bestimmung unserer politischen Aktionen sowohl der Bezug auf lokale soziale Kämpfe, wie auch der Versuch, internationalistische Perspektiven und Kämpfe des globalen Südens einzubeziehen, unverzichtbar, auch wenn wir die traditionellen Begriffe selten verwenden. Ein nicht zu vernachlässigender Unterschied zu den RZ der 1970er und 1980er besteht wahrscheinlich in der Frage der konkreten organisatorischen und politischen Verbindungen mit Organisationen und Bewegungen des globalen Südens. Bevor wir aber diesen letzten Punkt wieder aufgreifen, wollen wir nach den Inhalten einer emanzipatorischen und vielleicht sogar revolutionären Politik heute fragen und die Anstöße benennen, die wir dafür bei unserer Lektüre der „Herzschläge“ bekommen haben.

In der Bestandsaufnahme und den Rahmenbedingungen, die wir im ersten Abschnitt skizziert haben, haben wir versucht zu beschreiben, dass das soziale Elend in dem viele Menschen leben und die globale Dimension der Verhältnisse, die dieses Elend hervorbringen, nicht voneinander getrennt werden können. Wenn wir die alten Begriffe dafür nutzen wollen Schlussfolgerungen zu ziehen, dann hieße das, dass sozialrevolutionäre Politik immer internationalistisch gedacht und in diesem Sinne Antworten für die politische Praxis gefunden werden müssten. Es kann nicht darum gehen, in den europäischen Gesellschaften dafür zu kämpfen, die Privilegien, die die Europäer*innen einer ausbeuterischen und menschenverachtenden Weltordnung verdanken, aufrecht zu erhalten. Gleichzeitig müssen wir aber praktische Vorschläge machen, wie das soziale und psychische Elend, dem auch in Europa Millionen von Menschen ausgesetzt werden, durchbrochen und beendet werden kann.

Und damit wären wir dann auch bei einem anderen Begriff und Gedanken, der sich als roter Faden in der ganzen Geschichte der radikalen Linken wiederfindet: der Revolution. Aus unserer rudimentären Analyse ergibt sich, dass der Zustand der Welt nach radikalen, revolutionären Umbrüchen in allen Bereichen, politisch, ökonomisch, sozial und kulturell, schreit und uns gleichzeitig die dafür noch verbleibende Zeit durch die Finger rinnt. Die politische Wirklichkeit, mit der wir uns in Europa herumschlagen, weist aber momentan in eine ganz andere Richtung: die zunehmend autoritäre Aufrechterhaltung und Durchsetzung gesellschaftlicher Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse. Wenn wir als Militante einerseits keine konkrete Vorstellung davon entwickeln können, wie wir dazu beitragen können, „alle Verhältnisse umzustößen, in denen der Mensch ein

erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“, andererseits aber zutiefst davon überzeugt sind, dass genau das passieren muss, wenn es irgendwann doch noch einmal besser werden soll, dann müssen wir uns fragen, wie wir mit unserer Politik wenigstens die Notwendigkeit und den Gedanken einer Revolution verdeutlichen und anderen Menschen vermitteln können.

Es mag nicht viel sein, was uns zum jetzigen Zeitpunkt dazu einfällt, aber wir wollen es trotzdem zur Diskussion stellen, auch weil wir hoffen, dass es auf Dauer doch klappen könnte, gemeinsam in Theorie und Praxis etwas mehr Licht am Horizont zu finden. Wir haben in unserer Auseinandersetzung mit dem „Herzschläge“-Buch länger darüber diskutiert, welchen Stellenwert wir hierbei militanter Praxis, klandestiner Organisation, der Frage von Vernetzungen und der Weitergabe von praktischem Wissen und dem Bemühen um Kontinuität in Kämpfen beimessen. Als entscheidender an dieser Stelle erschien uns allerdings ein ganz anderer Punkt, auf den wir uns deshalb auch beschränken wollen: Um überhaupt die Chance zu bekommen, eine revolutionäre Perspektive zurückzugewinnen, braucht es unserer bescheidenen Meinung nach vor allem inhaltlicher Klarheit. Klarheit darüber, warum revolutionäre Prozesse und Versuche, die Grundlagen des sozialen, ökonomischen, politischen Miteinanders neu zu denken, dringlich sind – und letztlich die einzig sinnvolle und menschenwürdige Alternative sind, um das Problem der Ungerechtigkeit, der Unterdrückung, der Ausbeutung, der vielfältigen Gesichter von Herrschaft und ihren Zusammenhang mit den gesellschaftlichen und politischen Grundstrukturen der Gegenwart anzugehen.

Wir denken es ist notwendig, die Diskussionen und Einsichten der vergangenen Jahrzehnte, die unterschiedliche Erscheinungsformen von Unterdrückung und Herrschaft betreffen, ernst zu nehmen und zusammenzubringen. Hier müssen wir offener und selbstkritischer werden und auch dabei ist es wichtig und hilfreich, von anderen zu lernen und es sich im eigenen militanten Dunstkreis nicht zu gemütlich zu machen. Revolution ist kein Zweck, sondern ein Mittel zur Veränderung, zur Befreiung von dem, was Menschen unglücklich macht, deformiert, in ihren Wünschen und Bedürfnissen beschneidet, ihre Freiheit beschränkt, ihre Würde verletzt. Wir dürfen nicht den Fehler machen, den Traum von einer Revolution wie einen linken Fetisch zu pflegen und zu hegen, sondern wir müssen uns fragen, warum und wofür überhaupt eine solche Revolution nötig und nützlich sein soll.

So selbstverständlich das vielleicht klingt, so klippenreich und manchmal auch widersprüchlich ist das dann aber doch in der politischen Praxis. Wir haben länger über zwei im Buch angesprochene Themen geredet, die vielleicht verdeutlichen, was wir meinen. Zum einen waren das die Probleme, vor denen die damals Aktiven der RZ standen, als die Forderung nach „Feminisierung“ der eigenen Politik und Praxis im Raum stand. Es wird beim Lesen deutlich, dass die Auseinandersetzung darüber viel Ratlosigkeit produziert hat. Das andere Thema ist das eigene Verhältnis zum Antisemitismus und die davon letztlich nicht zu trennende Position zum Staat Israel.

Bei beiden Themen hat sich seit der Zeit, in der die RZ aktiv waren, manches getan, es wurden Klärungen versucht – und auch wieder verloren. Es zeigt sich immer wieder in der linken Geschichte, dass es auf dem Papier einfach ist, sich zu einem umfassenden Verständnis von Kritik zu

bekennen, das Herrschaft in all ihren Facetten und Formen erkennt und überwinden will. Es zeigt sich ebenso in der Geschichte der Linken, dass auch in unseren Reihen und Kreisen immer wieder Roll-Backs, Entsolidarisierung, die Preisgabe emanzipativer Überzeugungen und Übereinkünfte stattfinden. Es ist leicht, sich als antipatriarchal zu bezeichnen, es ist schwerer, das mit Inhalten zu füllen und zum Beispiel auch dann zu leben, wenn es um persönliche Verstrickungen, vermeintlich wichtigere politische Interessen usw. geht. Und von einer wirklich mit Inhalten gefüllten Idee, wie eine antipatriarchale, antisexistische radikale Praxis in gemischten Szenen aussieht, welche Ziele sie verfolgt, wo sie ansetzen kann um wirksam zu werden, sind wir auch Jahrzehnte, nachdem die RZ ratlos vor dieser Leerstelle standen, immer noch ziemlich weit entfernt.

Wir beenden die Bearbeitung dieses Textes in den Tagen und Wochen, in denen in Israel ein Krieg tobt. Ausgelöst durch das grauerregende Massaker der Hamas am 7. Oktober, das uns fassungslos gemacht hat. Es sind auch Tage und Wochen, in denen an etlichen Orten weltweit jüdische Menschen durch antisemitische Aggressionen und gewalttätige Übergriffe bedroht werden. Wir müssen uns an die eigene Nase fassen, denn auch wir treten nichts Praktisches los, das ansatzweise in der Lage wäre, sich solidarisch gegen die antisemitische Mobstimmung zu stellen.

Wir steigen jetzt dazu in diesem Text nicht tiefer ein, denn wir bräuchten noch mehr Zeit und Diskussionen, um inhaltlich etwas beizutragen, dass der Sache gerecht wird. Aber worum es uns an dieser Stelle geht ist Folgendes: Wenn wir eine Idee von Befreiung entwickeln wollen, die auch wirkliche, und das heißt umfassende Befreiung meint, dann dürfen wir keine feinen Unterschiede in unserer radikalen Kritik aller Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnisse einführen. Wir müssen Rassismus so ernst nehmen wie das Patriarchat, globale kapitalistische Ausbeutungsstrukturen ebenso bekämpfen wie den Antisemitismus, wo und wie immer er sich zeigt. Und wir dürfen nicht anfangen, aus vielleicht gut gemeinter Solidarität mit den einen, andere Gesichter der Herrschaft zu ignorieren oder sogar zu negieren, weil sich vielleicht Widersprüche oder Konflikte auftun. Was wir aber tun müssten, ist solchen Widersprüchen und Konflikten nachzugehen, zu analysieren, wo wir sie auflösen können und wo wir sie vielleicht auch erst einmal aushalten und stehen lassen müssen. Das wäre für uns eine Vorbedingung dafür, uns tatsächlich eine Vorstellung davon neu zu erarbeiten, was wir als revolutionär begreifen.

Was bedeutet für uns sozialrevolutionär?

Zunächst meinen wir damit ganz klassisch militante Intervention in lokale und regionale Kämpfe um bessere Lebensbedingungen: Wohnen, Arbeit, Gesundheit, Bildung,... Diese Kämpfe bringen oft die Schwierigkeit mit sich, dass es um sehr konkrete Forderungen und unmittelbare Problemlagen geht, für die Abhilfe geschaffen werden muss (gefälschte Fahrscheine, Kampagnen für Vergesellschaftung von Wohnraum, Bewegungsfreiheit und Aufenthaltsrecht für Migrant*innen, Widerstand gegen Atomtransporte oder Kohletagebau,...). Oft stagnieren solche Kämpfe nach der Durchsetzung kleiner Erfolge oder sie werden befriedet und instrumentalisiert. Häufig scheitern sie und manchmal führen sie zu Reformen, die aber nur beschränkte Effekte haben. „Revolutionären Charakter“ können solche Kämpfe bekommen, wenn sie mit Prozessen von

gesellschaftlicher Selbstorganisation verbunden sind, wenn sie konkrete Veränderungen gegen die herrschenden Verhältnisse durchsetzen, wenn sie deren Spielregeln durchbrechen und sichtbar machen, dass es auch anders gehen kann – wenn sie dazu führen, dass immer mehr Menschen verstehen: es gibt Lösungen, aber nicht innerhalb der bestehenden Verhältnisse.

Militante Praxis ist in diesem Kontext nicht per se revolutionär. Aber wenn durch militante Aktionen die den Auseinandersetzungen zugrundeliegenden gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse sichtbar gemacht und angegriffen werden, eröffnet militante Praxis die Möglichkeit, das sozialrevolutionäre Moment dieser Kämpfe zu stärken. Ob es dazu kommt, hängt dann aber auch an der gesamten Bewegung und erfüllt sich erst, wenn wirklich gesellschaftliche Machtverhältnisse ins Wanken geraten.

Ein Punkt, der uns in Diskussionen über (sozial)revolutionäre Perspektiven immer wieder begegnet, ist: es gibt zu wenig klare Vorstellungen davon, wie eine befreite Welt und Gesellschaft aussehen und wie das Leben und Zusammenleben dort organisiert werden könnte. Früher sei das anders gewesen und das habe Leute mobilisiert und Kämpfe dynamischer gemacht. Wir befürchten, dass es nicht möglich ist, ein so verheißungsvolles Panorama zu entwerfen. So banal es klingt, wir sind davon überzeugt, dass die Vorstellung von einer befreiten Gesellschaft im Wesentlichen im Prozess der Befreiung selbst entwickelt werden muss. Und dass das ein langwieriger Prozess mit vielen Klippen und auch Rückschlägen sein wird. Es ist ein Irrtum zu glauben, dass es zuerst eine Utopie oder ein konkretes Konzept eines irdischen Paradieses geben muss, damit viele Menschen sich begeistert für eine Revolution organisieren und auf der Straße treffen. Eine Revolution bricht aus, wenn sich allgemein zu viel Hass und Wut angestaut hat, die sich durch Repression und staatliche Gewalt nicht mehr unterdrücken lässt. Ideen und Konzepte für ein irdisches Paradies sind aber trotzdem wichtig, um zu versuchen, einer Revolution dann auch eine tatsächlich emanzipatorische Richtung zu geben. Und sie lassen sich auch bereits jetzt im Kleinen erproben und entwickeln.

Und wenn wir ganz ehrlich sind, dann ist uns klar, dass jede kommende Revolution für viele Menschen im globalen Norden (auch für viele „von uns“) darauf hinsteuern muss, Privilegien aufzugeben. Fernreisen zweier- oder dreimal im Jahr mit dem Flugzeug, Privatautos in der Garage, die Hütte voll mit Elektrogeräten, das wird es nicht mehr geben, wenn wir wollen, dass wirklich alle Menschen menschenwürdig leben können. Und das wird noch deutlicher, wenn wir, wie oben schon mal angedeutet, ernst nehmen, dass sozialrevolutionär und internationalistisch zusammen gedacht werden müssen. Die privilegierte „imperiale Lebensweise“ des globalen Nordens ist das Ergebnis von Jahrhunderten einer ausbeuterischen, rassistischen und zutiefst ungerechten politischen und wirtschaftlichen Weltordnung. Wer nur dafür kämpft, dass im globalen Norden der Reichtum gerechter verteilt wird, wird weiter für das Leid unzähliger anderer Menschen unmittelbar verantwortlich bleiben. Das ist nicht die Befreiung, die wir meinen. Und wenn wir nicht die Augen davor verschließen können und wollen, dass die kapitalistischen Begehrlichkeiten nach immer mehr Ressourcen und die ganze Art und Weise, wie heute produziert und gelebt wird, auf dem besten Wege sind, die Chancen auf gutes und irgendwann überhaupt auf Leben auf diesem Planeten zu zerstören, dann liegt das Problem auf der Hand. (Ein anderes Kapitel wäre, dass die Klimaverände-

rung zwar alle, aber wie immer nicht alle gleichermaßen trifft. Das vertiefen wir hier jetzt mal nicht, was das bedeutet, ist ja auch ziemlich klar.)

Internationalistische Perspektiven neu entwickeln

Im Buch werden die internationalen Verbindungen der RZ zu anderen bewaffneten Organisationen und Befreiungsbewegungen diskutiert und deren Konsequenzen problematisiert. Wenn wir es uns leicht machen wollten, könnten wir sagen: diese Verbindungen und die damit einhergehenden Probleme gibt es doch sowieso nicht mehr – Problem erledigt. Doch das wäre zu einfach, denn wie schon gesagt, ohne eine Verbindung unserer politischen Praxis hier mit Kämpfen in anderen Ländern und anderen Kontinenten wird es keine globale Befreiung geben. Alles unterhalb einer globalen Befreiung wird aber nicht funktionieren. Es gibt keine Perspektive einer regionalen Befreiung, egal ob es um patriarchale und sexistische Zurichtung, kapitalistische Ausbeutung, rassistische Unterdrückung, oder die Beendigung antisemitischen Terrors geht. Das bedeutet, dass wir internationalistische Bezüge und Verbindungen zu Kämpfenden in anderen Ländern und Kontinenten (neu) herstellen und aufbauen müssen.

Dass wir nicht an alte Verbindungen und an gemeinsame Erfahrungen von Zusammenarbeit anknüpfen können, wie die im „Herzschläge“-Buch beschriebenen, ist zwiespältig. Einerseits sind internationale Verbindungen und Austausch unverzichtbar für eine revolutionäre Perspektive, andererseits sind wir froh über klärende und kritische Debatten der letzten Jahrzehnte, die das Verhältnis von „Metropolen-Linken“ und den Kämpfen und deren Organisationsformen in anderen Weltregionen unter die Lupe genommen haben. Wir wollen nicht zurück in die 1970er Jahre, wir wollen keine Idealisierung von Ansätzen und Gruppierungen, die aus der Distanz vielleicht attraktiv wirken, sich bei näherer Betrachtung dann aber doch die Frage aufwerfen, ob mensch mit ihnen wirklich am selben Projekt von Befreiung arbeitet. Kritisch nachzufragen und uns kritisch hinterfragen zu lassen, Gemeinsamkeiten zu suchen, aber nicht einfach vorauszusetzen, nicht die Kämpfe anderer nahtlos zu unseren zu machen, sondern lieber danach zu suchen, was genau diese Kämpfe wirklich und realistisch verbindet und Unterschiede zu benennen – das ist es, was uns eher vorschwebt, wenn wir von internationalistischer Politik reden.

Es wird nicht überraschen, wenn wir an dieser Stelle sagen, dass wir keine Freund*innen von Parteien und militärischen Organisationen sind. Für uns sind das Instrumente zur Erlangung und Verteidigung von politischer Macht, die letztendlich immer irgendwann selbst einer Perspektive von Befreiung im Weg stehen und deshalb wieder beseitigt werden müssen. Eine politische Zusammenarbeit mit solchen Organisationen, auch wenn sie auf dem Papier ein fortschrittliches Programm haben, halten wir für höchst problematisch und die Erfahrungen aus der Geschichte belegen das immer wieder und sind auch in „Herzschläge“ nachzulesen. Organisationen, Parteien und vor allem militärische Strukturen folgen einer anderen Logik als eine Bewegung. Deswegen muss für uns internationalistische Politik und ein solidarischer Bezug zu Kämpfen in anderen Regionen auf dieser Welt von einer Bestimmung des eigenen politischen Verhältnisses zu den jeweiligen Kämpfen getragen sein, auch von persönlichen Bezügen. Wir denken, dass die jeweiligen Kämpfe und die Bewegungen, die sie tragen, umfassender und vielfältiger sind als einzelne Organisationen, Parteien oder militärische Strukturen. Damit eine politische Ver-

bundenheit und gemeinsames solidarisches Kämpfen entstehen kann, müssen wir in der Lage sein und bleiben, uns gegenseitig zu kritisieren, zu hinterfragen und voneinander zu lernen.

Ein prominentes Beispiel aus der Geschichte der RZ, das für uns in diesem Kontext sehr anschaulich ist, sind die Aktionen der Roten Zora gegen den Textilkonzern ADLER in den 1980er Jahren. Während in Südkorea ADLER-Arbeiter*innen mit Streiks für bessere Arbeitsbedingungen kämpften, machten die Zoras hier mit Feuer und Flamme Druck und schafften nicht nur Öffentlichkeit, sondern halfen auch mit, ADLER zum Einknicken zu bringen. Ein nicht ganz so erfolgreiches, aber vielleicht ähnlich nachvollziehbares Beispiel aus der jüngeren Zeit ist die Kampagne gegen Kik und Co nach dem Einsturz der Textilfabrik Rana Plaza in Bangladesch 2013.

Wie halten wir es mit dem Staat?

Die Positionsbestimmung und die inhaltlichen Klärungen, wie wir eine zeitgemäße militante Praxis begreifen, wollen wir mit einem letzten Aspekt vorläufig abschließen, bei dem wir doch ein paar Unterschiede zu dem erkennen, was die Genoss*innen damals offenbar gedacht haben: dem Kampf gegen den Staat.

Das Thema wird im Buch etwas lapidar im Kontext einer Auseinandersetzung mit der Politik der RAF und Gefangenenbefreiung abgehandelt. Verkürzt liest sich dieser Abschnitt ungefähr so: „Der Staat ist nicht der eigentliche Gegner, es geht darum, an die sozialen Kämpfe anzudocken.“ Uns geht es auch nicht darum, eine falsche Fixierung auf den Staat zu reproduzieren oder den Staat als Urheber aller Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnisse zu verstehen. Allerdings ist der Staat auch nicht einfach nur ein Ausschuss des Kapitals um günstige Ausbeutungsbedingungen herzustellen und aufrecht zu erhalten. In antirassistischen Kämpfen um Bewegungsfreiheit und in antimilitaristischen Kämpfen gegen Rüstung und Krieg sind staatliche Strukturen und Akteur*innen sehr wohl herausragende Adressen für militante Interventionen. Genauso wenn es um den Kampf gegen Repression oder Interventionen zur sozialen Frage geht.

Dabei ist der Kampf gegen staatliche Verbrechen in komplexe Widersprüche eingebettet. Bestimmte Errungenschaften der sozialen Absicherung sind für manche, zum Beispiel für Menschen mit Behinderung oder für Menschen, die auf Pflegeleistungen angewiesen sind, etwas existenziell Notwendiges. Eine umfassende Zerstörung staatlicher Strukturen kann nur in ihrem Interesse sein, wenn wir auch eine Vorstellung davon haben, wie wir eine für diese Menschen adäquate und verlässliche Alternative organisieren können. Können wir das? Im Moment sehen wir das noch nicht. Im Gegenteil, selbst in unseren eigenen Strukturen gibt es doch kaum Ansatzpunkte, wie wir solidarische Beziehungen untereinander aufbauen können. Natürlich werden Genoss*innen in Notlagen oft nicht allein gelassen. Aber es besteht doch ein Unterschied zwischen Unterstützung, die wir einander bieten, weil wir uns kennen, und einer funktionierenden Struktur, die Existenzen sichern und in extremen Lebenslagen Sicherheit geben kann. Und es besteht ein Unterschied zwischen einer Hilfe, die netterweise gewährt wird, und einer Idee davon, wie es organisiert werden kann, dass alle Menschen nicht nur irgendwie überleben können, sondern ihr Leben selbstbestimmt gestalten. Wenn es darum gehen soll, irgend-

wann auch konkreter sagen zu können, was in einer „befreiten Gesellschaft“ anders sein müsste als hier und heute, dann gehört für uns auch dazu, uns hier und heute solche Fragen zu stellen wie: Wie überwinden wir unsere gesellschaftliche Zurichtung, die auch uns nahelegt, uns, und im Umkehrschluss auch die anderen, als „eigenverantwortlich“ für unser Wohlergehen oder unser Unglück zu sehen? Wie können wir die Verinnerlichung der Konzepte von Konkurrenz und Vereinzelung überwinden und neue Formen solidarischen Zusammenlebens ausprobieren und gleichzeitig klarmachen, dass es dabei auch um gesellschaftliche Fragen und Probleme geht, die das bestehende System nicht lösen kann?

Weil alles immer beschissener wird...

Angesichts der wachsenden innerimperialistischen Konflikte und der weltweiten massiven Militarisierung der Gesellschaften, angesichts der

Eskalationsspirale von antisemitischem Terror und Kriegseinsätzen in Israel/Palästina, angesichts des sich ankündigenden ökologischen Kollaps durch den globalen kapitalistischen Extraktivismus, angesichts einer lächerlich winzigen und oft sprach- und ratlosen radikalen Linken von der wir ein Teil sind, gibt es genug Gründe zum Verzweifeln und Resignieren. Am Ziel einer tatsächlich umfassenden Befreiung von Herrschaft, Ausbeutung und Unterdrückung festzuhalten mag vielen als naiv oder absurd erscheinen. Wir denken jedoch, dass es keine andere Möglichkeit gibt, als für genau dieses Ziel immer weiter zu kämpfen. Trotz allem!

Wir haben oben beschrieben, mit welchen Kriterien und Aspekten wir dabei unsere Praxis zu bestimmen versuchen. Ob diese Herangehensweise hilfreich ist und wie weit wir damit kommen, muss die Zukunft zeigen. Anyway, wir sehen uns auf der Straße!

Perspektive Non

Einladung zum Non-Kongress in Berlin, 21.-23. Juni 2024.

nonkongress.noblogs.org

Corona, Ukraine, Gaza. Dazwischen Klimakatastrophen, rassistische Attentate, Polizeimorde und eine galoppierende Inflation. So zuverlässig wie die Krisen und Kriege aufeinanderfolgen, so zuverlässig ist das völlige Versagen der Restbestände der radikalen Linken sich zu den herrschenden Verhältnissen in ein antagonistisches Verhältnis zu setzen. Die Klima-Ap-pell-Politik, die Absegnung autoritärer Corona-Maßnahmen und Etablierung selbiger „von unten“, die Nicht-Positionierung oder Unterstützung grüner Waffenlieferungspolitik, all das hat bei uns für die Überzeugung gesorgt, dass wir mit und in dieser radikalen Linken kein revolutionäres Begehren mehr entwickeln können.

Aus einem ersten informellen Treffen einiger Versprengter aus unterschiedlichen Zusammenhängen entstand die Idee, einen Ort zu schaffen, an dem sich all diejenigen treffen können, die unsere Kritik an der staats-tragenden Linken der letzten Jahre teilen, ebenso wie unsere Wut und unsere Hoffnung auf etwas ganz anderes. Gleichzeitig wurde uns klar, dass vieles fehlt oder verlorengegangen ist: Eine politische Analyse auf der Höhe der globalen Krisen und der Aufstände, die sich gegen diese wenden. Eine kollektive Debatte, die verschiedene theoretische Ansätze und Reflexionen zueinander ins Verhältnis setzt. Und vielleicht so etwas grundlegendes, wie eine gemeinsame Sprache, die es uns erlaubt uns über unsere Differenzen auszutauschen, anstatt aneinander vorbeizureden. All das braucht mehr Zeit, Anstrengung und Verbindlichkeit, als sie lose Treffen ermöglichen könnten. Deshalb verfolgen wir als einen ersten Schritt einen Non-Kongress, dessen organisatorische und inhaltliche Ausgestaltung wir mit einer Vorbereitungsgruppe planen. Eine Voraussetzung für uns war es immer, unsere Debatten aus internationalistischen Perspektiven zu führen. Deshalb war es auch eine große Ermutigung für uns, dass Genoss*innen, Gefährt*innen, Freund*innen und Verschwörer*innen aus verschiedenen Ländern bereits zugesagt haben zu kommen und sich darauf freuen.

Nach einigen Diskussionen, Konflikten, Trennungen und Neuzusammensetzungen haben und wollen wir weiterhin keine Organisationsangebote, Kampagnenvorschläge oder fertige Antworten. Klarer sind uns dafür die Fragen und Themen geworden, die uns immer noch auf den Nägeln brennen und euch hoffentlich auch. Es erscheint uns sinnvoll, diese zumindest in ein grobes Programm mit Inputs und Themenblöcken zu gießen, um nicht einfach nur das nächste unvorbereitete Plenum zu produzieren, in dem sich alle fragend anschweigen. Um die Diskussionen aus unserem Vorbereitungskreis zu verbreitern, nachvollziehbar zu machen, worauf wir uns beziehen und allen eine inhaltliche Auseinandersetzung damit zu ermöglichen, haben wir begonnen Kommuniqués und Bulletins zu veröffentlichen und darin auch externe Texte zu teilen, die uns die letzten Jahre, Monate und Tage inspiriert, begleitet, theoretisch und strategisch orientiert, aber auch zum Widerspruch ermuntert haben.

In den nächsten Monaten bis zum Kongress werden wir drei weitere Bulletins veröffentlichen, die sich spezifisch an den drei inhaltlichen Blöcken orientieren, unter denen wir den Non-Kongress strukturieren wollen. Erstens zu Corona und der Zeitenwende, nicht im Sinn einer Debatte über das Virus, sondern über die Fragen, die sich aus dem Umgang mit der Pandemie ergeben haben, über Wissenschaftskritik und -gläubigkeit, Ausnahmezustand und Digitalisierung, Moralismus und Biopolitik. Zweitens zur Ökologie, als Begriff der die Objektivierung der Natur in ihrer Ausbeutung wie in ihrem Schutz definiert, als Paradigma der Transformation von Ökonomie und Gesellschaft, als Mittel um über Katastrophismus und moralische Appelle die Subjektivierung und Unterwerfung der Menschen unter ein neues Akkumulationsregime zu legitimieren. Drittens zur Frage, wie wir und die weltweit Kämpfenden die herrschenden Verhältnisse angreifen, unterwandern, in ihnen leben, in Formen von Destitution, Desertion oder Destruktion. Gerade diese letzte Frage hat uns auf den Begriff des Non-Kongresses gebracht.

Warum NON?

Die Non-Bewegungen

Vielleicht fing es im Iran 2009 mit der „Grünen Bewegung“ an, auf die der sogenannte Arabische Frühling folgte, die Aufstände in den banlieus, die Gelbwesten ... Aufstandsbewegungen, die vielleicht spontan, auf jeden Fall eruptiv und nicht von den klassischen politischen Akteuren, von Parteien, Gewerkschaften oder Bündnissen angeführt waren, um dieses oder jenes politische Ziel zu erreichen, diese oder jene prozentuale Erhöhung der Löhne, Reduzierung der Arbeitszeit durchzusetzen, auch wenn die Brot- oder Benzinpreise ihre Anlässe waren. Es war der Beginn dessen, was Asef Bayet1 als „Non-Bewegungen“ bezeichnete.

Endnotes2 haben diesen Begriff aufgenommen und ihn auch für die westliche Hemisphäre als Ausdruck unserer Zeit verstanden: Sie sehen in ihnen eine „kollektive Aktion von verstreuten und unorganisierten Akteuren“. In ihren Kämpfen geht es um „fordernde Praktiken“, also direkte Aktionen, die in ihrer Radikalität ohne entsprechende realpolitische Forderung sind. Es geht ihnen nicht um das Ausüben von Druck auf Autoritäten, nicht darum, Zugeständnisse zu erzwingen. Sie sind nicht revolutionär, sondern zunächst subjektive Ausdrücke objektiver Unordnung. Aus ihnen gehen RevolutionärInnen ohne Revolution hervor.

Endnotes besteht darauf, dass es nicht die Klassenzusammensetzung, sondern gerade die Klassenzersplitterung ist, die die Non-Bewegungen bestimmt. „So ist es heute für Proletariat, und zunehmend auch für Angehörige der Mittelschichten, rational, sich anderen Kategorien zuzuwenden, um den eigenen Platz in einer wankenden Weltordnung zu definieren.“ Hinzufügen wäre, dass die Welt (Un-)ordnung nicht nur eine Suche nach anderen Kategorien auslöst, sondern auch real neue Kategorien produziert. Die arme Putzkraft in Chile ist auf Grund ihres Lebensvollzugs, Denkens und Handelns vielleicht in erster Linie besorgte Mutter einer kämpfenden Schülerin. „Die Klasse bleibt die primäre Quelle unserer Trennungen, aber die Klassenzugehörigkeit wird heute durch eine Vielzahl von Variablen wie Alter, Geschlecht, Geografie, Rasse oder Religion kalibriert, die als Kanäle, aber auch als reale Grenzen für soziale Kämpfe fungieren und Identitätspolitik zu einem realen Ausdruck des Klassenkampfes machen.“3 Produkt der neoliberalen Subjektivierung und zugleich Voraussetzung für den Kampf gegen sie, ist die jeweilige Identität wesentlich und unwesentlich, ermächtigend und schwächend für die Non-Bewegungen. In ihnen kommt es zu einer Verwirrung der Identitäten, zu einer Aufhebung der realen Kategorien und zu einer Non-Subjektivierung jenseits von Identitäten.

So sind wir Zeugen einer Weltverwirrung, in der aktuell und überall auf der Welt Widerstand entflammt, aus Ecken und Gegenden, von Menschen, Individuen und Kollektiven, von denen wir es nicht erwarten. Unsere alten

politischen, ideologischen und ökonomischen Kategorien reichen nicht mehr, um die Welt, ja die Menschen zu verstehen. Und so schnell und eruptiv diese Aufstände kommen, so schnell verschwinden oder scheitern sie auch. Die Non-Bewegungen zwingen uns so nicht nur praktische Suchbewegungen an fremden Orten und unter fremden Menschen auf, sondern auch eine theoretische Suchbewegung nach neuen Begriffen und Kategorien.

Non-Denken

Ausgehend von den Non-Bewegungen möchten wir vorschlagen, sich das NON als grundsätzliche Perspektive des Denkens anzueignen. Das was wir vorschlagen, ist eigentlich nicht neu. Im Gegenteil: Es ist nicht nur einfach alt, sondern sogar Fundament jedes kritischen Denkens und Handelns und doch scheint uns die Fähigkeit zur Negation heute verloren gegangen zu sein. Und so ist heute jede Negation immer schon mit einem Angebot zum Kompromiss an die Herrschenden, immer schon mit einem Angebot zur Kooperation an die vermeintlich Gleichgesinnten verbunden und verkommt damit zu affirmativer Kritik. Und theoretisch ist jedes Denken immer schon mit der Unterwerfung unter die „realen Verhältnisse“, die vermeintliche Alternativlosigkeit oder das politisch Denkbare verknüpft. Insofern ist das NON-Denken der Versuch, die Tradition der Negation zu bergen, sich ihr selbst aber im gleichen Atemzug zu entziehen, und sie über sich hinauszutreiben.

Für uns bedeutet das zunächst, alles in Frage zu stellen, sich zu fragen, ob man es nicht ganz Anders denken könnte. „Nein“ oder „I would prefer not to...“ zu sagen, sich zunächst auf die eigene Wahrnehmung der Welt zu verlassen, sich auf die Wahrnehmung und das Urteil zu verlassen, dass diese Welt schlecht ist, dass es kein Richtiges im Falschen gibt. Oft kann es sogar passieren, dass dem „Nein“ noch nicht mal eine Erklärung folgt, weil wir die Ablehnung noch nicht fassen können; und das ist auch gut so. Denn die „Konstruktiven“ werden um eine Erklärung bitten und dich ins Spiel der Realität einladen, was allzu oft nur in (linker) Realpolitik endet. Auch geht es darum, sich auf die Suche nach diesem negativen Denken zu machen, sowohl in unserem Alltag mit den Menschen, die uns nah und fern umgeben, als auch in Büchern.

Die Negation ist radikaler Realismus

Das ist es, was die (radikale) Linke aktuell nicht erträgt, aber angesichts der globalen Verhältnisse notwendig ist: Alles fundamental, auch in historischer Perspektive, in Frage zu stellen und jede Konstruktion von sich zu weisen. Mit Hendrik Wallat verweigern wir uns den Behauptungen, die Negation, das NON sei nihilistisch oder defätistisch. Sie meint nicht, das Spiel der Macht – wie die Progressiven – mitspielen zu müssen, da es keinen Ausweg gäbe. Die Negation ist aber auch nicht utopisch, geschweige denn Verbalradikalismus, da sie um „die Vermittlung jeder Pra-

Chronik: 01.09.: Zum Antikriegstag wird in Duisburg das Büro der Partei Die Grünen mit roter Farbe markiert. Für einen konsequenten Antimilitarismus! 01.09.: Zum Antikriegstag wird das Rüstungsunternehmen „Junghans Microtec“ am Produktionsstandort in Dunningen-Seedorf besucht. Zufahrtstor und Werkseingänge werden mit Ketten verschlossen. Außerdem wird ein Transparent mit der Aufschrift „Deutsche Kriegstreiber stoppen“ in Richtung der vorbeiführenden Hauptstraße angebracht und die Sprühparken „war starts here“ und „no war but classwar“ am Haupteingang hinterlassen. 01.09.: In Berlin wird in der Nacht auf den Antikriegstag am 1. September die Fassade der SPD-Zentrale im Willy-Brandt-Haus besprüht: „100 Mrd.?! Gegen Aufrüstung!“ 02.09.: In der JVA Ravensburg wird der Antifaschist Jo mit Feuerwerk begrüßt. 04.09.: In Nürnberg wird das Auto von den AfD-Querdenker*innen Astrid Hartmann und ihrem Lebensgefährten Frank (alias „Franzowski“) tiefergelegt. 05.09.: Anlässlich der IAA werden in Berlin 51 Porsche

xis, mit dem, was ist.“ weiß. Und letztendlich ist sie auch kein subjektiver Moralismus, der sich angesichts der Wirklichkeit in die Privatheit flüchtet und dort mit Konsumkritik, religiös verinnerlichter „Seelenerforschung und -perfektionierung“ und anderen defätistischen Methoden des Neoliberalismus seiner Erhabenheit frönt. Auch die andere Spielart des subjektiven Moralismus, oder wie es früher den Autonomen vorgeworfen wurde „Voluntarismus“, der die mangelnde Anpassung der Wirklichkeit an seine Prinzipien nicht erträgt und sodann und in seiner schlimmsten Form zum Terror wird (Jakobiner, Stalin) erteilt die Negation, das NON eine Absage.

Im Gegenteil: Die Negation, das NON ist radikaler Realismus angesichts der Scheiße und Katastrophen in dieser Welt. „Er hat weder Macht, noch will er diese, deren Logik er vielmehr zu subvertieren trachtet. Dass Zerschellen der Prinzipien und Mittel der negationistischen Anti-Macht an der Wirklichkeit ist allerdings ihre wiederkehrende Erfahrung mit dieser, welches sie aber, anders als ihre Anpassung an diese, nicht selbstzerstört, sondern das ist ihre einzige Hoffnung, in und durch ihre Machtlosigkeit die Macht, wenigstens auf lange Sicht, dennoch subvertiert und sabotiert. Prämien werden für eine solche Praxis nicht ausgezahlt; in die Geschichtsbücher führt sie allenfalls als Beispiel für historische Niederlagen. In der Treue zu diesen schwingt dem Negationismus die durch nichts verbürgte Sehnsucht mit, dass diese Chroniken der siegreichen Herrschaft, eines Tages selbst Geschichte sind. Darauf zu wetten, fällt dem Negationismus freilich nicht ein, und selbst ein Sieg der Vernunft über die Herrschaft kann ihre Opfer nicht mehr retten und ihre Geschichte nicht ungeschehen machen.“⁴

Non-Kongress

Auf Basis der Kompromisslosigkeit unseres Widerspruchs, unserer Leidenschaft für die Negation, im Sinne all des Geschriebenen möchten wir mit euch zusammenkommen. Nicht, um uns zu organisieren oder eine gemeinsame Programmatik zu entwickeln, sondern um uns von unseren

Fragen und Erfahrungen zu berichten, in eine gemeinsame Diskussion zu kommen und schauen wohin uns die Reise führt. Was ist mit uns passiert, was ist mit der Welt geschehen? Überall erleben wir Einbrüche der Endlichkeit in die Unendlichkeit des Kapitalismus. Seien es die offensichtlichen Einbrüche wie die Klimakatastrophe, die mehr eine Katastrophe unseres Lebensvollzugs ist, als eine Katastrophe der Natur (die Natur ist einfach), seien es die ausgebrochenen und noch kommenden Kriege, die von einer Neuordnung der Welt künden, seien es die Non-Bewegungen, die nicht einfach weitere Soziale Bewegungen in der zyklischen Kontinuität des Auf und Abs von Widerstand und Herrschaft, sondern Träger der Unordnung und Hoffnung in dieser Welt sind, oder seien es die kleinen Einbrüche der Endlichkeit in unserem verwalteten Alltag, in dem langjährige Freunde zu Gegnern, Gegner zu Freunden werden, der Mangel plötzlich zur Fülle, die Fülle plötzlich zur Völlerei wird, das Interesse zu Desinteresse und das Desinteresse zu neuem Wissen führt. Vermutlich habt ihr noch mehr und anderes über diese Einbrüche zu berichten...

Sie garantieren weder das so notwendige Ende der Welt, in der wir leben, noch garantieren sie, dass sich innerhalb dieser Welt etwas zum Besseren ändert. Im Gegenteil hat die Geschichte gezeigt, dass aus diesen Einbrüchen auch eine noch totalere Unendlichkeit entstehen kann. Allerdings können sie für uns Wegweiser und LehrerInnen sein, um die Welt zu verstehen und letztendlich anzugreifen. Insofern glauben wir, dass wir einmal mehr vieles und viele hinter uns lassen müssen. Auch das eigentlich nichts Neues. Denn wie Hendrik Wallat schreibt, sind die Geschichtsbücher gespickt mit unseren Niederlagen und die Opfer der Vergangenheit nicht mehr zu retten. Ob das nicht der Punkt sein kann, an dem wir überhaupt scheitern werden? Wir wissen um das Problem und gerade darum sind wir davon überzeugt, dass es auf uns ankommen muss: „Do it or die“.

Alle Kommunikés, Bulletins und organisatorischen Informationen findet ihr unter:

nonkongress.noblogs.org

„How to... Stille Besetzungen“ Toolkit

In den letzten Jahren haben wir verschiedene Erfahrungen mit sogenannten „Stillen Besetzungen“ gemacht, also Besetzungen, die nicht öffentlich gemacht werden.

Wohnungslose Menschen hatten so teilweise über ein Jahr ein Dach über dem Kopf. Mit dem Toolkit - das in Form eines handlichen Zines zum selber Falten erschienen ist - wollen wir die Techniken, die es braucht um leere Wohnungen zu öffnen weitergeben aber auch eigene Erfahrungen

mit dieser Aktionsform teilen. Das Toolkit findet ihr hoffentlich bald im Infoladen eures Vertrauens und auf <https://de.indymedia.org/node/326834>. Dort könnt ihr das Toolkit als PDF runterladen.

Gerade in den kalten Monaten ist die Notwendigkeit einen warmen Platz zum Schlafen zu haben für Wohnungslose Menschen besonders wichtig. Für viele Menschen kommt es nicht in Frage in Notunterkünften zu schlafen - sei es aufgrund von Suchterkrankungen, repressiven Securities,

geplättet: „Im Reichenviertel Schmargendorf und Umgebung haben wir gezielt nach Autos der Marke Porsche gesucht, sie gefunden und unschädlich gemacht.“ 05.09.: „Was passiert nochmal, wenn für Kohlestrom Windräder abgerissen und der ÖPNV abgebaut wird? Ist doch klar: Wieder ein Kabelstrang in Flammen!“ Im Rheinischen Revier wird der Kabelstrang des Indener Kohlebunkers (zumindest teilweise) abgefackelt. 08.09.: Switch Off: In Hamburg werden mehrere neuralgische Punkte des Güterverkehrs sabotiert: die Hafenbahn im Hamburger Süden, die Schienen des DÜSS-Terminals in Billwerder und die nördliche Güterumgehungsbahn. All diese stellen kritische Infrastruktur für den Umschlag von Schiff zu Schiene, Schiene zu Straße und die Weiterverteilung von Rohstoffen und Waren ins Aus- bzw. Hinterland dar. 09.09.: Mexiko: „Am 9. September 2023 gegen 22 Uhr platzierten wir einen Sprengsatz aus Dynamit und Butangas in einem Lastwagen in der 31. Straße in Escárcega, Campeche, mit der Absicht, den Krieg gegen den

Achtet darauf möglichst wenig Spuren zu hinterlassen, vor allem digital. Checkt das Objekt lange und gründlich aus, besorgt euch alle nötigen Informationen.

Bsp.: Haustürschlüssel

Eine Besetzung erfordert viel Kommunikation mit allen Beteiligten. Bedenken ernst nehmen, versuchen Lösungen zu finden, ein „NEIN“ akzeptieren.

Um leerstehende Wohnungen zu melden oder sich an einer Wohnung interessiert zu zeigen, braucht es einen anonymen und sicheren Kontakt (E-Mail und Telefonnummer).

Dass es Leerstand gibt, kann im Stadtteil sichtbar werden.

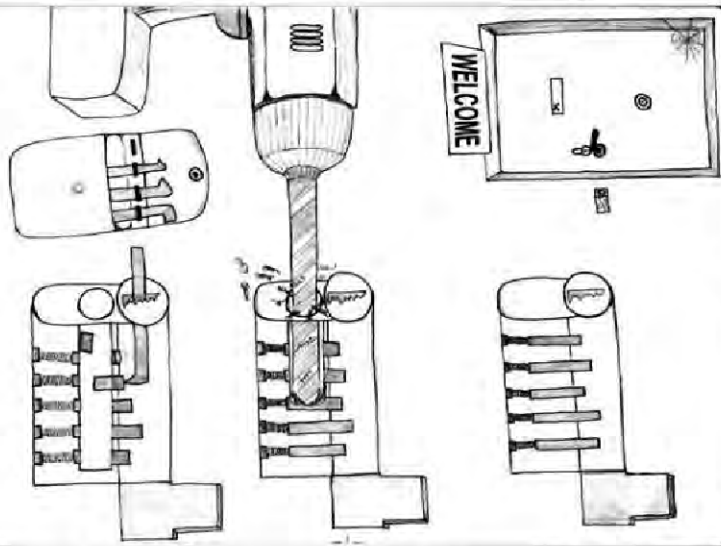
Tür offen! Und dann?

...ist der Anfang geschafft!

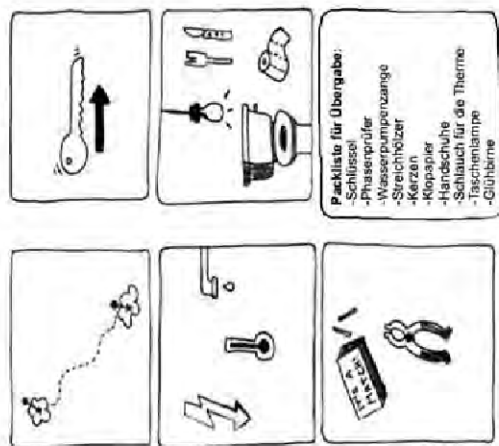
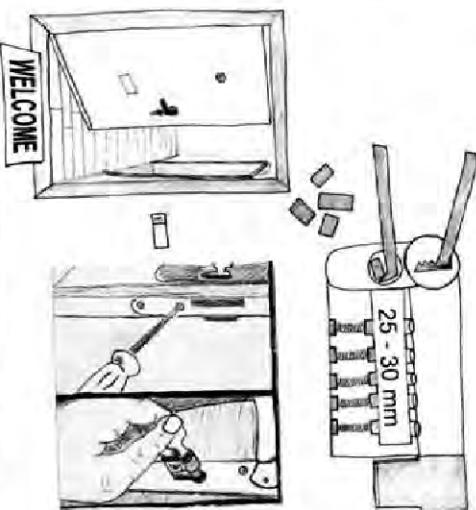
- Einigt euch auf Kommunikationswege (Gruppe, Hausbewohner*innen, Neueinzüge)
- Halftet die Kommunikation aufrecht. Setzt und achtet Grenzen!
- Macht euch bewusst, welche Verantwortung ihr durch die Aktion übernimmt. Behaltet eure Gedanken nicht bei euch, besprecht euch mit anderen Beteiligten. Begleitet die Aktion bis zum Ende.
- Macht euch Gedanken über Repression (Räumung...)
- Wenn Repressionskosten entstehen, sollte klar sein, dass sich gemeinsam darum gekümmert wird!
- Welche Perspektiven ergeben sich über die Besetzung hinaus für alle Beteiligten?



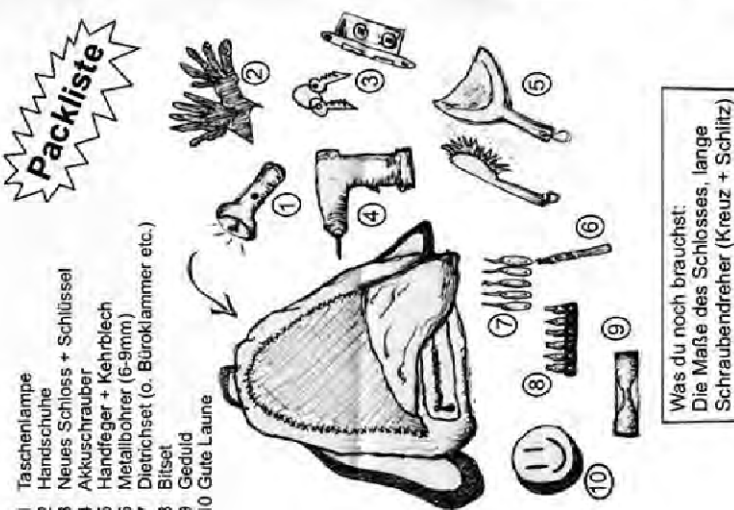
STILLE
BESETZUNG



Die Methode funktioniert bei Schlössern ohne Aufbohrschutz mit senkrechtem Schlüsselloch. ACHTUNG! Vielleicht könnt ihr eine Blende entfernen. Das Aufbohren ist sehr laut und sollte nur in Absprache mit der Hausgemeinschaft getan werden. Kein Lockpickingwerkzeug? Büroklammer und Draht geht auch!



1. Treffen an neutralem Ort, gemeinsame Anreise zur Wohnung, Schlüsselübergabe
2. Infrastruktur checken: Gibt es Strom? Läuft Wasser? Hauptwasserhahn? Geht die Heizung? Vielleicht können Nachbar*innen helfen.
3. Grundausstattung sicher stellen (Toilette, Matratze, Licht, Geschirr/Besteck, Kochmöglichkeit, Vorhänge/ Sichtschutz...)
4. Sicherheitsvorkehrungen (z.B. Klingelzeichen)



- Packliste**
1. Taschenlampe
 2. Handschuhe
 3. Neues Schloss + Schlüssel
 4. Akkuschrauber
 5. Handfeger + Kehrblech
 6. Metallbohrer (6-8mm)
 7. Dietrichset (o. Büroklammer etc.)
 8. Bitset
 9. Geduld
 10. Gute Laune

Was du noch brauchst:
Die Maße des Schlosses, lange Schraubendreher (Kreuz + Schlitz)

mangelnder Privatsphäre oder einfach weil keine Hunde mitgenommen werden dürfen. Dass einerseits Wohnungen oft jahrelang leerstehen und andererseits Menschen draußen schlafen

müssen, ist für uns ein Missstand, den wir nicht einfach hinnehmen wollen. Wir haben gute Erfahrungen damit gemacht, diesen Missstand selbst zu beheben und wollen andere Menschengenossen das auch zu tun. Bisher haben wir vor allem damit Erfahrungen gesammelt, dass Menschen mit Wohnung für Menschen ohne Wohnung Türen geöffnet haben und im Vorfeld die Kommunikation mit der dortigen Hausgemeinschaft übernommen haben.

Stille Besetzungen erfordern viele Ressourcen, die wohnungslose Menschen oft nicht haben. Trotzdem ist es aus unserer Perspektive erstrebenswert, alle Schritte gemeinsam zu machen, um so eine Spaltung in „Aktivist*innen“ und „Betroffene“ und damit verbundene (Wissens-)

hierarchien zu verhindern. Denn, by the way: In ihrem täglichen Leben als Besetzer*innen sind die ehemals Wohnungslosen natürlich auch Aktivist*innen. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass eine offene und direkte Kommunikation mit allen Beteiligten unerlässlich ist. Das bedeutet natürlich auch zu akzeptieren, dass sich potenzielle Bewohner*innen einzelne Schritte, wie beispielsweise das Öffnen der Tür, nicht vorstellen können. Und wenn euch das Tür öffnen jetzt vielleicht wie der „krasseste Schritt“ vorkommt, denkt daran, dass die

zukünftigen Bewohner*innen jeden Tag damit leben, dass die Besetzung vielleicht aufliegt. Uns ist wichtig zu sagen, dass viele der Menschen, die wir beim Besetzen unterstützt haben, lieber einen legalen Mietvertrag hätten. Dafür sind aus unterschiedlichen Gründen die Hürden aber sehr hoch. Wir haben aber auch die gemeinsame Erfahrung gemacht, dass Besetzungen auch Vorteile bieten können: Oft ist es über das „bloße Wohnen hinaus“ dazu gekommen, dass sich solidarische Strukturen in der Hausgemeinschaft und darüber hinaus entwickelt haben. Sei es

Unterstützung bei der Beschaffung alltäglicher Dinge oder auch wenn es darum ging Konflikte zu lösen. So gab es beispielsweise eine Situation patriarchaler Gewalt in der besetzten Wohnung, bei der es gelungen ist gemeinsam mit Unterstützer*innen und der Hausgemeinschaft den Täter aus der Wohnung zu werfen.

Effekte der Solidarisierung gab es in unseren bisherigen Erfahrungen aber auch in die andere Richtung: Als eine Person aus der Hausgemeinschaft von einem Stalker berichtet hat, haben sich die Besetzer*innen bereit erklärt jederzeit ansprechbar zu sein, sollte es zu einer Eskalation kommen. Gegenseitige Solidarität kann aber auch auf einer strukturellen Ebene stattfinden: Wohnungen stehen aus unterschiedlichen Gründen leer und nicht selten sind es bewusste Strategien der Entmietung, die dazu

führen, dass Wohnungen leerstehen. Eine Besetzung kann der restlichen Hausgemeinschaft die Motivation geben, sich länger einer Entmietung entgegenzustellen und vielleicht selbst über die legale Mietsituation im Haus hinaus zu bleiben. Und: Besetzte Wohnungen sind natürlich super unattraktiv für potenzielle Investor*innen... Wir konnten auch Erfahrung damit sammeln, welche Fallstricke und Konfliktpotentiale stille Besetzungen bergen. Die Lebensrealitäten der Besetzer*innen und der bisherigen Hausgemeinschaft können sich trotz des nun gemeinsamen Dachs unterscheiden. Die Realitäten von Menschen, die wohnungslos gewesen sind werden, durch die Nutzung einer Wohnung nicht plötzlich komplett verändert. Gesundheitliche und psychische Konsequenzen eines Lebens auf der Straße wirken auch in der neuen Situation fort. Hier haben wir gelernt, dass Kommunikation zwischen allen Beteiligten der Schlüssel zum Erfolg ist. Bedenken aller Seiten sollten ernst genommen und gemeinschaftlich nach Lösungen gesucht werden.

Hier fassen wir die praktischen Schritte, die uns wichtig sind nochmal zusammen:

- Möglichkeit einrichten anonym und möglichst sicher Leerstand zu melden (verschlüsselte Mail, vorregistrierte SIM-Karte, persönlicher Kontakt...)

- Mehr über das Objekt herausfinden. Kommen Vermieter*innen, Handwerker*innen oder Interessent*innen vorbei? Wie steht die Hausgemeinschaft zu einer möglichen stillen Besetzung? Wir haben die Erfahrung gemacht, dass es sinnvoll ist, die Hausgemeinschaft möglichst früh in die Pläne mit einzubeziehen. Menschen aus der Hausgemeinschaft zu fragen, ob sie ein Problem mit einer möglichen Besetzung haben, mag herausfordernd sein aber ist weniger risikoreich als beim Austauschen des Schlosses von einer unsolidarischen Nachbarin erwischt zu werden. Besonders wichtig ist die Kommunikation mit Menschen auf der gleichen Etage. Wir haben zudem die Erfahrung gemacht, dass viele Menschen das Unrechtsempfinden teilen über die Tatsache, dass Menschen auf der Straße leben, während Wohnungen leer stehen.

- Schaut euch die Infrastruktur des Objekts an. Auf welche Art und Weise kann das Schloss getauscht werden, welcher Aufwand und welches Werkzeug sind hierfür nötig? Kennt ihr jemanden, der bereits Erfahrung mit dem Austauschen von Schlössern hat und euch unterstützen kann? Es gibt verschiedene Arten Türen zu öffnen: Mit Lock-Picking Werkzeug braucht es jedoch einige Übung. Es gibt auch elektrische Lock-Picking Werkzeuge, die durch Rütteln die Stifte des Schlosses in die richtige Position bringen.

Auch dafür ist aber viel Übung notwendig. Grundsätzlich ist es auch möglich die Tür mit einem Brecheisen zu öffnen und anschließend das Schloss zu tauschen.

Dschungel zu sabotieren, den die mexikanische Regierung mit dem Bau des so genannten „Tren Maya“ führt.“ **10.09.:** Das Ende des Capitalism: Irgendwo werden ungefähr 200 Autos der Marken Volkswagen, Seat und Mercedes fahruntüchtig gemacht. **11.09.:** Switch Off: In Düsseldorf wird ein Opel Autohaus besucht und dafür gesorgt, dass einige neue Teslas in Frankfurt flambiert. Als Gruß an die Proteste gegen die IAA in München. Als ein Angriff unter vielen auf die zerstörerische Autoindustrie. **12.09.:** In Karlsruhe wird der antifeministischen Kleinstpartei Bündnis C an ihrem Bundesbüro in der Winterstraße 29 ein Besuch abgestattet und es wurde eine Parole hinterlassen: My Body – My Choice! **12.09.:** In Stuttgart wird der IB-Nazi Michael Seibold in seiner Nachbarschaft in der Moserstr. 18 geoutet. **13.09.:** In Köln wird das Erzbischöfliche Haus von Feminist:innen mit Farbe markiert und die Worte „Woelki= Missbrauch und Frauenhass“ hinterlassen. Für das Recht auf Selbstbestimmung, für den feministischen Kampf, für die feministi-

Danach müssen aber eventuell Schäden an der Tür repariert werden. Für uns ist das Aufbohren die praktikabelste Methode, deshalb haben wir sie im Toolkit ausführlich beschrieben. Wenn ihr das Toolkit als Anleitung nehmt: Sucht euch ein Schloss mit dem ihr ungestört üben könnt.

- In welchem Zustand befindet sich die Wohnung? Gibt es Wasser und Strom, vielleicht sogar eine funktionierende Heizung? Gibt es sonst solidarische Nachbar*innen, die mit Kabeltrommel und Strom aushelfen? Im Baumarkt gibt es auch Stromzähler, die zwischen geschaltet werden können. So können die Kosten für den Strom solidarisch getragen werden, ohne das einzelne Nachbar*innen mehr zahlen müssen.

- Denkt darüber nach, wie die Besetzer*innen durch die Haustür kommen können. Wenn es kein Sicherheitsschloss ist, könnt ihr solidarische Nachbar*innen fragen, ob ihr deren Schlüssel nachmachen könnt.

- Überlegt euch, wie ihr und alle sonstigen Beteiligten möglichst wenig Spuren hinterlassen könnt. Insbesondere digitale Spuren und Fingerabdrücke stellen ein Risiko dar.

- Wenn die Wohnung geöffnet ist und das Schloss getauscht wurde, können die künftigen Bewohner*innen einziehen. Vielleicht wünschen sie hierbei Unterstützung, vielleicht könnt ihr Möbel und Haushaltsgegenstände organisieren.

- Überlegt euch, wie ihr die Besetzung vor Aufdeckung schützen könnt.

- Denkt darüber nach, wie guter Umgang mit Sicherheitsbedürfnissen sein kann. Ein vorher ausgemachtes Klingelzeichen kann hilfreich sein, damit die Besetzer*innen schnell merken, dass es kein ungebetener Besuch ist. Wenn es zu Kontakt mit der Polizei kommt, sollte es selbstverständlich sein, keine Aussagen über andere Beteiligte zu machen. Tauscht

euch darüber aus, wie ihr solidarisch mit Repressionen umgehen könnt und respektiert hierbei, dass die Risikobereitschaft bei verschiedenen Menschen unterschiedlich sein kann. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass Menschen, die auf der Straße leben, alltäglich mit verschiedener Repression konfrontiert sind. Ein mögliches Verfahren wegen Hausfriedensbruch war für die Menschen, mit denen wir zusammengearbeitet haben, oft die geringste Sorge.

- Überlegt euch, wie ihr im Falle einer Räumung handeln wollt. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass die Besetzer*innen in allen uns bekannten Fällen genügend Zeit hatten ihre persönlichen Sachen zusammenzupacken. Das hängt möglicherweise auch damit zusammen, dass bewohnte Wohnungen rechtlich unter einem anderen Schutz stehen als beispielsweise symbolische Besetzungen. Dieser besondere Schutz wird allerdings in der polizeilichen Praxis so unterschiedlich ausgelegt, dass wir hier zu keine generellen Aussagen treffen wollen, sondern nur unsere eigene Erfahrungen teilen.

Es kann auch sinnvoll sein, mit den Beteiligten über Perspektiven, die über die Besetzung hinausgehen zu diskutieren. Auch diese Szenarien können durch ganz unterschiedliche Bedürfnisse geprägt sein.

Viel Spaß und Erfolg!

Das Zine kann hier als PDF heruntergeladen werden:

de.indymedia.org/sites/default/files/2023/12/zine.pdf

oder mit TOR-Browser

dvqlamnbzbzli62qfyf5faspunueqdx4csrslhpc2z3haiflnrn6dqd.onion/sites/default/files/2023/12/zine.pdf

Zu der Falttechnik gibt es verschiedene Erklärvideos im Internet, z.B. hier von Minute 1:20 bis 3:30:

<https://www.youtube.com/watch?v=nSg6MDKzIY>

ANARCHISTISCHE BÜCHERMESSE BERLIN-KREUZBERG 2024

Wir verkünden mit großer Freude, dass vom 05. September bis zum 08. September 2024 im NewYork im Bethanien 2 B, 10997 Berlin-Kreuzberg 36, eine anarchistische Büchermesse stattfinden wird. Das letzte Mal das in Berlin, unserer Kenntnis nach, so was stattfand, war im Jahr 2016, als die Tage der anarchistischen Ideen und Publikationen [8] __ stattfanden. Es sind nicht nur allzu viele Jahre seitdem vergangen, sondern überhaupt ist es wichtig wieder in Berlin ein regelmäßig stattfindendes Ereignis zu organisieren, was die Verbreitung anarchistischer und revolutionärer

Ideen angeht. Die Büchermesse soll also nicht als was ephemeres, sondern als ein kontinuierliches Ereignis verstanden werden, was jedes Jahr stattfinden soll. Seit Anfang der 2010er trugen anarchistische Büchermessen in ganz Europa, von der iberischen Halbinsel bis zum Balkan, zu einem mehr als willkommenen Wiederbeleben anarchistischer Ideen und Praxen bei. Nicht nur die Verbindung und Bezugnahme zwischen Gefährtinnen und Gefährten entlang des ganzen Globus war die Folge, son-

sches Revolution! 13.09.: In Hamburg wird widerständiger Alltag gelebt: „Mehrere Überwachungskameras die unsere Privatsphäre belästigen wurden zerstört oder mit Farbe übersprüht - hier gibts nix zu filmen! Mehrere Bullenwagen können keine Menschenjäger*innen mehr transportieren, denn sie wurden durch kaputte Reifen stillgelegt als die Cops zum Einsatz weg waren - hier gibts nix festzunehmen! Mehreren privaten SUVs und anderen hochmotorisierten Bonzenkarren wurde der Lack zerkratzt oder der Spiegel entfernt - hier gibts Klimakatastrophe und es gibt keine Rechtfertigung ein Monster aus Prestigezwecken zu fahren (oder aus welchen Gründen auch immer).“ 13.09.: In Bremen gibt es doppelt Glasbruch für den Klimastreik: An den Büros der FDP in der Faulenstraße und der Partei Die Grünen in der Hamburger Straße werden die Scheiben eingeschlagen. 13.09.: In Nürnberg wird der Gerhard Sedat in der Gostenhofer Hauptstraße 32 besucht. Ein Schriftzug am Hauseingang macht klar: „Kein Bock auf die AfD in unserem

dern auch eine Internationalisierung von Debatten. Und dies wollen auch wir mit dieser Büchermesse erreichen.

Es gibt viele Gründe um in Berlin und sonst wo anarchistische Büchermessen zu machen, um anarchistischen Büchern, ergo anarchistischen Ideen, mehr Raum zu geben, aber ist es genau nur das, was wir wollen? Reicht es uns aus ein paar Büchertische hinzustellen, ein paar Lesungen zu Büchern zu halten, ein bisschen rumzuhängen? Nein es reicht nicht aus, denn was wir wollen, sind vor allem Debatten, die in der Praxis münden müssen, zu intensivieren. Bücher und sämtliche schriftliche Erzeugnisse sind daher wichtige Vehikel, die uns alle verbinden können, dennoch sind Bücher selbst nichts, es sind die Inhalte, die sie mittragen, die nützlich sind, es ist die Praxis die eine reale Bewegung formt. Bei den Inhalten handelt es sich um alle möglichen Themen und Fragen, die aber in einer Debatte, zur Diskussion stehen müssen. Das Ziel dieser Debatte, dieser Diskussionen, die wir hier und auf der ganzen Welt führen müssen, verfolgt nur ein Ziel, nämlich der Welt des Kapitalismus ein Ende zu setzen, diese aus ihren Fugen herauszuheben. Dies geschieht mittels der Praxis des Aufstandes, des Klassenkrieges, des sozialen Krieges um in einer weltweiten sozialen Revolution zu münden. Also die intensive Debatte unter Anarchistinnen, Anarchisten und sämtlichen Revolutionären, die dem Staat-Nation, dem Kapital, dem Patriarchat ein sofortiges Ende bringen werden.

Wir werden daher zusätzlich zu der Notwendigkeit spezifische Debatten zu intensivieren, auch inhaltliche Schwerpunkte für die Büchermesse haben.

- Die Haltung zum Krieg (in der Ukraine und sonstwo).
- Die Auseinandersetzung mit den Thema Nationalismus-Nation-Volk-Staat, die nicht voneinander zu trennen sind.
- Die Verbreitung anarchistischer und revolutionärer Ideen via Bücher, Propaganda, Praxis, etc.

Man könnte ja denken, dass die anarchistische Bewegung in vielen Fragen schon zu einer kohärenten Antwort/Haltung gekommen sei, aber wie der Spruch unter einigen Anarchistinnen und Anarchisten zu sagen vermag, es gibt nichts radikaleres als die Realität und dies ist wieder zum Ausdruck gekommen. Ein sehr missverständlicher Spruch, denn nach wie vor stellen sich vermeintliche Anarchistinnen und Anarchisten auf die Seite des Staates-Nation, sind ja einige, den sie angeblich zu bekämpfen meinen. Worüber reden wir gerade? Meinen wir Katalonien, Kurdistan, die Mapuche, Palästina, Ukraine oder so viele andere vergangene und gegenwärtige Beispiele? Reden wir über die Teilnahme an Wahlen, die Unterstützung von Parteien, den Schutz der Demokratie (ergo des kapitalistischen Staates), das Legitimieren des Gewaltmonopols, oder alles zugleich? Dies konnten wir auch in Bezug zum Corona-Virus sehen, nicht nur in welche „Ohnmacht“ eine anarchistische Bewegung zu verfallen in der Lage ist, sondern mit was für einem Impetus sie in der Lage ist für

die Legitimierung des Staates zu sein. Aber was kann all dies noch mit Anarchismus, noch mit einer anarchistischen Bewegung zu tun haben? Ganz einfach, gar nichts.

Aber worauf wollen wir mit all dem denn hinaus, was hat dies apropos mit dem oben erwähnten Spruch an sich und was hat dies mit dieser Anarchistischen Büchermesse zu tun? Ganz einfach, die Realität holt immer alle ein, die sich ihrer Sache nicht im Klaren sind, was dazu führt, dass sie Positionen verteidigen, die eigentlich nicht die ihren sind. Das sehen wir in den oben erwähnten Beispielen am besten. Die Realität holt alle ein, die meinen so unglaublich radikal zu sein, wo sie doch ihre Positionen nur auf Idealismus und Sand aufgebaut haben und was daraus resultiert, sind Positionen und Haltungen die nur dem Reformismus und der Konterrevolution dienen.

Dies führt uns zur Notwendigkeit von Debatten die in Praxis münden müssen um die Verwirrung des gegenwärtigen Moments aufzuheben.

Daher sollen die Schwerpunkte der Büchermesse auch den Fragen zum Krieg im Allgemeinen und zu spezifischen Kriegen, gegenwärtigen wie historischen, sein und alles, warum diese dem kapitalistischen Staat-Nation inhärent sind, warum unser Verhältnis dazu nur der einer unversöhnlichen Feindschaft ist. Also nicht nur die Agitation, die Propaganda, sondern inhaltliche Positionen sind von immenser Bedeutung und Notwendigkeit. Was bedeutet es für die anarchistische Bewegung, beziehungsweise was sagt es über diese aus, wenn sich Menschen, die sich selbst als Anarchistinnen und Anarchisten bezeichnen, an innerbourgeoise Kriegen zwischen den verschiedenen Fraktionen des Kapitalismus beteiligen? Ist das noch Anarchismus oder revolutionär? Und welche Optionen haben wir, um in Kriegen noch revolutionär handeln zu können? Und sicherlich tausend Fragen mehr, die in diesem Zusammenhang eine Rolle spielten und immer noch spielen.

Daher um über diese Fragen sowie viele andere, zu diskutieren, laden wir alle, die die Notwendigkeit haben diese Themen anzugehen, für die Anarchistische Büchermesse vom 05. September bis zum 08. September 2024 in Berlin-Kreuzberg ein.

Der Charakter der Büchermesse soll auch zudem international und internationalistisch sein und der Aufruf auf allen möglichen Sprachen veröffentlicht werden, denn der Bezug unter Anarchistinnen, Anarchisten und sämtlichen Revolutionären muss gestärkt werden.

Solltest du einen Infotisch machen wollen, solltest du eine Diskussion einleiten wollen, melde dich hier: abmb@riseup.net, weitere Infos auf

anarchistischebuechermesse.noblogs.org

Agitation, Aufstand, Anarchie!

Viertel! Rassisten raus aus unserer Stadt!“ 15.09.: Die Druckerei Vogel in Neuhoef bei Fulda verdient Geld durch die massenweise Verbreitung des rassistischen Wahlkampfmaterials der AfD: „Damit die Nachbarn im Ort und andere Geschäftskunden sehen, dass bei den Vögeln irgendwas nicht stimmt, haben wir dem Gebäude im Rötherweg 1 auch gleich noch einen nächtlichen Besuch abgestattet, eine Botschaft gegen die AfD hinterlassen und die Fassade großflächig mit schwarzer Farbe umdekoriert.“ 15.09.: In Hannover werden anlässlich des Global Strikes von Fridays for Future mittels Linsen in den Reifenventilen diverse Luxuskarossen im Stadtgebiet außer Gefecht gesetzt. 16.09.: In Berlin werden die Fundi-Kirchen St. Marien am Behnitz und evangelisch-altlutherische Kirche Berlin sabotiert, so dass die Türen dort erst einmal geschlossen bleiben: „Kein Raum für Fundis: nicht in ihren Kirchen, nicht in Berlin, nicht in Köln oder anderswo.“ 17.09.: Im hessischen Grifte (Edermünde) werden die Räumlichkeiten der AfD mit Bitumen an-

Unsichere Kommunikation: (erster Teil)

Signal-basierte Messenger

Smartphones sind als Kommunikations- und Überwachungsgerät bei vielen Menschen allgegenwärtig und elementarer Bestandteil sowohl von Alltags- als auch Politikommunikation. Einerseits ist es gut, dass vielen Menschen mittlerweile verschlüsselte Kommunikation wichtig ist und sie deshalb Signal verwenden. Andererseits setzt sich aus Bequemlichkeit und Skepsis gegenüber Jabber/XMPP (auch durch das Abschalten dieser Services bei Systemli [1] und Immerda [2]) Signal für politische Kommunikation durch. Wir halten das für hochproblematisch und nehmen es zum Anlass, in diesem Text einige Kriterien sicherer digitaler Kommunikation vorzustellen, die wir anhand dreier in Politikontexten relativ verbreiteter Messenger diskutieren. Eines Vorweg: Eine eindeutige Empfehlung haben wir nicht.

Kriterien für eine sichere Kommunikation

Ein sicheres Kommunikationssystem muss (mindestens) drei Eigenschaften aufweisen: Privatheit, Integrität und Authentizität. Alle drei müssen gegeben sein, ansonsten kann das System nicht als sicher gelten.

Privatheit bedeutet, dass nur diejenigen den Inhalt der Kommunikation einsehen können, die dafür vorgesehen sind. Dritten soll das unmöglich sein. Dies ist das klassische Einsatzgebiet von Verschlüsselungsalgorithmen. Selbst, wenn die verwendeten Verschlüsselungsalgorithmen als zuverlässig eingeschätzt werden, hat Kommunikation einen "ausgefranst" Rand. So kann aus der Information, wer wann mit wem kommuniziert hat, womöglich auf den Inhalt geschlossen werden, ohne die Nachricht selbst zu entschlüsseln. Soziale Beziehungen können offen gelegt werden und sind für Angreifer:innen eventuell interessanter als die Nachrichteninhalte selbst.

Integrität bedeutet, dass Nachrichten auf dem Weg von Sender:in zu Empfänger:in nicht verändert werden können, ohne dass es auffällt. Das schließt das Verschwindenlassen von Nachrichten mit ein.

Authentizität stellt sicher, dass die Nachrichten von der Quelle stammen, von der sie es behaupten. Niemand soll in der Lage sein, sich erfolgreich als jemand anderes ausgeben zu können. Authentizität schützt also u.a. vor einem Machine-in-the-Middle-Angriff und andersherum sind Machine-in-the-Middle-Angriffe primär Angriffe auf die Robustheit der Authentizität in einem Kommunikationssystem.

Anwender:innen stehen vor dem Problem, die Zusagen bzgl. Privatheit, Integrität und Authentizität eines Verschlüsselungssystems überprüfen zu wollen oder zumindest theoretisch zu können. Das geht nur, wenn die

komplette Software mit allen ihren Bestandteilen auch einsehbar, also Open Source, ist. Zusätzlich muss sich dann auch noch jemand finden, der/die mit kompetentem Auge draufschaut, also ein Audit macht. Ohne regelmäßige (externe) Audits kann einem System kein echtes Vertrauen entgegengebracht werden.

Ende-zu-Ende-Verschlüsselung vs. Transportwegverschlüsselung

Messenger sind mehr als nur die App auf dem Smartphone. Im Hintergrund sind üblicherweise eine Reihe von Servern beteiligt, welche die Nachrichten von Sender:in zur Empfänger:in übermitteln. Zumindest die/der Empfänger:in muss in der Regel eine Kennung besitzen, die dauerhaft ist und sich nicht mit der Zeit verändert. Das schließt bestimmte (technisch gegebene) Kennungen wie etwa die IP-Adresse aus, weil die sich im Laufe der Zeit ändern kann. Typischerweise "erfinden" Messengersysteme Kennungen (z.B. einen Nutzer:innennamen oder -nummer), und ein Endpunkt (z.B. eine App auf dem Smartphone) muss dem System gegenüber glaubhaft machen, dass er der zur Kennung zugehörige Endpunkt ist und deshalb berechtigt ist, Nachrichten für diese Kennung zu erhalten. Das bedingt eine Nutzer:innenverwaltung innerhalb des Messengersystems und hat damit unmittelbare Implikationen bezüglich einer anonymen Nutzung.

Wenn zwischen Sender:in und Empfänger:in ein Server notwendig ist, muss mindestens die Empfangskennung für diesen Server lesbar sein, um die Nachrichten zuzustellen. Außerdem gibt es Kommunikation mit dem oder den Servern des Messengersystems, die unabhängig von der Kommunikation mit einem anderen Endpunkt stattfinden soll. Beispiel dafür wäre ein auf dem Server hinterlegtes Adressbuch. Insbesondere dann, wenn ein:e Nutzer:in mehrere Apps für die gleiche "Identität" bzw. Kennung verwenden will – z.B. eine App auf dem Smartphone und eine für den Desktop – und Nachrichten zwischen diesen Endpunkten synchronisiert werden sollen, damit die Endpunkte auf dem gleichen Stand sind, müssen Nachrichten auf dem Server "zwischenparken", um später abgeholt zu werden. Um diese Verbindung zu schützen, also den Transportweg abzusichern (Transport Layer Security – TLS), wird üblicherweise eine Verschlüsselungsebene zwischen Endpunkt und Server hergestellt.

Die Privatheit von Messengersystemen bedeutet, dass niemand Unberechtigtes die ausgetauschten Nachrichten mitlesen kann – weder auf beteiligten Servern, noch beim Transport der Nachrichten durch das Internet. Nachrichten müssen also "Ende-zu-Ende" (E2E) verschlüsselt sein, ein Entschlüsseln darf nur an den Endpunkten möglich sein. Das bedingt den

gegriffen. **21.09.:** Solidarität mit Letzte Generation: In Berlin wird aus 310 SUVs und Geländewagen die Luft rausgelassen. **22.09.:** In Waldeck-Sachsenhausen wird das Haus des AfD Direktkandidaten Stefan Ginder mit Farbe angegriffen. **23.09.:** Switch Off: In Berlin machen zwei STRABAG Bagger flammenbedingt Klimastreik. **26.09.:** Der AfDler Norbert Schmidt wird an seinem Wohnort in Bad Vilbel geoutet. **28.09.:** In Stuttgart wird an verschiedenen Stellen die Öffentlichkeitsfahndung des BKA und LKA Sachsen nach einem Antifaschisten übermalt. **29.09.:** Der AfDler Andreas Lobenstein hat einige Schäden zu beklagen: Sowohl sein Auto welches in einer offenen Garage im Frankfurter Nordend stand, trug einen Schaden davon auch das sich in der Garage befindliche Wahlkampfmaterial wurde unbrauchbar gemacht. **29.09.** In Kiel wird das Büro der AfD mit Farbe angegriffen, außerdem gibt es einige Graffiti im Umfeld der CDU-Zentrale. Gegen die rassistische Politik dieser beiden Parteien. **04.10.:** In Frankreich wird dem Chemiewerk von

Austausch von Schlüsseln zwischen den Endpunkten und führt damit zu dem Problem, deren Echtheit sicher stellen zu müssen – sind die ausgetauschten Schlüssel die Originale oder sind sie auf dem Weg durch andere ersetzt worden?

Wenn kommunizierende davon ausgehen müssen, dass auf dem Weg, auf dem der Schlüsselaustausch stattfand, eine Ersetzung möglich war, dann können die Schlüssel auf diesem Weg nicht verifiziert werden, da auch diese Überprüfung manipuliert werden könnte. Es bleibt nur die Verwendung eines zweiten Weges, in der Hoffnung, dass der nicht auch kompromittiert wurde. Die Anforderungen an diesen zweiten Weg sind geringer, da der Schlüsselaustausch bereits stattgefunden hat – es reicht, wenn sich darüber eine Prüfsumme vergleichen lässt.

Dieses Verfahren entspricht dem Abgleich von Fingerprints. In der Praxis ist das jedoch so umständlich, dass es häufig nicht stattfindet. Den Herstellern von Messengersystemen ist das bekannt, ausgetauschte Schlüssel lassen sich auch ohne Schlüsselverifikation nutzen – teilweise auch ohne entsprechenden Hinweis auf die nicht mehr zu gewährleistende Authentizität der Nachrichten. Dieses Verfahren ist so verbreitet, dass es einen eigenen Namen bekommen hat: „Trust On First Usage“ (TOFU). Die Annahme ist, dass ein erster Kontakt vermutlich noch nicht angegriffen wird, die Messengersoftware aber im Folgenden registriert, wenn Manipulationen stattfinden, und entsprechend warnt [3].

Perfect Forward Secrecy, Future Secrecy und Plausible Deniability

Sollte ein Angriff auf eine Kommunikation erfolgreich verlaufen sein, dann ist es wünschenswert, den verursachten Schaden so klein wie möglich zu halten. Die eingesetzten Verschlüsselungssysteme sollten einerseits sicherstellen, dass nach einem erfolgreichen Angriff nur Kommunikation ab diesem Zeitpunkt mitlesbar ist, dass also vorher mitgeschnittene Nachrichten nicht mit dem geraubten Schlüssel auch noch nachträglich entschlüsselt werden können (Perfect Forward Secrecy). Ein weiteres Ziel ist es, dass Angreifer:innen, die nur mitlesen und nicht aktiv Nachrichten manipulieren, höchstens so lange mitlesen können, bis beide Kommunikationspartner:innen je eine Nachricht geschickt haben. Diese kryptographische Eigenschaft, dass Mitlesen von Nachrichten nach einem Angriff in die Zukunft zu beschränken, wird auch Future Secrecy genannt. Ebenso ist es wünschenswert, dass die Autor:innenschaft einer Nachricht glaubhaft abgestritten werden kann (Plausible Deniability) – jede:r sollte theoretisch in der Lage sein, eine bestimmte Nachricht verfasst zu haben.

Das erste Verschlüsselungsverfahren, das solche Eigenschaften mitbrachte, war OTR (Off The Record): ein Protokoll, bei dem sich der Schlüssel mit jeder Nachricht ändert. Dazu wird den Nachrichten Schlüsselmaterial beigefügt, aus dem der Schlüssel für die jeweils nächste Interaktion abgelei-

tet wird. Die Schwächen dieses Verfahrens sind zum Einen die Notwendigkeit, jeden Nachrichtenaustausch in der richtigen Reihenfolge empfangen zu müssen. Daher müssen beide Kommunikationspartner:innen gleichzeitig online sein um weiterhin gleiche Schlüssel zu verwenden – ein Problem bei mobiler Kommunikation. Zum Zweiten kann eine Kommunikation nicht fließend von einem Endpunkt auf den anderen übertragen werden, vom Smartphone zum Desktop zu wechseln, bedürfte einer Synchronisation der „flüchtigen Zwischenschlüssel“.

Um diese Nachteile aus der Welt zu schaffen, haben die Entwicklerinnen der Messaging-App „Signal“ OTR weiterentwickelt. Die beiden Verfahren (genannt X3DH und Double Ratchet) sind nach Signal in weiteren Messengern nachgebaut – u.a. von WhatsApp – und auch auf andere offene Protokolle (wie XMPP, dort als „OMEMO“) übertragen worden.

Infrastruktur

Die Infrastruktur von Servern, die ein Messengersystem braucht, um zu funktionieren, lässt sich grob in drei Kategorien einordnen. Das bei populären Messengern verbreitetste Modell ist das des „Walled Garden“. Bei diesem Modell kommt alles aus einer Hand: App und Serverinfrastruktur. Die Infrastruktur ist oftmals auch abgesichert gegen alternative Apps – selbst, wenn nachvollziehbar wäre, wie das System funktioniert und die alternative Implementation von ihrer Funktionalität identisch wäre, würde sie nicht funktionieren.

Das zweite Modell funktioniert auf der Ebene offener Protokolle. Die Methode der Kommunikation zwischen App und Infrastruktur ist öffentlich dokumentiert, eine Implementation erwünscht. Jeder und jede kann mit einem eigenen Server Teil der Infrastruktur werden, die Struktur ist verteilt – „föderiert“. Dies ist das Prinzip, nach dem Email funktioniert. Wie bei Email auch, können bei diesem Modell ohne Probleme Anbieter oder Software gewechselt werden. Der Nachteil einer föderierten Infrastruktur ist die schwankende Qualität der einzelnen Bestandteile und die Unmöglichkeit, Bugfixes oder Erweiterungen zeitnah und in der ganzen Infrastruktur auszurollen – zu viele Parteien müssten da mitziehen.

Das dritte Modell fällt etwas aus der Rolle, weil hier keine (dezidierte) Infrastruktur existiert – Kommunikation findet direkt zwischen den Endgeräten ohne vermittelnde Server statt. Nachrichten werden „peer-to-peer“ ausgetauscht. Beispiele hierfür sind Briar und Onionshare Chat.

Erwartete Features

Im Laufe der Zeit haben sich ein paar Features herauskristallisiert, die Nutzer:innen von einem Messengersystem erwarten.

Balan (Ain) der Strom abgedreht. Dazu wurde die versorgende Hochspannungsleitung gefällt. **06.10.:** In der Nacht auf den 6. Oktober brennt das Auto von AfDler Sven R. Dreyer im Kassler Stadtteil Fasanenhof. **09.10.:** In Berlin werden zwei leerstehende Wohnungen in der Liebig14 enteignet: „Wir erklären sie zu gemeinschaftlichem Besitz der Nachbarschaft.“ Um die heute enteigneten Wohnungen in der Liebig14 zu verteidigen, wurden Barrikaden auf der Straße errichtet. **13.10.:** In Neu-Ulm werden die faschistischen Akteur*innen Heidi Baumann, Nicolas Brickenstein und Franz Schmid in ihrer Nachbarschaft oder bei der Arbeit geoutet. **13.10.:** In Duisburg wird das Haus des Nazis Dustin Maurice Jesierski, auf der Eisenbahnstraße 18 in 47119 Duisburg-Ruhrort mit Farbe markiert, zudem werden zahlreiche Plakate und Flyer im Stadtteil verteilt. **15.10.:** In Rostock gibt es Sachschaden für das Werbeflächenunternehmen Ströer. Das Unternehmen war zuletzt an der deutschlandweiten Öffentlichkeitsfahndung nach einem Antifa beteiligt.

So soll die erfolgreiche Zustellung einer Nachricht nicht daran gekoppelt sein, dass die Empfangsseite ebenfalls online ist. Nachrichten müssen im Zweifel also "irgendwo" zwischengespeichert werden, um zu einem späteren Zeitpunkt zugestellt zu werden. Daran ist häufig auch noch die Rückmeldung an die Sendeseite geknüpft, die eine erfolgreiche Zustellung signalisiert. Hier offenbart sich ein Nachteil von peer-to-peer Lösungen, da nichts dazwischen ist, was zwischenspeichern könnte.

Weiter ist das Hinzufügen mehrerer Endgeräte zu einem Account heute ein Standard-Feature, das die Kryptographie erheblich verkompliziert.

Ein weiteres Feature ist der Gruppenchat, also die gleichzeitige Kommunikation von mehr als zwei Parteien. Soll diese Kommunikation verschlüsselt erfolgen, dann stellen sich Fragen der Verteilung der notwendigen Schlüssel. Scheidet eine Teilnehmer:in aus, muss darüber hinaus sichergestellt sein, dass verteilte Schlüssel nicht weiter gültig sind bzw. die ausgeschiedene Teilnehmer:in nicht weiter mitlesen kann. Die Umsetzung von verschlüsseltem Gruppenchat beinhaltet nicht-triviale Probleme für ein Messengersystem und ist eine relativ junge Anforderung bei der Entwicklung von Verschlüsselungstechnologie – historisch war die sichere Kommunikation zwischen genau zwei Parteien die Aufgabenstellung. Insofern ist es nicht überraschend, dass nicht alle Messengersysteme verschlüsselte Gruppenchats beherrschen bzw. nur unvollständig umsetzen.

Signal vs. XMPP+OTR/OMEMO vs. Matrix

Im Folgenden wollen wir Probleme von Signal, XMPP und Matrix benennen und gegeneinanderstellen.

Signal

Signal ist ein Messenger, der angetreten ist, Ende-zu-Ende-Verschlüsselung (E2E) für die Massen zu realisieren. Die Entwickler:innen von Signal - Open Whisper Systems - haben X3DH und den Double Ratchet-Algorithmus entwickelt und verwenden darüber hinaus weitere Verfahren, um Metadaten zu minimieren. E2E-Verschlüsselung ist sowohl bei direkter Kommunikation zwischen zwei Teilnehmer:innen als auch in Gruppenchats gewährleistet. Für Signal gibt es auch einen Desktop-Client, der allerdings nur an einen Smartphone-Client oder inoffiziellen Command-Line-Client gekoppelt genutzt werden kann.

Die Nutzer:innenkennung, die Signal gewählt hat, ist geerbt von der Nutzer:innenkennung der Endgeräte – also der Telefonnummer der Smartphones. Die Betreiber:innen argumentieren mit der Nutzer:innenfreundlichkeit dieser Lösung, Nutzer:innen müssen sich keine neuen Kennungen für ihre Kommunikationspartner:innen merken (bzw. erst einmal herausfinden), sondern können diese einfach aus ihrem Telefonbuch entnehmen. Der Nachteil ist offensichtlich: Eine anonyme Nutzung von Signal

ist zur Zeit nur durch Mehraufwand (anonyme SIM, nicht zuordenbares Endgerät) realisierbar. Mittlerweile versucht Signal durch nachträgliches hinzufügen von Aliassen dem Privacy-Problem entgegenzuwirken [4]. Die Registrierung ist nichtsdestotrotz an eine Telefonnummer geknüpft.

Signal ist Open Source, der Code ist auf GitHub einsehbar und wird dort auch gepflegt. Ob der dort sichtbare Code auch der ist, der zum Einsatz kommt, ist z.Z. nicht nachvollziehbar. Kritisch ist, dass der Server-Code in der Vergangenheit oft ein ganzes Jahr lang nicht veröffentlicht worden ist, also dem produktiv eingesetzten Code weit hinterher hinkt.

Signal ist ein Walled Garden, Nutzer:innen von Signal können via Signal nicht mit Nutzer:innen anderer Apps kommunizieren. Auch unterbindet Signal auf juristischem Weg, dass es Forks – also eigene Weiterentwicklungen, trotz Open Source – gibt. Signal will damit der Zersplitterung des Ökosystems vorbeugen und einen gewissen Qualitätsstandard aufrecht erhalten.

Im Laufe der Zeit hat Signal seinen Funktionsumfang erweitert: Mittlerweile sind auch Ende-zu-Ende-verschlüsselte (Sprach-)Telefonate und Videotelefonie möglich.

Die Infrastruktur ist zentralisiert – nur Signal betreibt die nötige Serverinfrastruktur.

Die Hardware dafür ist angemietet: unter anderem bei Amazon, Google und Microsoft [5]. Dass Signal hier ausgerechnet Datenkraken für das Hosting gewählt hat, hinterlässt einen merkwürdigen Beigeschmack. Die Überlegung scheint zu sein, dass es bei einem Protokoll, das sowohl Ende-zu-Ende-verschlüsselt als auch Metadaten minimiert, egal ist, wo die Server laufen, da durch eine Observation derselben eine Angreifer:in nichts lernen kann. Hoffentlich stimmt das auch...

Signal wird von einer Stiftung betrieben, die sich durch Spenden finanziert. Die Spender:innenliste wird nicht veröffentlicht. Zumindest die großen Spender:innen sind aber bekannt. Unter anderem fließt Geld der US-Regierung in das Projekt. Zumindest ist durch die Stiftung sichergestellt, dass der Betrieb nicht gewinnorientiert ist – die Motivation, Nutzer:innendaten in Geld zu wandeln, ist vermutlich gering.

20.10.: Switch Off: In Berlin-Lichtenberg werden mehrere Brandsätze an den freiliegenden Kabelsträngen am Fuße des Funkturms in der Herzbergstraße platziert. **21.10.:** In Leipzig wird ein öffentliches Kampfsporttraining des III. Wegs von engagierten Anwohner*innen beendet. **21.10.:** In Güstrow wird das Auto von III. Weg-Nazi David Mallow tiefergelegt und teillackiert. **24.10.:** In Kiel werden als Reaktion auf die Ratifizierung der GEAS-Reform die Abgeordnete-Büros von Mathias Stein (SPD), Maximilian Mordhorst (FDP) und Luise Amtsberg (Die Grünen) mit Steinen und Farbe attackiert. Ihre Politik tötet. **24.10.:** In Leipzig wird das von fundamentalistischen Christ*innen betriebene STAY Café in der Dresdner Straße 79 angegriffen und bemalt. Gegen Fundis und Queerfeindlichkeit! Holt euch euren Kaffee woanders! **27.10.:** In der Nacht auf den 27.10. wird das Amtsgericht Hamburg-Altona mit Farbe besucht: Glück und Freiheit den Untergetauchten – Feuer und Flamme der Repression! **30.10.:** In Tübingen gibt es nach einem Vortrag von

Es gibt weitere Kritikpunkte, wie beispielsweise viele nicht nachvollziehbare Updates oder unklare Kooperationen, die wir aus Platzmangel nicht weiter ausführen wollen. Wir verweisen auf [6].

XMPP / Jabber

XMPP ist mittlerweile ein betagtes Protokoll, dessen Spezifikation Open Source ist. Gestartet ist XMPP mit einer rudimentären Funktionalität, die für Text-basierten Chat ausreicht. Im Laufe der Zeit sind zahllose Erweiterungen hinzugekommen, die teilweise server- oder clientseitig installiert und konfiguriert werden müssen. Für eine E2E-Verschlüsselung gibt es drei unterschiedliche Standards. Der erste basiert auf GPG und ist der Emailverschlüsselung nachempfunden, der zweite ist OTR, der dritte ist OMEMO, welches den Double Ratchet-Algorithmus und X3DH für den initialen Schlüsselaustausch implementiert.

XMPP ist föderiert, es gibt eine Reihe von Serverimplementierungen, unterschiedliche Clients für diverse Plattformen und reichlich Anbieter:innen. Für die Erstellung eines Accounts sind nur ein Nutzer:innenname und Passwort nötig, was die Erstellung eines anonymen Accounts stark erleichtert.

Das grundsätzliche Problem von XMPP ist, dass es als Klartextprotokoll gestartet ist. Welcher Funktionsumfang zur Verfügung steht bzw. aktiviert ist – insbesondere welche Arten von Verschlüsselung (E2E, TLS) – hängt sowohl von der Konfiguration der beteiligten Clients als auch der beteiligten Server ab. Unkonfiguriert fällt XMPP immer in den Klartextmodus zurück. Das betrifft sowohl die Kommunikation zwischen Client und Server, als auch die Kommunikation der verschiedenen Server im föderierten Verbund. Insbesondere auf den zweiten Aspekt haben Nutzer:innen weder Einfluss noch Einsicht, sie können nur darauf vertrauen, dass die Administrator:innen wissen, was sie tun.

Eine weitere Folge dieses Protokolldesigns ist, dass Verschlüsselung oder Videotelefonie wie ein Aufsatz auf dem Klartextprotokoll funktioniert. Die Kommunikationsinhalte sind zwar verschlüsselt, laufen aber auf einem unverschlüsselten Sockel, mit der Folge, dass Metadaten im Klartext das Netz passieren. Das Problem lässt sich durch Transportverschlüsselung (TLS) entschärfen, die ist aber ebenfalls nur optional.

XMPP lässt sich sicher betreiben. Dafür müssen aber alle Beteiligten alles richtig machen, was keine gute Option ist, da Bedienfehler nicht ausgeschlossen werden können und im Zweifel erstmal nicht auffallen.

Mit diesen Einschränkungen lässt sich eine brauchbare Kommunikation mit der Kombination Tails, XMPP, TLS, OTR, alle Teilnehmer:innen auf dem gleichen Server (um Server-zu-Server-Kommunikation auszuschließen) realisieren, auch wenn der Aufwand relativ hoch ist.

Matrix

Matrix ist ebenso wie XMPP ein föderiertes Protokoll, das heißt, Nutzer:innen können sich selbst bei einem Server registrieren oder ihren eigenen betreiben. Die Registrierung ist anonym. Es werden lediglich ein Nutzer:innenname und ein Passwort benötigt. Im Gegensatz zu XMPP ist Matrix ein wesentlich moderneres Protokoll, das Features wie Videotelefonie, Gruppenchats und mehrere Geräte pro Nutzer:in unterstützt. Eines der Kernanliegen von Matrix ist Interoperabilität. Praktisch bedeutet das, dass Matrix sogenannte Bridges zur Verfügung stellt, die es Matrix-Nutzer:innen ermöglichen, mit den Nutzer:innen anderer Plattformen, beispielsweise Signal oder XMPP, so zu kommunizieren, als wären die externen Nutzer:innen direkt bei einem Matrix-Server registriert.

Sowohl die Protokollspezifikationen als auch Clients und Server sind Open Source. Der bekannteste Client für Matrix heißt Element und läuft auf allen verbreiteten Plattformen, sogar im Webbrowser. Wir raten von der Verwendung des Browser-Clients allerdings dringend ab, da diese Ausführungsumgebung eine ganze Reihe an neuen Angriffsmöglichkeiten und Schwachstellen mit sich bringt [7].

Standardmäßig werden Nachrichten in privaten Räumen Ende-zu-Ende-verschlüsselt. Dafür hat Matrix mit Olm und Megolm eigene Protokolle entwickelt. Olm wird zum Erstellen und Verwalten der Sessions zwischen zwei Geräten verwendet und ähnelt Signal, da es 3DH [8] und Double Ratchet verwendet. Weil Olm in großen Gruppenchats nicht skaliert, wurde Megolm entwickelt. Mit diesem Protokoll werden die eigentlichen Nachrichten verschlüsselt (auch in Nicht-Gruppenchats). In Megolm werden Nachrichten signiert und es gibt statt Double- nur eine symmetrische Ratchet. Daher gewährleistet Megolm auch nur Privatheit, Integrität, Authentizität und Perfect Forward Secrecy, aber nicht Future Secrecy oder glaubhafte Abstreitbarkeit, das heißt, eine einmal kompromittierte Konversation kann dauerhaft mitgelesen werden und die Urheberschaft der Nachrichten kann kryptographisch nachgewiesen werden.

Wer das jetzt zu kompliziert fand, befindet sich in guter Gesellschaft. Die Komplexität von Matrix ist vom Standpunkt der Sicherheit eines der größten Probleme des Protokolls. Das hat in der Vergangenheit bereits zu diversen schwerwiegenden Sicherheitslücken geführt, die es Serveradmins etwa ermöglichten, alle Nachrichten mitzulesen oder sich als andere Nutzer:innen auszugeben [9]. Auch wenn die zu Grunde liegende Kryptographie vermeintlich stark ist, ist es nicht einfach, sie auch sicher anzu-

Hans-Georg Maaßen rote Farbe an die Wand und einige Eier in den Eingangsbereich. **01.11.23:** Anlässlich des Black Friday wurden in Berlin die Scheiben einer Filiale der Santander Bank zertrümmert. Die Bank unterstützt Thales SA und ThyssenKrupp sowie BAE Systems und ähnliche finanziell undpumpte im Jahr 2021 4.843 Millionen Dollar in Atomwaffen. Santander wurde schon des öfteren Ziel von Soliaktionen um Gefangene in Chile und Spanien zu unterstützen, da die Bank die Geldtransaktionen in spanischen Gefängnissen verwaltet. **18.11.23:** In der Nacht wurden anlässlich des sogenannten Volkstrauertages vier militaristische Denkmäler in Bonn markiert und beschädigt. „Sie waren keine Helden sondern Täter.“ **19.11.23:** Anarchist*innen greifen in der Nacht ein Büro der Grünen und eins der SPD in Berlin an: „Aktion gegen den genozidalen Krieg in Gaza. [...] Gegen die israelische Besatzung Palästinas und die polizeiliche Besatzung Neuköllns. Free Sonnenallee from SPD und Greens.“ **23.11.23:** Aktivist*innen der Aktionsgruppe „Buntes

wenden in dem komplexen Setting aus serverseitigen Schlüssel-Backups, Gruppenchats, Session- und Geräteverwaltung.

Neben diesen Problemen, die sowohl Implementierung als auch Spezifikation betreffen, gibt es noch weitere Punkte, auf die wir hinweisen möchten. Matrix erzeugt wie XMPP viele unverschlüsselte Metadaten, etwa wer wem wann Nachrichten geschrieben hat und welche Geräte wann registriert und verwendet wurden. Zudem werden Nachrichten abhängig von der Serverkonfiguration in der Regel aber für 30 Tage auf den Servern gespeichert, und zwar nicht nur auf dem eigenen, sondern auf denen aller Kommunikationspartner:innen. Bei der Verwendung von Bridges gibt es keine wirksame Ende-zu-Ende-Verschlüsselung. Dasselbe gilt für Chats in öffentlichen Räumen.

Vom Ansatz her ist es durchaus zu begrüßen, dass Matrix moderne Features hat, dabei standardmäßig Ende-zu-Ende verschlüsselt, und Prinzipien wie Föderation und Interoperabilität hochhält. Angesichts der hohen Wahrscheinlichkeit weiterer Sicherheitslücken dieses komplexen und doch noch vergleichsweise jungen Protokolls sollten (potentielle) Nutzer:innen sich aber gut überlegen, ob Matrix die richtige Plattform für sicherheitskritische Kommunikation ist.

Dilemma: Keine gute Lösung

Wir haben viele Messenger nicht erwähnt und in diesem Text besprochen (wie z.B. Telegram). Wir kennen keinen, der die Probleme, die wir an den drei diskutierten Messengern aufzeigen wollten, nicht auch hat. Messenger versprechen sichere Kommunikation – können dieses Versprechen aber nicht einhalten. Festplattenverschlüsselung, Transportwegverschlüsselung (TLS) und Ende-zu-Ende-Verschlüsselung haben es Repressionsbehörden schwerer gemacht. Trotzdem gibt es Angriffe und keine absolute Sicherheit.

Eine Erkenntnis aus dem Encrochat-Hack der französischen Behörden im Jahr 2020 ist, dass Repressionsorgane gerne den einfachen Weg gehen und sich nicht die Mühe machen, Verschlüsselungen zu knacken. Softwaremanipulationen in Absprache mit dem Provider ohne Wissen der Betreiber:innen hat die Behörden zu ihrem Ziel geführt. Eine Konsequenz daraus ist, Systeme so zu gestalten oder auszuwählen, dass die Infrastruktur unmaßgeblich für Sicherheitsgarantien ist.

Nun kann mensch zu dem Schluss kommen, dass Server prinzipiell problematisch sind und deshalb eine Peer-to-Peer-Kommunikation favorisiert werden sollte. Diverse Messenger-Protokolle funktionieren serverlos und insbesondere auf dem Tor-Protokoll. Das Tor-Protokoll hat allerdings andere Sicherheitseigenschaften als gängige Messengerprotokolle. Diese Diskussion muss in einem separaten Text stattfinden.

Und neben vergleichbaren technischen Aspekten hat die Kommunikation über Messenger natürlich auch immer noch eine soziale Dimension. Ein sicherer und einfach handhabbarer Messenger bringt wenig, wenn ihn niemand aus dem zu erreichenden Umfeld nutzt. Außerdem zeigt die Erfahrung, dass sich Messenger unterschiedlich auf das Kommunikationsverhalten auswirken. Ein Smartphone-Messenger wie Signal wird nahezu automatisch anders verwendet als ein Messenger, der nur unter Tails läuft und prägt damit die Gruppenkommunikation insgesamt. Auch eine genauere Betrachtung dieser Aspekte muss ebenfalls auf einen anderen Text verschoben werden.

Integrität und Topologie der Infrastruktur, Qualität der Verschlüsselungsalgorithmen, Umgang mit Metadaten, Business Modell und Erpressbarkeit sind zwar entscheidende Kriterien für die Beurteilung der Sicherheit eines Messengersystems. Beim Vergleich von Messengern nur nach diesen Kriterien gerät allerdings die Plattform, auf der der Messenger läuft – das Smartphone – aus dem Blick. Selbst die besten Messenger setzen bei ihren Sicherheitsdesigns darauf, dass die Plattform integer und nicht kompromittiert ist. Davon kann leider nicht ausgegangen werden. Trojaner wie Pegasus oder FinFisher, ob privat eingesetzt oder mit hoheitlicher Segnung als Staatstrojaner, machen diese Grundannahme zunichte.

Das Problem, digital sicher zu kommunizieren, bleibt komplex. Es gibt keine einfachen Lösungen.

[im nächsten Heft wird Teil 2 folgen]

- [1] <https://www.systemli.org/2023/02/06/abschaltung-von-jabber.systemli.org-am-31.08.2023/>
- [2] <https://www.immerda.ch/info/2022/08/17/goodbye-jabber-hello-matrix.html>
- [3] Allerdings gehen diese Warnungen leicht unter, da sie in der Regel nicht auf einen Angriff hinweisen, sondern nur darauf, dass eine Nutzer:in die App neu installiert hat, z.B. auf einem neuen Gerät, sodass eine erneute Verifikation notwendig ist.
- [4] <https://www.signal.org/blog/phone-number-privacy-username/>
- [5] <https://www.golem.de/news/whatsapp-alternative-warum-es-okay-ist-dass-signal-google-server-nutzt-2101-153764-2.html>
- [6] https://www.spektrum.de/news/mythos-signal-licht-und-schatten-beim-nicht-kommerziellen-messenger/2190072?utm_source=pocket-newtab-de-de
- [7] <https://zfnd.org/so-you-want-to-build-an-end-to-end-encrypted-web-app/>
- [8] Signal verwendet X3DH, was bessere Perfect Forward Secrecy für die ersten Nachrichten eines Chats bedeutet.
- [9] <https://nebuchadnezzar-megolm.github.io/static/paper.pdf> oder weniger technisch: <https://arstechnica.com/information-technology/2022/09/matrix-patches-vulnerabilities-that-completely-subvert-e2ee-guarantees/>

Meer“ verschönern Bundeswehrwerbung mit lustigen Smileys und antimilitaristischen Slogans: „Weil sich die Aufkleber rund um das Ministerium nicht einfach entfernen ließen, entfernten Expert*innen der Werbefirma Wall die Aufkleber zunächst noch mit professionellem Gerät. Doch darauf hatten die Chaot*innen schon gewartet. Sie lauerten den Teams der Werbefirma auf und installierten direkt nach der Reinigung erneut die Smiley-Aufkleber. Im Laufe des Freitags gab die Werbefirma schließlich einfach auf. 23.11.23: In der Nähe des Bundesparteitags der Grünen wurden Grüße hinterlassen: „Gegen den Grünen Parteitag!“ und „Krieg dem Krieg!“ 24.11.23: Anlässlich des „Trans Day of Revenge“ tauchen in Leipzig Graffiti auf: „Smash the cistem“, „Be queer, do crimes“ und „HRT statt TSG“ 24.11.23: Anlässlich des Transday of Remembrance und dem Tag gegen Gewalt an FLINTA* wurden in der Freiburger Innenstadt zwei Brunnen rot gefärbt und Stencil Botschaften hinterlassen. „Wir wollen diese Gewalt nicht einfach trauernd hinneh-

Glasbruch bei der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr

Dokumentation:

In der Nacht vom 2. auf den 3. Januar haben wir die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr in Hannover angegriffen. Wir haben dabei die Glasfassade des Eingangs Ost zerstört, sowie etwa 10 weitere Fenster auf der Ost-Seite des Gebäudes. Damit kein Zweifel bleibt worum es uns geht, ist an der Fassade nun „Gegen den automobilen Kapitalismus“ und „Leinemasch bleibt!“ zu lesen.

Die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (Göttinger Chaussee 76A) ist die Behörde, die für Planung und Ausführung des Ausbaus des Südschnellwegs verantwortlich ist. Für diesen Ausbau sollen weite Teile des Landschaftsschutzgebiets „Leinemasch“ zerstört werden.

In einer Zeit, in der die Klimakrise längst eskaliert, Wälder zu roden um Straßen zu verbreitern, empfinden wir als mehr als zynisch. Während weltweit unsere Lebensgrundlagen durch den Klimawandel immer weiter zerstört werden und die ungleiche Verteilung der Ressourcen gerade für Menschen im globalen Süden immer bedrohlicher wird, wird in Deutschland motorisierter Individualverkehr weiter als einzig denkbare Freiheit verkauft. Wenn wir uns gegen die Logik des automobilen Kapitalismus

stellen, müssen wir dabei sowohl mit der Ideologie, die jedes Tempolimit als höchste Freiheitseinschränkung sieht, brechen, sowie mit der Tatsache, dass die unzähligen Schnellstraßen und Autobahnen die materielle Infrastruktur für ungebremstes kapitalistisches Wachstum bilden.

Ein „weiter so“ ist nur für diejenigen möglich, die von der ungleichen Verteilung profitieren und selbst das wird nicht mehr allzu lange funktionieren. . . . Die einzige realistische Alternative ist ein System, das nicht auf Wachstum, sondern auf einer gerechten Verteilung der Ressourcen, die uns noch bleiben, aufbaut. Und damit wir überhaupt noch ein bisschen Spielraum haben um ein gutes Leben für Alle zu erkämpfen, verfallen wir nicht in einen „ist doch eh alles zu spät“ Zynismus, sondern, kämpfen für jedes Zehntel Grad weniger Erwärmung.

Und genau deswegen werden wir auch die Rodung der Leinemasch und den Ausbau des Südschnellwegs nicht einfach hinnehmen

anonym

Berlin: Feuer für Tesla

Dokumentation

Am 7. Februar wurden zwei Teslas in Rummelsburg und am 8. Februar zwei Tesla-Ladestationen in der Vulkanstraße angezündet. Wir denken, dass Tesla ein ideales Ziel für unsere Angriffe ist. Denn:

> Mehrere Armeen nutzen Teslas Starlink-Satellitensystem in ihren Kriegen. Auch Israel in Gaza. Auch die Ukraine. Teslas Starlink-Infrastruktur ist ein wichtiger militärischer Akteur und Angriffe auf Tesla können überall ein Zeichen sein: gegen jeden Krieg!

> Tesla ist ein Symbol für „grünen Kapitalismus“. Doch der ist alles andere als grün: Die Lithium-Batterien kommen aus giftigen Minen in Chile und verschlingen andere seltene Metalle, was Elend und Zerstörung für die Abbaugelände bedeutet. „Grüner Kapitalismus“ steht für Kolonialismus und Landraub!

> Tesla will seine Gigafactory in Grünheide bei Berlin weiter ausbauen. Dagegen wollen wir uns wehren! Wir wollen keine weiteren Teslas auf den Straßen! Die Gigafactory wurde durch ihre extremen Ausbeutungsbedingungen bekannt. Zudem verseucht die Fabrik das Grundwasser und verbraucht für ihre Produkte riesige Mengen der ohnehin knappen Ressource.

> Tesla militarisiert unsere Straßen. Ihre Autos sind mit hochauflösenden Kameras ausgestattet. Im „Wächtermodus“ filmen sie alles und jeden. Achtet darauf, euch bei Aktionen unkenntlich zu machen.

> Elon Musk ist ein Arschloch! Deshalb: Die Luft aus den Reifen von dicken Autos lassen? toll. Noch besser: Teslas überall in Flammen aufgehen lassen. Ein paar Grillanzünder und der Frühling kann beginnen!

men, sondern sind verdammt wütend!“ 25.11.23: In der Nacht wurde das Ausländeramt in Köln Kalk, in dem die Abschiedebehörde Kölns sitzt, mit Farbe angegriffen, außerdem gab es in Ehrenfeld einen Bannerdrop mit dem Demoauftrag zum Stop-Geas Aktionstag: „Keine Festung Europa! Für ein Europa das Brücken baut! Feuer und Flamme den Abschiedebehörden!“ 27.11.23: Anlässlich zweier Hausdurchsuchungen und einer Festnahme bei Gericht in Leipzig wurden zwei Autos des Landes Baden-Württemberg in Brand gesetzt. Außerdem wurde im Rahmen eines Klingelstreiks beim Fascho Hagermann der Briefkasten mit Bauschaum verdichtet. 28.11.23: In der Nacht wurde die Fassade des Ditib „Bildungswerks“ in Köln verschönert: „Die „Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.“ (Ditib) untersteht „Diyanet“, der staatlichen Einrichtung der Türkei, welche direkt durch die faschistoide Erdogan-Regierung kontrolliert wird. [...] Wir als radikale Linke müssen endlich auch gegen Islamist*innen und die türkische Rechte aktiv

Block Tesla – Disrupt Elon

Ausbau der Tesla Giga-Factory in Grünheide verhindern.

Aktionstage vom 8.-12. Mai

In Grünheide bei Berlin sollen künftig 1 Million neue Teslas pro Jahr vom Band rollen und sich in die Blechlawine auf den Autobahnen einreihen. Durch drei weitere Ausbaustufen soll das Werk vor den Toren Berlins zur größten Autofabrik Europas werden. Das wollen wir verhindern. Schon jetzt sind es mehr als 250.000 Neuwagen, die dort pro Jahr produziert werden und sich zu dem unbrauchbaren Elektro- und Verbrennerschrott gesellen, der unsere Straßen verstopft und in einer Zukunft, in der Mobilität allen gehört, von niemandem gebraucht wird.

Mit seiner Marke ist es dem misogynen Twitter-Faschisten Elon Musk gelungen, das Elektroauto als „grüne“ Alternative zum Verbrennungsmotor zu etablieren. Dabei sind Elektroautos keine Lösung. Sie sind die Fortsetzung des Individualverkehrswahns mit anderen Mitteln. Und das ist weder nachhaltig noch grün. Bei der Produktion eines E-Autos entsteht durch den Ressourcenverbrauch ein enormer ökologischer Reifenabdruck und treibt somit die globale Klimakatastrophe weiter voran.

Der Preis der neokolonialen Lieferketten

Die Gewinnung von Lithium – dem Hauptrohstoff für Batterien – richtet in den Abbaugeländen unglaubliche Zerstörung an. Ganze Landstriche und Ökosystem werden verwüstet, weil das Wasser entweder zum Abbau verbraucht wird oder verschmutzt zurück ins Grundwasser gelangt. Und den Menschen, die in den häufig im globalen Süden gelegenen Gebieten leben, wird durch den Abbau beispielsweise in der Atacama Wüste in Chile ihre Lebensgrundlage entzogen. Sie müssen den grünen Transformationsplänen des globalen Nordens weichen. Und wenn sie Widerstand leisten wird in alter kolonialer Manier reagiert. Oder mit den Worten von Elon Musk: „We coup who we want!“

Wasser für alle statt für wenige

Und auch lokal machen sich die Auswirkung der Produktion bemerkbar. Das wegen der Klimakrise ohnehin unter Trockenheit leidende Brandenburg, wird von Tesla weiter entwässert, um die Produktion sicherzustellen. Schon jetzt müssen Anwohner*innen Wasser rationieren, während im Werk die Hähne voll aufgedreht sind und auch gerne mal ein bisschen Lack im Wasserschutzgebiet daneben geht. Und auch die Berliner Wasserversorgung steht wegen der fossilen Industrien vor dem Kipppunkt. Statt sich Gedanken darüber zu machen, wie eine Verteilung von Wasser an den Bedürfnissen der Menschen orientiert werden, wird von der Regierung weiter auf wasserintensive Wirtschaft gesetzt.

werden: Ditib zerschlagen! Solidarität mit Rojava und allen unterdrückten Kurd*innen! AZ Gathe bleibt! Tod dem Islamismus!“ 07.12.23: In der Nacht hat eine autonome Kleingruppe die Fassade der Boschzentrale in Köln mit den Slogans der queerfeministischen Revolution im Iran beschrieben. Sie wollen das Schweigen brechen und auf die mörderische Profitgier des Großkonzerns aufmerksam machen. „Bosch verkauft seit 2016 Überwachungskameras an den Iran, mit deren Hilfe der Schleierzwang überwacht und damit unschuldige Menschen verfolgt werden. Zwar behauptet der Konzern seine Iran-Deals seit 2018 eingestellt zu haben, allerdings gibt es zu dieser Behauptung keinerlei Nachweise und die Kameras laufen weiter.“ 09.12.2023: Um gegen die umweltverpestenden SUVs vorzugehen wurde in München aus zahlreichen Dreckschleudern die Luft abgelassen. Die Aktivist*innen hinterließen Warnzettel an den Luxuskarossern. Die Mobilitätswende selbst in die Hand nehmen! 13.12.23: In Hamburg wurden mehrere



Wald statt Asphalt

Der mit schachbrettartigen Wirtschaftswegen durchzogenen Wald um das Werk muss aufgrund der Trockenheit ohnehin schon ums Überleben kämpfen. Jetzt soll er abgeholzt werden, um einen riesigen Parkplatz für Autos und Baumaschinen für die Erweiterung zu schaffen. Dabei müssten eigentlich klimaresiliente Wälder entstehen. Absurderweise war genau das eine der Auflagen für Tesla, in den angrenzenden Forsten sollte Tesla dafür sorgen, dass Mischwald entsteht. Diese Ausgleichsflächen mit den neuen gepflanzten Bäumen fallen jetzt allerdings den Rodungen für die Erweiterung zum Opfer. Das ist auch kein Wunder, wurden doch die meisten Genehmigung durch Missachtung der üblichen umweltpolitischen Verfahren erteilt.

Gegen den Autostaat Deutschland

Fest steht: E-Autos sind – je nach Modell – erst nach 60.000 bis 110.000 Kilometern weniger klimaschädlich als Verbrenner. Deshalb ist nur die massive Reduzierung der Autoproduktion eine adäquate Antwort auf die Herausforderungen der Klimakrise. Doch ein Umdenken hin zu einem dichten, funktionierenden öffentlichen Verkehr für alle ist im Kapitalismus undenkbar. Zu viel Wertschöpfung für den Industriestandort Deutschland hängt an der Autoindustrie. Wenn die Autoindustrie in Deutschland durch

Krisen oder neue Abgasnormen in der EU ins Wanken gerät, steht der deutsche Staat zuverlässig an der Seite der Industriellen und steckt entweder Milliarden in Abwrackprämien oder verhindert nach Möglichkeit Einschränkungen. Auch ist die Arbeit im Kapitalismus häufig so organisiert, dass die Lohnarbeiter*innen kaum ohne Auto auskommen, um an ihren Arbeitsplatz zu gelangen. Und nicht zuletzt wird das Auto auch als ideologisches Freiheitsversprechen verteidigt, mit dem die Lohnarbeiter*innen dann jeden Tag frei von Zwängen zwischen Arbeitsplatz und Wohnung hin- und herbrettern können. Und das wirkt.

Öffentlicher statt individual Verkehr

Die CDU hat die Wahlen in Berlin unter anderem mit einer Autokampagne gewonnen. Es streiten allerdings mehr oder weniger alle Parteien für eine Beibehaltung des Autos. Dabei wird die Alternativlosigkeit des Autos von den politischen Akteuren gezielt reproduziert, indem allen anderen Verkehrsmitteln so viele Steine wie möglich in den Weg gelegt werden. Die Alternative zum individuellen Nahverkehr können keine E-Autos sein, sondern nur ein Nahverkehr, der Mobilität für alle möglich macht. Genau dafür kämpfen wir gemeinsam mit den Beschäftigten des Öffentlichen Nahverkehrs und der Kampagne Wir fahren zusammen. Schließlich ist es am Ende egal, ob man an der Ecke von einem Verbrenner-SUV der Marke BMW oder einem Cybertruck von Tesla im Apokalypse-Modus überfahren wird.

Feministischer Antifaschismus statt Elon Musk

Die Aktivitäten von Elon Musk beschränken sich leider nicht nur auf Tesla. Er tritt auch zunehmend als Akteur der neuen Rechten auf. Auf der von ihm gekauften Plattform Twitter verbreitet Musk Verschwörungstheorien und antiemanzipatorische, rassistische und rechte Inhalte. Er reiht sich damit in die Riege fragiler Männer ein, die sich dem Kreuzzug zur Erhaltung patriarchaler Privilegien angeschlossen haben. Zum Thema Migration verbreitete er auch Statements von Accounts, die der faschistischen AfD nahestehen. Das wäre nicht weiter schlimm, wenn er irgendein Wicht ohne Reichweite und Mittel wäre. Aber wenn der reichste Mensch der Welt Bewegungen und Parteien unterstützt, die unserer Idee von Gesellschaft diametral gegenüberstehen, ist das ein Problem.

Das Werk verhindern, Musk stoppen

Die Idee einer weiteren riesigen Autoproduktionsanlage in Deutschland ist im Angesicht der Klimakatastrophe absurd. Deshalb müssen wir gemeinsam einen Versuch wagen, diesen Trend zu stoppen. Bisher hat sich die Klimagerechtigkeitsbewegung beim Thema Mobilität häufig auf den Ausbau von Straßen und Autobahnen konzentriert. Was auch völlig richtig ist. Wollen wir der Flut an Blech entgegentreten, müssen wir uns aber

auch um die Ursache des Problems kümmern, die Produktionsstandorte und den deutschen Autokapitalismus.

Lasst uns deshalb gemeinsam gegen den Ausbau des Teslas-Werks vorgehen, bevor die vermeintliche Alternative E-Autos zum realen Albtraum wird. Wir wollen die Erweiterung des Werks verhindern. Jeder Baum, der für Tesla fällt, ist einer zu viel und jeder Liter Wasser, der aus dem Boden entnommen wird eine Verschwendung.

Statt Fortsetzung des automobilen Kapitalismus mit grünem Gewand kämpfen wir für sein Ende!

Kommt zu den Aktionstagen vom 8.–12. Mai nach Berlin: Block Tesla – Disrupt Elon.

Weitere Infos folgen bald – stay tuned.

<https://disrupt-now.org/disrupt-tesla/>

Was ist Disrupt?

DISRUPT ist ein Zusammenschluss von Gruppen, die an der Idee einer gerechten und solidarischen Welt jenseits des Kapitalismus festhalten. Damit rücken wir die Systemfrage ins Zentrum unseres politischen Handelns. Wir laden alle ein, mit uns für das gute Leben für Alle zu kämpfen!

Es ist nun wirklich kein Geheimnis mehr: jeden Tag zerstört die kapitalistische Wirtschaftsordnung ein Stück unserer Lebensgrundlagen für den Profit. Daran ändern auch Greenwashing, Produktlabel oder leere Versprechen nichts. Wenn wir die Geschichte des Kapitalismus erzählen, erzählen wir auch die der Ausbeutung, der Umweltzerstörung und des Neo-Kolonialismus.

Wir sind es leid, von Krise zu Krise zu taumeln und zu hoffen, dass es nicht noch schlimmer wird. Weder die Klimakrise noch andere Krisen der Gegenwart und Zukunft werden sich im Kapitalismus lösen lassen. Kapital und Nationalstaaten sind miteinander verwoben und stehen für Ausbeutung, tödliche Abschottung und Unterdrückung. Wenn wir es ernst meinen mit dem guten Leben für alle, dann ist das nur jenseits des Kapitalismus zu haben.

Wir sind Menschen aus unterschiedlichen sozialen Kämpfen, aber uns eint der Wunsch nach einer gerechten und solidarischen Welt. Manche von uns unterbrechen das zerstörerische System, manche bauen an Utopien. So ungewiss die Zukunft ist, so sicher sind wir uns darin: An der Überwindung des bisherigen zerstörerischen Systems führt kein Weg vorbei.

Deshalb: Disrupt Capitalism, create Future

koloniale Denkmäler mit Farbe verschönert. Anlass bot das Datum und die koloniale Entstehungsgeschichte der Polizei: „Polizei abschaffen! Decolonize it! & Abolish the police!“ 13.12.23: In Halle an der Saale wurde ein Auto der Bundespolizei zur Feuertonne umfunktioniert. 14.12.23: Der Vorplatz vom Bahnhof Buckau in Magdeburg wurde anlässlich des Todestages von Michael Panser (Xelil Viyan/ Bager Nüjiyan), zum „Michael Panser – Platz“ umbenannt. Michael Panser ist ein deutscher Guerillakämpfer der am 14. Dezember 2018 in den südkurdischen Medya – Verteidigungsgebieten durch einen türkischen Luftangriff gefallen ist. „Die Gefallenen sind unsterblich! Şehid Namirin!“ 19.12.23: Tyre Extinguisher sorgen mit der Hilfe des Weihnachtsmanns für 220 platte SUVs in Berlin. Auf den Wunschzetteln stand wohl: „All we want for christmas is climate action.“ 19.12.23: Neuer Anstrich für das Fascho Kampfsportgym „La Familia Fightclub“ in Halle an der Saale. 21.12.23: Das Gericht in Fürth wurde mit Farbe angegriffen, dabei wurde

Gegen Umweltzerstörung, Unterdrückung und Krieg

Feuer für CEMEX-Betonwerk

Dokumentation

Inspiziert von einer Reihe von Aktionen und Sabotagen gegen „die Welt des Betons“ in Frankreich (2), Belgien und der Schweiz haben wir in den frühen Morgenstunden des 27. Dezembers das CEMEX-Betonwerk am Schleusenufer in Berlin-Kreuzberg aufgesucht und dort mittels Feuer mehrere Betonmischfahrzeuge aus dem Verkehr gezogen und das Förderband sowie ein Technikhäuschen zum Stillstand gebracht.

Ein Meister unter den Klimakillern

Unaufhörlich breitet sich die Ödnis aus Beton und Asphalt immer weiter aus. Alleine in Deutschland sind es täglich bis zu 30 Hektar lebendige Böden, die unter dem meist gefragten Baustoff begraben werden. Straßen, Plätze, Gewerbeflächen, Industrieanlagen und Häuser; riesige Teile der Erdoberfläche sind bereits versiegelt und Infrastrukturprojekte wie Staudämme, Autobahnen, Brücken, Flughäfen etc. verschlingen jährlich mehrere Milliarden Tonnen Beton zusätzlich.

All dies bleibt nicht ohne Folgen. Beton gilt als der Klimakiller schlechthin. Fast 10 Prozent des Kohlendioxids, das dieses System derzeit in die Luft bläst, stammen aus der Zementindustrie. Das ist fast dreimal so viel wie der Flugverkehr. Gleichzeitig verbraucht die Betonproduktion enorme Mengen an Ressourcen. Vor allem Sand, der für die Produktion unerlässlich ist, ist bereits heute knapp, weshalb weltweit Küstengebiete und manchmal ganze Inseln abgebaggert werden. Mit verheerenden Auswirkungen auf die umliegenden Ökosysteme. Ebenso hat die zunehmende Versiegelung von Böden katastrophale Folgen. Urbane Räume heizen sich immer weiter auf, während Regenwasser nicht mehr in der Erde versickern kann. Grundwasserspeicher füllen sich nicht wie bisher, was langfristig vielerorts zu Wasserknappheit führen wird oder es bereits getan hat. Dürre und Trockenheit sind das Ergebnis davon einerseits, während es an anderer Stelle durch immer häufiger auftretenden Starkregen zu Überflutungen und Erosionen kommt. Viel mehr als das noch, werden mit jedem weiteren Meter Beton, Lebensräume und Nahrungsquellen zerstört. Der Verlust von natürlichen Grundflächen und der Mangel an Vegetation führen zu einem Rückgang der Biodiversität, was Einfluss auf viele Tier- und Pflanzenpopulationen hat und die Ausrottung einzelner Arten zur Folge haben wird.

Schade, dass Beton nicht brennt

Beton ist zum Symbol einer ganzen Epoche geworden. Eine Epoche, in der der Kapitalismus seine Expansion bis in den letzten Winkel der Erde



feiert und diesen Sieg in den Machtzentren der Metropolen in Form monumentaler Bauten in Beton gegossen hat. Über ein wachsendes Netz aus Straßen, das der Ausbeutung und Verwertung von Mensch und Natur im industriellen Umfang erst den Weg ebnete, hat sich das Ungetüm namens „Zivilisation“ einmal rund um den Globus gefressen.

Seit jeher gibt es aber auch Widerstand dagegen. Im Globalen Süden, wo die Auswirkungen des Klimawandels bisher am deutlichsten zu spüren sind und die westliche Vorherrschaft durch die Ausbeutung von Ressourcen und Arbeitskräfte seine neokoloniale Fortsetzung findet, gibt es unzählige Konfliktherde. Revolten, die durch existentielle Bedrohungen entfesselt werden, in denen Menschen sich mit allen erdenklichen Mitteln der Zerstörung entgegenstellen. Ironischerweise liegen die Ursachen solcher Auseinandersetzungen aktuell nicht selten in der Erschließung neuer Märkte für sogenannte „grüne Technologien“ und dem Hunger nach Rohstoffen, der auch mit diesen einhergeht. Wenn wir hier Verantwortliche für dieses Elend anvisieren, tun wir das an der Seite all jener, die keine Wahl haben. Denn als Alternative zum Widerstand bleibt vielen nur die Optionen von Flucht oder Tod.

Daher wirkt es fast schon zynisch, wenn sich Teile der Klimabewegung hierzulande vor allem dadurch auszeichnen, wohl gemeinte Bitten an die Politik zu stellen, die uns das ganze Schlamassel erst eingebracht hat und keinerlei Interesse zeigt, ihre Privilegien und den Wohlstand aufgeben zu wollen. Diese Aktivist*innen tapen dabei in die Falle, den bürgerlichen Moralvorstellungen mit ihrem verlogenen Bekenntnis zum Gewaltverzicht gefallen zu wollen. Das war nicht immer so. Während der Anti-Atom-Bewegung z.B. wurden bundesweit hunderte Strommasten umgesägt und Castortransporte waren nicht ohne massive Bahninfrastruktursabotage umzusetzen. Proteste gegen die Startbahn-West in Frankfurt a.M. oder gegen die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf wurden von regel-

die Frontseite und der Haupteingang großflächig verschönert. „Auf diesem Weg zeigen wir uns solidarisch mit den Beschuldigten im 129er-Verfahren in Nürnberg. Wer es nicht mitbekommen hat: die Staatsanwaltschaft konstruiert hier eine kriminelle Vereinigung, die zwar keinen Namen hat, aber gemeinsam Graffiti gemalt haben soll.“ 24.12.23: In der Nacht wurde in Heidenheim an der Brenz das Denkmal für den Faschisten Erwin Rommel mit roter Farbe umgestaltet. Jetzt ist dort „Nazisau“ und „Antifa“ zu lesen. „Wir lassen uns nicht von einer Kunstinstallation, welche an die tausenden Minenopfer von Rommel erinnern soll beschwichtigen.“ 24.12.23: Zahlreiche Turkish Airlines Büros in Berlin wurden mit Farbbomben und einem neuen Schriftzug verschönert. Turkish Airlines unterstützt durch ihre Einnahmen direkt die türkische Regierung und den Faschisten Erdogan, welcher mit den dadurch gewonnen Geldern einen brutalen Krieg gegen die Bevölkerung von Nord-Ost Syrien/Rojava führt. 24.12.23: In Chemnitz wurde das „Haus für

mäßigen Krawallen begleitet an denen sich tausende Menschen beteiligten. Warum also sind diese Auseinandersetzungen gerade jetzt, wo es notwendiger denn je ist, so konform und angepasst? Wenn wir die Erdzerstörung durch die industrielle Maschine nachhaltig stoppen wollen, wird kein Weg an der Konfrontation mit dieser Gesellschaft, die aus der erbarmungslosen Ausbeutung hervorging und dem blinden Fortschrittsglauben erlegen ist, vorbei führen. Schade, das Beton nicht brennt.

Das schmutzige Geschäft mit dem grauen Gold

Mit dem Angriff auf das Unternehmen CEMEX haben wir einen der größten Betonhersteller der Welt getroffen. Die CEMEX Deutschland AG ist der Muttergesellschaft CEMEX S.A.B. de C.V. mit Sitz in Mexiko angegliedert und verfügt weltweit über 64 Zementwerke, 1.348 Transportbetonwerke, 246 Steinbrüche, 269 Vertriebszentren und 68 Schiffsterminals. Das Unternehmen ist in über 50 Ländern an Infrastruktur- und Großbauprojekten beteiligt. So auch an der umstrittenen Erweiterung der Berliner Stadtautobahn A100. Ein 560 Millionen Euro Grab, das uns die Regierung vor die Tür geklotzt hat. CEMEX ist mit der Herstellung und Anlieferung der rund 170.000 m³ Beton einer der großen Profiteure dieses Monsters, dass nun eine Schneise mitten durch die Stadt schlägt und schon bald eine lärmende Blechlawine beim Treptower Park ausspucken wird.

Neben der üblichen Umweltzerstörung, die zum täglichen Geschäft dieser Branche gehören, hat CEMEX mit Blick auf den Nahen Osten aber noch eine andere, besonders blutige Geschichte vorzuweisen, die wir gerade jetzt, wo in Gaza erneut ein verheerender Krieg tobt, erwähnen wollen. 2005 hat Cemex das Israelische Unternehmen Readymix Industries geschluckt, welches Beton für die israelischen Mauer geliefert hat und sich am Bau von militärischen Kontrollpunkten im Westjordanland, darunter die Kontrollpunkte Hawara und Azun-Atma, beteiligte. CEMEX verdient

am Bau von illegalen Siedlungen und Außenposten im Westjordanland und betreibt dort Zementwerke in Mevo Horon, Atarot und Mishor Edomim, sowie in Katzerin auf den Golanhöhen. Damit macht sich das Unternehmen zum Handlanger und Verbündeten der extrem-rechten Politik Netanyahus und seiner religiös-fanatistischen Anhänger*innen in den Siedlerkolonien. Diese Strukturen dienen vor Allem dem einen Ziel; den Palästinenser*innen auf diesem Stück Land mittels Schikane, Unterdrückung, Gewalt und Vertreibung eine würdevolle Existenz unmöglich zu machen, was diese schlimmsten Falls mit ihrem Leben bezahlen. Das unbeschreibliche Leid, das diese Politik zur Folge hat, ist mit nichts zu rechtfertigen.

Trotzdem werden wir uns davor hüten diesen Krieg im Nahen Osten nach einem simplen Schwarz-Weiß-Schema von Gut und Böse verstehen zu wollen. Wir sind sowohl von dem abscheulichen Bombenterror der israelischen Armee gegen die Zivilbevölkerung Gazas angewidert, als auch von den Massakern der Hamas. Auch wenn dieser Kampf und die Opferzahlen sehr ungleich sind, ist es fatal das Leid der einen mit dem Leid der anderen aufrechnen zu wollen. Anstatt „die eine Meinung“ oder Fahne hochzuhalten, die scheinbar frei von Widersprüchen ist, richten wir unseren Blick auf diejenigen, die ökonomischen Profit aus dieser kriegerischen Politik ziehen und sich an Militarismus und rassistischer Unterdrückung bereichern. Auch deshalb greifen wir CEMEX an. Und das tun wir mit der größtmöglichen Empathie für das Leid und den Schmerz der Menschen, die unter dem andauernden Krieg und der zunehmenden Militarisierung in der Region leben müssen. Immer an der Seite derer, die für die Freiheit aller kämpfen, überall. Jenseits von Staat, Nation und Religion, und ihren todbringenden Grenzen und Armeen.

SWITCH OFF!

anonym

(Frankreich) Zementfabrik an der A69 brennt

Obwohl die Demonstration gegen die Autobahn A69 Castres-Toulouse am Samstag, den 21. Oktober, weitgehend friedlich verlief, kam es am Rande des offiziellen Demonstrationszuges zu mehreren bemerkenswerten Zwischenfällen. Insbesondere wurden zwei Unternehmen ins Visier genommen: eine Zementfabrik und ein Bauträger, sowie eine Tochtergesellschaft eines örtlichen Unternehmens für öffentliche Arbeiten.

Als sich der offizielle Demonstrationszug in Bewegung setzte, nahmen mehrere hundert Demonstrant:innen eine andere als die von der Präfektur genehmigte Route. Von La Crémade aus durchquerten sie das regionale Naturschutzgebiet und gelangten auf der Höhe von Cambounet-le-Sor,

einer Gemeinde, in der mehrere Unternehmen ansässig sind, auf die RN126. Dort gelang es den Demonstranten, zwei 900 m voneinander entfernte Standorte zu stürmen: die Zementfabrik Carayon und den Immobilienentwickler Bardou Promotion. Auf dem Gelände des Zementwerks wurden eine Baracke, drei Betonmischfahrzeuge und eine Baumaschine in Brand gesetzt. Auf dem zweiten Gebäude wurden die Fenster von dem Gebäude eingeworfen und die Zäune niedergerissen. Die Demonstrant:innen zogen sich anschließend sofort wieder in das Protestcamp zurück.

(aus La Dépêche, 21. Oktober 2023)

das Leben“ mit roter Farbe und der Parole „Hätt' Maria abgetrieben, wärt' ihr uns erspart geblieben!“ markiert. Außerdem wurden Kleiderbügel an die Bäume gehängt. Das Haus gehört den Fundis der christlichen Abtreibungsgegner-Organisation KALEB. „Patriarchat überwinden, §218 Abschaffen, Christliche Fundamentalist*innen nicht in Ruhe lassen!“ 25.12.23: Um der Ressourcenverschwendung Einhalt zu gebieten wurden in Potsdam mehr als 60 SUVs platt gemacht. „Potsdam führt die Liste der deutschen Städte mit dem höchsten Anteil an SUVs an allen zugelassenen Autos an und hat sich so den unrühmlichen Titel „SUV-Hauptstadt Deutschlands“ verdient.“ 29.12.23: In Berlin wurden weitere 50 Spritfresser mithilfe von Kies im Ventil tiefer gelegt. 29.12.23: Das Gericht in Köln wurde mit dem Graffiti „Klassenjustiz“ versehen. Den Passant:innen und den Menschen, die das Amtsgericht besuchen müssen, wollten die Aktivist*innen eine Bestätigung geben: „Euer Gefühl stimmt! In diesem Gebäude wird kein Recht gesprochen.“

Disrupt Sehring – Kieswerk sabotiert

Dokumentation

Vergangenen Samstag, den 3.2.24, haben dutzende Klimaaktivist*innen das Kieswerk bei Langen nahe Frankfurt sabotiert. Mit ihrer Aktion stellen sie sich der anhaltende Klimazerstörung des Betreibers Sehring aktiv entgegen. Die Bau- und Gebäudebranche verursacht 38 % aller weltweiten Treibhausgasemissionen, insbesondere durch den klimaschädlichen Baustoff Beton. Damit ist der in Langen abgebaute Kies als Hauptbestandteil von Beton der Antreiber einer Bauindustrie ohne Maß und ohne soziales oder ökologisches Gewissen.

Bei ihrer Aktion verschafften sich die Aktivist*innen Zugang zum Gelände, schnitten die Förderbänder durch und beschädigten einige Maschinen. Lisa Müller erklärt dazu: „Wir müssen der ökologischen und sozialen Zerstörung der Bauindustrie schnell und wirksam dort begegnen, wo sie passiert. Das bedeutet für uns die profitorientierte Produktion direkt zu sabotieren. Denn diese treibt nicht nur die Klimakrise mit dem dreckigen Baustoff Beton unaufhaltsam weiter an. Sie sorgt durch Abriss statt Sarnierung und Bau von Bonzenwohnungen für Verdrängung und menschenfeindliche, zubetonierte Städte.“ Beispielsweise entstehen deutschlandweit jährlich 200 Millionen Tonnen Bauabfälle bei Abriss und Aushub – das entspricht der Hälfte des deutschen Müllaufkommens. Gleichzeitig werden in Deutschland jedes Jahr 517 Millionen Tonnen an Rohstoffen wie Kalk, Kies und Sand neu verbaut.

Das Unternehmen Sehring sticht außerdem in eine alte Wunde in Frankfurt und Region: Als Hauptzulieferer für den Neubau des Flughafenterminals 3 befeuert Sehring den langjährigen Konflikt um Lärmschutz, Luftverschmutzung und Waldzerstörung rund um den Frankfurter Flughafen. Özge Cidem dazu: „Sehring macht Zerstörung aus „Tradition“ und ist seit 1968 am Flughafenausbau beteiligt. Menschen vor Ort sind Sehring dabei genauso egal wie die Natur: Für den Kiesabbau wurden bisher 30,2 Hektar Wald gerodet, fast genauso viel soll noch zerstört werden. Und das, während z.B. im Frankfurter Stadtwald 98,5 % aller Bäume krank sind.“ Auch Recherchen des BUND zeigen: Zerstörung zieht sich als rote Linie durch



die Unternehmenspolitik. Laut BUND erfüllt Sehring die Wiederaufforstungs-Auflagen nicht und trägt damit aktiv zum Verlust des Waldes und der Biodiversität bei.

Am Flughafen Frankfurt zeigt sich auch die Kurzsichtigkeit und Menschenfeindlichkeit von Bauindustrie und profitorientierter Wirtschaft: Terminal 3 soll das alte Terminal 1 ablösen, um weiter als Schaltstelle einer Überflussproduktion globaler Lieferkette und wichtiger Abschiebeflughafen dienen zu können. Die Klimaaktivist*innen betonen, dass es ein radikales Umdenken in der Baubranche, Wirtschaft und Politik braucht. Kim Grünholt sagt dazu: „Unsere Aktion reiht sich ein in die Proteste gegen die Startbahn West, den Widerstand in Lützerath und Kämpfe von Aktivist*innen auf der ganzen Welt für ein gutes Leben für alle. Deshalb leisten wir Widerstand gegen die industriellen Prozesse und die Politik, die uns die Misere aus ökologischer und sozialer Krise erst gebracht haben. Wir wissen, dass eine andere Art des Zusammenlebens möglich ist. Für uns ist klar: Wir müssen es selber machen. Wir zerstören was uns zerstört und wir bauen auf, was uns aufbaut.“

<https://switchoff.noblogs.org/post/2024/02/03/disrupt-sehring-kieswerk-sabotiert/>

Feuer in Kieswerk Kirchseeon

Einen Tag nach dem verheerenden Brand in einem Kieswerk im Kirchseeoner Ortsteil Buch geht die Polizei von vorsätzlicher Brandstiftung aus. Das habe die Brandortbegehung durch Kräfte der Kriminalpolizei Erding und des Landeskriminalamts ergeben, berichtete am Dienstag, 6. Februar, ein Sprecher des Polizeipräsidiums Oberbayern-Nord. Es hätten mehrere

Brandausbruchstellen auf dem Gelände des Kieswerks festgestellt werden können.

Bei dem Brand, der in den frühen Morgenstunden des Montags, 5. Februar, ausgebrochen war, ist ein Schaden in mindestens sechsstelliger Höhe

03.01.24: In Hannover wurde die Landesbehörde für Straßenbau angegriffen. Diese ist verantwortlich für den Ausbau des Südschnellwegs und die Räumung der besetzten „Leinemasch“. Ein Naturschutzgebiet was dem Straßenbauprojekt weichen soll. Die Angeifer*innen zerstörten die Glassfassade des Eingangs und 10 weitere Scheiben. „Leinemasch bleibt!“ **13.01.24:** In der Nacht wurde an der „Glückauf“-Halle in Duisburg die Eingangstüren mit Ketten, Vorhängeschlössern und die Schlüssellocher mit Kleber verschlossen, um den Ablauf des Neujahresempfang der AfD-Duisburg zu stören. **19.01.24:** Nach der Räumung der Leinemasch Besetzung „Tümpel Town“ in Hannover brennt ein Auto der Autobahn GmbH. „In Gedanken an Tortugueta, getötet genau vor einem Jahr durch die Cops im Atlanta Forrest. In tiefer Verbundenheit mit den Kämpfen um die Wälder. Switch off the system of destruction!“ **19.01.24:** Auf der Baustelle der A100 Erweiterung in Berlin werden zwei Bagger angezündet. Die Saboteur*innen senden feurige Grüße

entstanden. Laut Polizei wurden eine Betriebshalle, ein Nebengebäude, zwei Radlader und mehrere Förderbänder beschädigt beziehungsweise zerstört. Verletzt wurde bei dem Brand niemand. Ein Großaufgebot der umliegenden Feuerwehren sowie Kräfte aus den Landkreisen München und Rosenheim waren mehrere Stunden im Einsatz. (...)

(aus merkur.de 7.2.24)



Anarchistische Tage Bremen

Aufständische Perspektiven auf die Klimakatastrophe

Ankündigung und Call for Content 06. bis 08. September 2024 im Alten Sportamt

„Wir sind alle verantwortlich für unseren Traum, den Himmel zu stürmen. Wir können uns jetzt nicht in Zwerge verwandeln, nachdem wir, Ellbogen an Ellbogen, jeder den Herzschlag des anderen spürend, davon geträumt haben, die Götter anzugreifen und zu stürzen. Das ist der Traum, der der Macht Angst macht.“ - Alfredo M. Bonanno (R.I.P. – 6.12.2023)

Wir wollen euch am ersten Septemberwochenende 2024 zu den Anarchistischen Tagen Bremen unter dem Motto „Aufständische Perspektiven auf die Klimakatastrophe“ einladen. Unserer Meinung nach sind explizit anarchistische Ideen in unserer Stadt unterrepräsentiert und das Potential für informelle, antiautoritäre Formen des Kampfes und der Organisation wird unterschätzt. Diese Ideen wollen wir versuchen mit diesem Treffen in Bremen besser sicht- und diskutierbar zu machen.

Weltweit finden seit Jahren Kämpfe gegen das zerstörerische System des Kapitalismus, gegen das blinde Rennen in die Klimakrise und für ein selbstbestimmtes Leben statt. Diese Kämpfe geben uns Mut, und dennoch, manchmal erscheint uns die Situation gegen und innerhalb derer wir kämpfen wie ein Abgrund, der uns schnell verzweifeln lassen kann. Aber uns ist auch klar, wir haben keine Zeit für Verzweiflung. Hoffnung ist eine politische, eine kollektive Entscheidung, eine gemeinsame Anstrengung um den Traum von einer wirklich anderen Welt nicht aus den Augen zu verlieren. Lasst uns sie gemeinsam treffen und den Himmel stürmen. Aber genug mit dem Pathos. Was wollen wir eigentlich?

Der Rahmen

Der Rahmen den wir schaffen möchten soll Inputvorträge zu vergangenen und gegenwärtigen Kämpfen und Erfahrungen beinhalten, dabei aber zu

Beginn und zum Ende des Wochenendes explizit Raum zur gemeinsamen Diskussion und Reflektion bieten. Daneben wird es bei Café, Bar und Essen auch Platz für informellen Austausch geben. Statt ein möglichst breites Portfolio an Inhalten aufzustellen wollen wir lieber wenige Veranstaltungen, die sich zu einem möglichst kohärenten Ganzen fügen.

Der Inhalt

Auf dem Weg die Anarchistischen Tage zu organisieren haben wir daher auch darüber diskutiert, auf welche Themen wir uns konzentrieren möchten. Mit einem groben „roten Faden“ wollen wir versuchen die einzelnen Workshops und Veranstaltungen zusammen zu verknüpfen und es Teilnehmenden damit ermöglichen an vorherige Diskussionen anzuschließen.

Staat und Kapital haben die Welt buchstäblich an den Rande des Kollaps geführt. Diese Erkenntnis hat in der Vergangenheit und besonders in den letzten Jahren schon unzählige Menschen auf die Straße, auf die Äcker, in die Wälder, in den Schutz der Nacht und in den Widerstand bewegt.

Bewegungen wie FridaysForFuture (FFF), Ende Gelände (EG) und den Waldbesetzungen haben es mit ihren großen Mobilisierungen geschafft den öffentlichen Diskurs zu verändern. Und zwar nicht nur darüber, dass die Klimakrise als Problem angesehen wird, sondern auch in Bezug darauf, was öffentlich als „legitime“ widerständige Aktion angesehen wird. Die Erstürmung des Kraftwerks „Schwarze Pumpe“ 2016 würde heute sicherlich auf einen ganz anderen Rückhalt in der Bevölkerung treffen. Und auch die Sabotage eines Baggers oder einer Pipeline trifft auf mehr Akzeptanz. Im Gegensatz dazu reagiert der Staat naturgemäß mit immer härteren Repressionen und teilweise leider erfolgreichen realpolitischen Befriedigungspolitiken. FFF und EG stoßen mit ihren bisherigen Taktiken

nach Hannover. „Switch off the system of destruction!“ 20.01.24: In Osterholz werden in der Nacht vor dem Auftritt von Frei.Wild-Sänger Phillipp Burger, in der dortigen Stadthalle die Schlösser verklebt und ein Gruß an der Fassade hinterlassen. 21.01.24: [Switch off] Bahnstreik verlängert. „Wir haben die sich überlagernden Streiks und Proteste zum Anlass genommen, vor 2 Wochen erneut die Bahngleise bei Düsseldorf Eller mittels eines Brandsatzes lahmzulegen. Sie konnten bis zum Beginn des Streiks im Güterverkehr nicht repariert werden.“ 26.01.24: In Kassel brennt der Kleinbus des örtlichen AfD-Kreisverbands. „Wir möchten, neben einer Antwort auf die regionalen Neujahrsempfänge der Partei, mit der Aktion auch einen Gruß an alle 27 Abgeordneten der AfD senden, die diesen Monat in den Landtag eingezogen sind. Mehr als gegen einzelne Funktionäre richtet sich unsere Wut aber gegen die voranschreitende Brutalisierung der Verhältnisse im Ganzen, gegen eine Zeit die den Begriff des Rechtsrucks mehr als verdient.“ 26.01.24:

an ihre Grenzen. Gleichzeitig bringen uns Nacht- und Nebelaktionen ohne Rückhalt und Öffentlichkeit auch nicht entscheidend voran – oder doch? Liegt unsere Schlagkraft vielleicht in der Diversität der Taktiken? Die Kampagne „Switch Off - the System of Destruction!“ setzt zum Beispiel direkt auf Angriffe und Sabotage gegen das System.

Eins ist klar: Wir müssen raus aus der Defensive. Wir brauchen dringend eine kreative und vor allem offensive Bewegung. Die Klimagerechtigkeitsbewegung ist aktuell eine der breitesten Bewegungen im deutschsprachigen Raum. Sie besteht aus formellen und informellen Gruppen, Einzelpersonen und Projekten die unzählige Besetzungen, militante klandestine Aktionen und Großmobilisierungen hervorgebracht haben. Wie können wir uns also massenhaft organisieren und dabei trotzdem unsere „Handlungsfähigkeit“ ausbauen? Wie kann ein Zusammenspiel von Kleingruppenaktionen und breiter Mobilisierungen stattfinden? Wie kann uns ein Blick in die Vergangenheit und in andere Bewegungen helfen? Was können wir da beispielsweise von dem teilweisen erfolgreichen Zusammenspiel während der Anti-AKW-Proteste lernen?

Von den ZAD-Besetzungen in Frankreich, bis zum Hambi, Danni und Lützi, von den Kämpfen der Sámi im Norden bis zu den Kämpfen gegen zerstörerische Großprojekte in Portugal haben wir gesehen, dass territoriale Kämpfe auch in Europa eine wundervoll chaotische und kraftvolle Dynamik entfalten können. Wie aber können wir diese Kämpfe in urbane Lebensräume tragen? Wie können wir angemessen auf die Klimakrise und die damit verbundenen multiplen Krisen des Kapitalismus reagieren? Reicht es einen Baum zu besetzen und Nachts eine Scheibe einzuwerfen? Wie können wir das Kapital und die Herrschenden zur Verantwortung ziehen?

Die Kämpfe ums Klima werden immer dringender. Gleichzeitig verschärft sich die Repression und verengt unsere Handlungsspielräume: Um als Terrorist*innen abgestempelt zu werden reicht es eine Straße zu blockieren. Antifaschistischer Selbstschutz wird wichtiger: Reaktionäre Impulse auf alles was mit „Ökologie“ zu tun hat und rassistische Diskurse gegen Klimamigration bestimmen die vermeintliche Öffentlichkeit. Wie können wir in Zeiten der autoritären Wende, im Zeichen eines europaweit aufstrebenden Faschismus mit unseren Aktionen handlungsfähig bleiben? Wie setzen wir uns gegen immer schärfer werdende Repressionen und Überwachungen zur Wehr? Verengen sich unsere Handlungsspielräume tatsächlich, oder verschieben sie sich nur?

All diese und weitere Fragen wollen wir uns mit euch im September gemeinsam stellen. Mit den Workshops, Skillshares und Veranstaltungen wollen wir uns nicht streng auf die ökologischen Kämpfe beschränken, sondern vielmehr die Fragen aus der konkreten Bewegung heraus in und mit anderen Kontexten gemeinsam diskutieren. Denn der Klimawandel ist nicht nur ein „Ökothema“. Es geht nicht nur um Wälder, fossile Energien und CO2. Es geht um eine herrschaftsfreie und gerechte Welt. Es geht um sichere Fluchtrouten, um Antimilitarismus, um den Kampf gegen koloniale Kontinuitäten, um einen militanten Antifaschismus, um den Kampf gegen das Patriarchat und um eine klare Antistaatlichkeit. Es geht um das gute Leben für Alle.

Call for Content!

Wie können wir dazu beitragen auch in Städten dynamische und chaotische Bewegungen loszutreten, die auf der Initiative von vielen beruhen? Mit welchen neuen Realitäten konfrontiert uns der Klimawandel, auch hier in Bremen und wie können wir darauf reagieren? Was braucht es damit mehr Menschen sich empowert fühlen um gegen die Zerstörung der Erde Hand anzulegen? Wie können wir uns (auch konkret in Bremen) aufeinander beziehen ohne zwangsläufig eine Organisation zu bilden? Unzählige Fragen lassen sich formulieren. Stellt ihr euch vielleicht andere? Dann lasst uns fragend voranschreiten...

Um schon vor dem Wochenende in einen Austausch zu kommen wollen wir dazu aufrufen, euch bereits jetzt schon zu den Fragen Gedanken zu machen. Die eingereichten Textbeiträge wollen wir vor dem Kongress online auf einschlägigen Seiten und in Form einer Broschüre veröffentlichen.

Das genaue Programm steht natürlich noch nicht fest und bildet sich mit euren Gedanken, Texten und Anmerkungen weiter. Also schreibt uns eure Texte und Ideen gerne an unsere E-Mail-Adresse!

Wann und wo?

Die Anarchistischen Tage Bremen werden vom 06.-08. September 2024 im Alten Sportamt stattfinden. Details folgen später, ganz herzlich eingeladen seid ihr alle allerdings jetzt schon!

Für Fragen, Texte und Ideen wendet euch bitte an:

a-tage-bremen@riseup.net

Auf dem Gelände in der Rummelsburger Bucht in Berlin wurde 2021 ein Camp von Obdachlosen geräumt um hier ein Luxus Hotel zu errichten. Auf der nun begonnenen Baustelle bringen 1,5L Benzin einen Bagger zum brennen. Ein komplizierter Gruß an die „Wütenden Vögel“ in Düsseldorf! Für die Freiheit von allen anarchistischen Gefährt*innen, die in den Verliesen des Kapitalismus für ihre Ideen und Taten sitzen! „Für mehr bahnbrechende Aktionen und Sabotagen! „Switch-Off“ hier und überall“ 29.01.24: „In der Nacht haben wir pünktlich zum Prozessbeginn gegen Antifas in Budapest das Auto des 3. Weg Aktivisten Mario Wetzels zerstört. Wir schlugen die Seitenscheibe ein und warfen eine Plastikflasche mit 0,5 l Buttersäure in das Auto, an der zwei Vogelschreck-Böller mit Kabelbinder befestigt wurden. Wir sponsern schließlich gerne einen neuen Fahrzeugduft!“ 30.01.24: In Berlin wird ein Auto der diplomatischen Vertretung Griechenlands von Anarchist*innen abgeackelt. Der Angriff gilt nicht einem spezifischen Diplomaten, sondern

Löcher in LNG-Pipeline

1,6 Mio Schaden und massive Bauverzögerung



An mindestens acht Stellen entlang der rund 55 Kilometer langen Trasse (zwischen Brunsbüttel und Hetlingen im Kreis Pinneberg, südlich von Hamburg) sollen rund ein Zentimeter große Bohrlöcher entdeckt worden sein. Die Löcher wurden bei elektronischen Kontrollen der Röhren festgestellt und am 28. November 2023 der Polizei gemeldet. Die Löcher in der stählernen Gasleitung seien von außen kaum zu erkennen gewesen, da sich der darüber liegende Kunststoffüberzug nach dem Bohren wieder zusammengezogen habe.

Durch die mutmaßliche Sabotage entstand ein Schaden von mindestens 1,6 Millionen Euro. Die Funktion der Pipeline besteht darin, Flüssigerdgas von einem Terminal vor Brunsbüttel entlang der Elbe zu einem Einspeisepunkt ins Fernleitungsnetz zu transportieren. Die Fertigstellung der Pipeline mit dem Namen „ETL 180“ war ursprünglich für Ende 2022 vor-

gesehen – im Januar 2023 war bereits das schwimmende LNG-Terminal in Brunsbüttel angekommen.

Wichtige Energiestrassen wie die norddeutsche Pipeline, die flüssiges Erdgas (LNG) von einem Terminal an der Nordsee ins Landesinnere leiten soll, gelten als kritische Infrastruktur. Sabotageaktionen an solchen Einrichtungen fallen in den Zuständigkeitsbereich der Bundesanwaltschaft.

Der Bau der LNG-Pipelines ist hochumstritten. Im April 2023 wurde in der Nähe der Ortschaft Groß Nordende ein angesägtes Rohrelement entdeckt. Im August 2023 blockierten etwa 50 Klimaaktivistinnen und -aktivisten des Bündnisses „Ende Gelände“ in Wilhelmshaven einen Teil der Baustelle und besetzten Baumaschinen. Im August wurden zudem Baumaschinen bei Büttel im Kreis Steinburg schwer beschädigt, wobei ein Sachschaden von rund 500.000 Euro entstand.

Verschiedene Umweltschutzgruppen, darunter Greenpeace, wollen den Bau des Terminals für Flüssig-Erdgas verhindern. Sie kritisieren die Pläne von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck, die Einstufung als „Wasserstoff-Ready“ sei nur „Greenwashing“. Die Umweltverbände BUND und Nabu forderten, die Planungen für LNG-Terminals zu reduzieren. Diese seien angesichts des Ausstiegs aus fossilen Energien überdimensioniert.

(Zuschnitt aus diversen Tageszeitungen)

Vulkangruppe Tesla abschalten! Anschlag auf Stromversorgung

Dokumentation

Wir haben heute Tesla sabotiert. Denn Tesla in Grünau frisst Erde, Ressourcen, Menschen, Arbeitskraft und spuckt dafür 6000 SUVs, Killermaschinen und Monstertrucks pro Woche aus. Unser Geschenk zum 8. März heißt, Tesla abzuschalten.

Denn die komplette Zerstörung der Gigafactory und mit ihr das Absägen von „Technofaschisten“ wie Elend Musk sind ein Schritt auf dem Weg der Befreiung vom Patriarchat.

Die Gigafactory ist durch ihre extremen Ausbeutungsbedingungen bekannt geworden. Die Fabrik versucht das Grundwasser und verbraucht für ihre Produkte riesige Mengen der ohnehin knappen Trinkwasserressource. Ohne Skrupel wird dem Land Brandenburg-Berlin für Tesla das Wasser abgegraben. Die Kritiker:innen in den Wasserwerken, die Anwohner:innen, die Ökoaktivist:innen werden mundtot gemacht. Zahlen werden geschönt. Gesetze gebeugt. Menschen betrogen. Dabei lehnt ein großer Teil der Bevölkerung rund um Grünheide die Gigafactory wegen Wasserraub und Gentrifizierung ab. Nach wie vor ist der Protest und

der Beziehung zweier rassistischer und mörderischer Staaten. „In Gedenken an Oury Jalloh, der am 7. Januar vor 19 Jahren gefesselt und mit Knochenbrüchen lebendig in einer Polizeizelle angezündet wurde. PS: Für die sofortige Freilassung von Nikos Maziotis und Solidarität mit Pola Roupa!“ 02.02.24: In Leipzig werden in Reaktion auf die andauernden Luftangriffe durch den türkischen Staat in Nord-/Ostsyrien sowie in Südkurdistan/Nordirak eine DITIB-Moschee (der AKP/MHP nahestehender Verband) und das Büro der Grünen mit Farbe markiert. Außerdem wurde ein Transpi mit der Aufschrift „Deutschland finanziert, Erdogan bombardiert!“ aufgehängt. „Die Ziele sollten damit die vielfältige Mittäterschaft in Deutschland thematisieren, denn während die türkische Armee zivile Ziele anfliegt und vernichtet, also faktisch Kriegsverbrechen begeht, hüllen sich sämtliche verantwortlichen Politiker:innen in Schweigen“ 04.02.24: Auf der Fassade einer Immobilie von Padovicz (Investor und „Eigentümer“ der Liebig 34) werden mehrere Feuerlö-

Widerstand ungebrochen. Und er wächst, denn Gründe gibt es mehr als einen. Neben der schmutzigen Batteriefabrik will Tesla jetzt sein Werksgelände um weitere 100 Hektar erweitern, unter anderem für einen Güterbahnhof. Eine Erweiterung der Lager- und Logistikflächen direkt am Werk (inklusive der Möglichkeit einer intensiven Bahnlogistik), soll zu einer Stabilisierung der Lieferketten und Produktion beitragen. Die ist gerade beeinträchtigt, weil die Lieferungen aus den Zwangsarbeiterlagern in China nicht den direkten Weg durchs Rote Meer nehmen können. Das Wirtschaftsministerium Brandenburg frisst Tesla aus der Hand, trotz vieler Gründe, jede Genehmigung zu verweigern. Wichtig einzig: der Wirtschaftsstandort Brandenburg floriert.

Tesla ist ein Symbol für „grünen Kapitalismus“ und einem totalitären technologischen Angriff auf Gesellschaft. Der Mythos vom grünen Wachstum ist nur ein schmutziger ideologischer Zaubertrick, um innenpolitisch die Reihen gegen Kritik zu schließen. Man suggeriert einen Ausweg aus der Klimakatastrophe. Doch „Grüner Kapitalismus“ steht für Kolonialismus, Landraub und eine Verschärfung der Klimakrise! Die Lithium-Batterien kommen aus giftigen Minen in Chile und verschlingen andere seltene Metalle, was Elend und Zerstörung für die Menschen in den Abbaugebieten bedeutet. So wird für die Batteriefabrik in Grünheide bei Berlin der seltene Rohstoff Lithium benötigt, abgebaut zum Beispiel auch in Bolivien. Zur Durchsetzung des Lithiumabbaus in Bolivien legt Musk die Karten auf den Tisch: „Wir werden putschen, wenn wir wollen“ und kommentiert damit den indigenen Widerstand gegen den Abbau. Bodenschätze werden zu brutalen Bedingungen der Erde entrissen. Der „green deal“ ist nur die Ausweitung eines ökonomischen Wachstums ohne Grenzen. Auch in Portugal wehrt sich die Landbevölkerung gegen den forcierten Abbau von Lithium.

So wie man sich der Erde bedient und sie täglich vergewaltigt, so hält Tesla es auch mit den Menschen. Und lässt Zwangsarbeiter:innen überall in der ganzen Welt, wie beispielsweise uigurische Menschen in China für sich (tot)schufte(n) (wie VW auch), die das rassistische chinesische Regime dem Konzern für seine Produktion serviert. Selbst in Grünheide gelten die Arbeitsbedingungen als katastrophal. Erst kürzlich wurde ein Betriebsrat der IG Metall in Grünheide entlassen. Trotz eines von Tesla installierten gelben Betriebsrats dringen die Zustände in der Fabrik nach außen. Um Unfallstatistiken zu schönen, werden Menschen statt mit einem Notruf und Krankenwagen mit einem Taxi ins Krankenhaus gebracht. Interne Widersacher werden gekündigt und falls sie sich juristisch wehren, werden sie in einen juristischen Vergleich gezwungen. Die Entschädigung dient dann als Maulkorb, um zum Beispiel über Androhung von Vertragsstrafen die öffentliche Thematisierung einer rassistischen Kündigung abzuwürgen. Für das Geld hat der Gekündigte die Fresse zu halten – so das Kalkül.

Der totalitäre technologische Angriff sieht dann wie folgt aus. Ein Teslafahrzeug ist ein Überwachungsgerät des öffentlichen Raums. Es ist rund herum mit hochauflösenden Kameras durch Samsung ausgestattet. Sam-

sung ist ein Konzern, der unter anderem in Waffentechnologie führend ist. Laut Herstellerangaben nehmen die Kameras bis zu 250 Meter weit auf. Im „Wächtermodus“ filmen sie alles im Umkreis des Fahrzeuges und garantieren auch bei der Fahrt die Überwachung des Fahrers. Der Fahrer ist bereits unentgeltlicher integraler Bestandteil des Tesla-Universums und Versuchskaninchen. Die Künstliche Intelligenz wird jede Regung und jeden Fehler des Fahrers registrieren und zu Geld machen, um die Software für autonomes Fahren mit den Daten zu trainieren.

Tesla militarisiert die Straße. Seine fahrenden Panzer sind Kriegsgerät. Das Auto als Waffe. Die Straße das Schlachtfeld. Tesla hat statt 9mm jetzt 856 PS in die Welt gesetzt: „Wenn sie in Streit mit anderen Autos geraten, wer-



den Sie gewinnen.“ so Elend Musk. Ein Tesla ist Statussymbol, Statement und Propaganda zugleich: Für Menschenverachtung, grenzenlose Zerstörung durch „Fortschritt“ und eine imperiale, patriarchale Lebensweise.

Wer sich einen SUV kauft, ist höchstwahrscheinlich ein Anhänger einer imperialen Lebensweise, der bis zum bitteren Ende von dem Irrsinn profitieren will. In dem heimlichen Poesiealbum einer jeden Aktivistin sollte ein abgewrackter Tesla nicht fehlen. Kein Tesla auf der Welt soll mehr sicher sein vor unserer flammenden Wut. Jeder Tesla, der brennt, sabotiert die imperiale Lebensweise und zerstört faktisch das immer enger wer-

scher entleert und der Schriftzug „Hate Padovicz Liebig 34 lebt!“ hinterlassen. **05.02.24:** Bei der Gewerkschaft der Polizei in Berlin klirren die Scheiben bei zwei Dienstaautos. Ein Graffiti-Gruß und entleerte Feuerlöscher im Innenraum inklusive. **06.02.24:** Autonome Gruppen greifen in Bremen zwei Autos der Deutschen Bahn an. „Wir hatten gestern Nacht eine Verabredung, um mit Brandsätzen zwei Fahrzeuge der Deutschen Bahn anzuzünden. Der Konzern steht nicht nur für überteuerte Zugverbindungen und marode Infrastruktur, sondern ist tief verstrickt in Rüstung, Ausbeutung, und Neokolonialismus. Konkret haben wir die DB angegriffen, um die Kämpfe um Tren Maya in Mexico sichtbar zu machen.“ **12.02.24:** In Waldems im Rhein Main Gebiet wird das Haus des Nazis Günter Kümel besucht. Sein Arbeitszimmer wurde unbrauchbar gemacht und die Garage besprüht um ihn als Faschist und Mörder zu outen. Kümel erschlug 1965, am Rande einer Demonstration in Wien, den Antifaschisten Ernst Kirchwegger. Vor dieser Tat schon war er an

dende Netz einer lückenlosen smarten Überwachung jeder menschlichen Lebensäußerung.

Armeen nutzen Teslas Starlink-Satellitensystem in ihren Kriegen. So in der Ukraine. Auch Russlands Armee greift auf Starlink-Satellitenterminals aus Drittstaaten zu, um Angriffe durchzuführen. Auch Israel nutzt zum Mord in Gaza das Starlink-Satellitensystem. Teslas Starlink-Infrastruktur ist ein militärischer Akteur. Aufgerollt wie eine Perlenkette aus Müll durchpfügen sie den Himmel, um die Überwachung total zu machen.

Reden wir über einen Mann, der zu Staub zerfallen wird, auch wenn er lieber unsterblich wäre: Elend Musk.



Für Männer wie ihn ist das Schimpfwort noch nicht erfunden, das sie treffend in ihrer Arroganz, Menschenverachtung und antisozialen Gier nach Macht und Anerkennung beschreiben könnte.

Er macht aus seinem Chauvinismus kein Hehl. Seine Propaganda-Plattform X ist das Mittel zum Zweck. Hier versammelt er Anhänger:innen einer imperialen Lebensweise. Hier vergewissern sich die Antisemit:innen, Antifeministen, Autoritären, Chauvinist:innen, Faschist:innen und Anhänger:innen des Hass' gegen „Fremde“. Hier organisieren sie sich mit

ihrer elitären Sichtweise auf die Welt und als Herrenmenschen. Hier treffen die Arier der AfD ihresgleichen.

Wenn Elend Musk den Antifeministen und neoliberalen Präsidenten Argentiniens auf X bejubelt, dann, weil man sich vermännert. Diesbezüglich gibt es keine Scheu, man hat sich entschieden auf der Seite eines todbringenden Maskulinismus zu stehen und eine Bluts spur hinter sich her zu ziehen, wie ein menschenfressendes Ungeheuer.

Elend Musk ist der neue Typus eines neoliberalen und patriarchalen, neokolonialen Raubtierkapitalisten dieses Jahrhunderts, der sich anderer Mittel bedient als die Ausbeuter vor ihm im letzten Jahrhundert. Es ist ein invasiver Zeitgeist, der die selbst-fabrizierten ökonomischen Krisen der Verwertung benutzt, um die nächste Zerstörung in Angriff zu nehmen. Er tritt nur in die vorbereiteten braunen Fußspuren anderer patriarchaler Pioniere. Schon der „Autobauer“ Henry Ford war ein Bewunderer der Nazis mit ihren „Volkswagen“ und ihrer effizienten Organisation der Industrie. Das Werk in Wolfsburg wurde auf den Rücken der Zwangsarbeiter:innen betrieben. Jeder Deutsche sollte einen Volkswagen bekommen können, um wahlweise auf der neuen Autobahn mit dem Auto oder dem Panzer ins Ziel zu kommen. Ford, inspiriert von der Effizienz deutscher Arbeitsorganisation, übertrug die Ideen auf sein Imperium in den USA. Bekannt wurde der Angriff auf die Arbeiter:innen und die Ökonomisierung der Ausbeutung auch als „Fordismus“.

Das beinhaltete die Arbeitsorganisation und Fließbandarbeit – Massenproduktion bei gleichzeitigem Massenkonsum des Autos. Das auch als Taylorismus bezeichnete Modell war auch ein Klassenkampf von oben. Elend Musk verbindet die invasiven technologischen Möglichkeiten unserer Zeit mit seinem mysogynen Weltbild, dem patriarchalen Extremismus und mit der für seine Kaste üblichen totalitären Einstellung. Als „Autobauer“ steht er als Wiedergänger in historischer Tradition. Zeitgemäß agiert er als „Technofaschist“.

Statt das Auto auf dem Müllhaufen der Geschichte zu verschrotten und den kostenlosen Öffentlichen Personenverkehr auszubauen, wird nur die Antriebstechnik ausgewechselt, vom Verbrennungs- zum Elektromotor, um den Individualverkehr zu retten. Die imperiale Lebensweise ist wirtschaftlich lukrativer.

Die Machtstellungen erlauben patriarchalen „Visionären“ wie Elend Musk, im schrecklichsten Sinne mit den „fortschrittlichsten“ Formen der Ausbeutung und mit der zur Verfügung stehenden Ressource „Mensch“ zu experimentieren. In neue Gefilde erobernd und ungefragt vorzustoßen und die Erde zu penetrieren. In den Weltraum, in die Himmel, in den öffentlichen Raum, in unsere Köpfe – nichts lässt der Vergewaltiger unberührt. Das neurotechnologische Unternehmen Neuralink soll menschliche Gehirne mit Maschinen verknüpfen. So wird an Tieren erprobt, wie Gedanken-

Sprengstoffanschlägen beteiligt und ist bis heute in rechten Medien aktiv. „Rechten Terror gemeinsam bekämpfen, Antifa Enternasyonall! Nehmt FaschistInnen ihre Rückzugsräume – wir vergessen nicht, wir vergeben nicht!“ 14.02.24: In Freiburg i. B. Werden in der Nacht rund 100 SUVs entlüftet und Handzettel an der Windschutzscheibe hinterlassen. 14.02.24: „In der vergangenen Nacht schrieben Aktivist_innen „Sauberes Gas dreckige Lüge“ auf die Säulen des Heizkraftwerks in Leipzig-Connewitz“ 15.02.24: „In den Morgenstunden des 15. Februar haben wir in Berlin einen Mercedes-Transporter des französischen Rüstungsunternehmens Thales in Brand gesetzt. Für die Unterdrückten in Gaza und Palästina einzustehen ist ein Frage der Würde.“ 17.02.24: Farbbeutel in kurdischen Farben und die Sprüche: „Kriege beginnen hier! Kein Frieden im Kaitalismus! Hoch die internationale Solidarität!“ zieren nun die Fassade des Rüstungsunternehmens ESG in München. Und das obwohl gerade Sicherheitskonferenz ist. ESG gehört zum Konsortium des

ströme ausgelesen werden können. Genauso wie SpaceX und Tesla strebt auch Neuralink eine langfristige Perspektive an, in der Menschen unterschiedlich viel wert sind. In der manchen ein besseres Leben innerhalb der schon anwesenden ökologischen Katastrophe zusteht.

Selbst wer nicht auf X, vormals Twitter unterwegs ist, wer nur durch die öffentlichen Straßen läuft, wird trotzdem von diesem elenden Mann und seinen Kameras und seiner Propaganda angefasst. Die Machtpositionen erlauben einen permanenten Übergriff, ein invasives Verhältnis gegenüber allen Lebens, das nur noch durch entschiedene Gegenwehr gestoppt werden kann. Der „technologische Fortschritt“ der Epochen bietet ihnen, den „Technofaschisten“, ein Tool an Möglichkeiten, mit der der Ausbeutung und unbeschreiblichen Zerstörung des Planeten immer noch eins oben drauf gesetzt wird.

In seiner Machtfülle kann dieser Typus manchmal wie ein Staatschef agieren, ohne gewählt worden zu sein. Der über die nötigen Produktionsmittel und die Ressource „Mensch“ verfügt, um politische Entscheidungen zu treffen. Dieser Typus kann Staatschefs kaufen oder Parteien an die Macht bringen, selbst wenn sie Hitler heißen. Dieser Typus ist Drahtzieher hinter den angeblichen Entscheidungsträgern von Regierungen. Den Staaten kann er Bedingungen stellen, bzw. Staatschefs zu Bittstellern degradieren. Das patriarchale System spuckt solche Leute tonnenweise aus, sie streben nach oben, weil das dem patriarchalen Modell entspricht. Sie putschen, wenn die Dinge nicht so laufen wie gewünscht. Sie sind austauschbar. Nur ihre Macht gibt ihnen diese Möglichkeiten – ohne Macht sind es nur aufgeblasene, lächerliche Egomane. Sie treiben Millionen Menschen seit Jahrhunderten in den Tod, Sie zerstören die Natur, als gehöre sie ihnen. Zerstören wir nicht das System, das solche Egomane hervorbringt, kommen neue ihrer Sorte. Es geht also nicht (nur) um Elend Musk – sondern um eine imperiale Lebensweise – die diese Männer uns aufzwingen. Es geht um einen Showdown zwischen imperialer Lebensweise versus Freiheit für alle Menschen.

Diese Sorte Mensch und deren ökonomisches Konzept steht für eine Minderheit auf diesem Planeten, die diese imperiale Lebensweise für die einzige richtige hält. Neu ist, dass die Kippunkte, die uns die Endlichkeit dieser zerstörerischen Lebensweise vor Augen führen, vielfach überschritten sind. Andere Kippunkte rücken in atemberaubender Geschwindigkeit näher. Jahr für Jahr, Monat für Monat, Tag für Tag.

(Wenn alle Stricke reißen, dann würde Elend Musk mit einer Handvoll Sklaven und seinesgleichen das Weite vor den Folgen seiner imperialen Lebensform suchen und den Mars mit seiner Anwesenheit beleidigen. Aber unsere starken außerplanetarischen Verbündeten erwarten ihn schon; Sonnenstürme würden seine Rakete crashen, so wie sie das mit 30% seiner Satelliten im Weltall schon mal gemacht haben. Wir werden also gewinnen.)

Hensoldt Konzerns an dem auch die Bundesrepublik seit 2021 Anteile hält. Gemeinsam liefern sie technische Bauteile für Kampfflugzeuge und Drohnen, unter anderem für die türkische Bayraktar. **22.02.24:** In Wuppertal werden die Hauswände einiger Nazis mit Parolen bemalt. **24.02.24:** Bergische Kommunist*innen schlagen bei den Parteibüros der Grünen und der SPD in Wuppertal die Scheiben ein und hinterlassen Parolen. „2 Jahre ist der Angriff Russlands auf die Ukraine nun her. Deutschland hat seit dem im schnellen Tempo militarisiert.[...] Die Folgen davon können wir jeden Tag sehen und spüren. Während mit lächerlichen Scheinargumenten von Schuldenbremse und „Wir müssen sparen“ die letzten Reste des so bezeichneten Sozialstaates abgebaut werden, steckt der deutsche Imperialismus Milliarden in die Aufrüstung der Bundeswehr (und) militarisiert die EU Außengrenzen [...] Der große Gewinner dabei: deutsche Konzerne. Die Waffenindustrie verdient an Krieg und Krise Unsummen.[...] Wir sterben nicht für eure Profite!

Viele Menschen halten diese Lebensform und den damit verbundenen vermeintlichen Reichtum nach wie vor für natürlich und erstrebenswert. Vernebelt und irre-geleitet verwechseln viele Menschen Besitz und materiellen Reichtum mit Freiheit und Glück. Unwissenheit, Manipulation und Angst prägen Generationen von vielen Menschen. Wir werden reduziert auf Arbeit und Konsum und zu einer imperialen Lebensweise degradiert. Dieser materielle Reichtum auf Kosten anderer Menschen ist ein Armutszeugnis der „Zivilisation“. Diese Lebensweise macht auch deren Nutznießer:innen nicht glücklich. Die Alternativen werden unsichtbar gemacht oder schon im Entstehen zerstört. Ansätze, die der Menschheit zu gute kommen könnten, ohne dass sie Geld oder Macht abwerfen, werden delegitimiert. Indigene Lebensformen, die sich auf die Natur und deren Schutz beziehen, wurden und werden ausgelöscht. Emanzipatorische, an die Wurzeln gehende Ansätze sind in allen Epochen in Blut ertränkt worden. Oder revolutionäre Bewegungen werden korrumpiert, infiltriert, deren „Führer:innen“ gekauft, um so Herrschaft und den Fortschritt der Zerstörung für weitere Dekaden zu sichern.

Am Vorabend des 8ten März haben wir deshalb ein Leuchtfeuer gegen Kapital, Patriarchat, Kolonialismus und Tesla entzündet. Der fortwährenden Vergewaltigung der Erde begegnen wir mit Sabotage. Die Ideologie eines grenzenlosen ökonomischen Wachstums und ein auf Zerstörung basierender Fortschrittsglaube sind an ihrem Ende angekommen. Damit Europa ein „erstklassischer Investitionsstandort mit einem starken industriellen Ökosystem“ wird, werden Giganten wie Tesla noch alle Steine aus dem Weg gerollt. Doch es kommt etwas ins Rutschen. Wir, ein breiter und bunter Widerstand, rollen sie wieder hin. Wir, das sind die Geröllhaufen und Sandkörner im Getriebe einer Maschinerie, die unaufhaltsam vorwärts stampft. Wir, das sind Störfaktoren im Maschinenraum. Wir, das sind die Verzweifelten und Ausgestoßenen. Wir, das sind bürgerliche Menschen in Deutschland oder Migrant:innen auf der Flucht. Wir, das können viele Leute im Wald und in den Baumhäusern und auf der Straße sein, das können verdeckte Sabotagegruppen, wie die unsere sein. Das können auch Menschen in der Gigafactory sein, die sich an den Maschinen ihres Meisters für seine Arbeitsbedingungen revanchieren. Wir können erwischt, geschlagen, gedemütigt, vergewaltigt oder ermordet werden – aber wir sind im Recht. Nur die Gewalt kann uns am Boden halten. Aber wir stehen wieder auf. Und nach uns werden andere kommen.

Teilt die Erklärung. Übersetzt und schickt sie anderen Menschen im globalen Kampf.

Wir haben uns mit unserer Sabotage den größtmöglichen Blackout der Gigafactory zum Ziel gesetzt. Die Gefährdung unseres und das Leben anderer Menschen haben wir ausgeschlossen. Der Stillstand der Produktion der Automobilindustrie ist der Anfang vom Ende einer Welt der Zerstörung. Unser Freudenfeuer der Befreiung hatte die Stromversorgung von Tesla zum Ziel. Wir wollten die Freileitung eines Hochspannungsmasten

in der Verbindung zu den Erdkabeln an den wasserdichten Kabelmuffen treffen und die sechs 110 kV Kabel darin kurzschließen. Wir haben dazu den Schacht zu den Kabelmuffen geöffnet, der zur Hälfte unter Wasser stand. Herausschauende Starkstromleitungen haben wir trotzdem flambiert und in Kombination mit Wasser vielleicht einen Kurzschluss fabriziert. Schäden an Kabelmuffen sind oft in der Behebung des Schadens langwierig und teuer. Gleichzeitig haben wir das Feuer groß und hoch mit vielen Autoreifen angelegt, um die Stahlkonstruktion zu schwächen und eine Instabilität des Masts herbeizuführen.



Erst bei rund 1300 -1500 Grad schmilzt ein Stahlmast. Da wir mit einer Hitzeentwicklung um die 900 Grad gearbeitet haben, ging es darum, die mechanischen Eigenschaften des Masts zu verändern. Als Stahlkonstruktion unter Last kann ein schnelles, großes Feuer ab 500 Grad aufwärts zum Verlust der Festigkeit führen und Steifigkeit, Streckkraft und Elastizität des Metalls verändern. So kann es zu Knickeffekten kommen, zu Verdrehungen oder Durchbiegungen. Das war unsere Absicht.

Wir fühlen uns mit allen Menschen verbunden, die weltweit kämpfen und die unsere Worte erreichen.

Wir fühlen uns verbunden mit allen Menschen, die sich von Tesla nicht den Hahn abdrehen lassen. Wenn wir gegen solche Giganten wie Tesla gewinnen wollen, brauchen wir viele Widerstandsformen. Unsere ist eine unter vielen. Unberechenbar und vielfältigst zwingen wir nur gemeinsam das Wirtschaftsministerium Brandenburg, den Willen der Bevölkerung zu respektieren. Wirtschaftsminister Jörg Steinbach (SPD) sieht im Abstimmungsergebnis der Einwohner von Grünheide (71% gegen die Erweiterung des Tesla-Fabrikgeländes) nur ein wichtiges Votum. Er sieht in der Abstimmung vor allem eine „Heilungsmöglichkeit“, was soviel heißt wie, dass es Tesla nicht gelungen ist, zu überzeugen und der Konzern noch seine Hausaufgaben machen muss, um die Bevölkerung zu spalten, zu kaufen, zu umschmeicheln, zu überreden. Er akzeptiert das Nein der Bevölkerung nicht und fordert Tesla auf, das Nein bis Mai aufzuweichen.

Es steht allen Menschen frei sich offen oder klammheimlich über unsere Aktion zu freuen. Wer sich genötigt fühlt, sich zu distanzieren, sollte sich fragen, warum eigentlich? Und wer daran ein Interesse hat?

- Gemeinsam zwingen wir Tesla in die Knie. Switch off für Tesla.
- Grüße an alle auf der Flucht, im Untergrund in den Gefängnissen und im Widerstand!
- Liebe und Kraft allen Antif@s!

Vulkangruppe Tesla abschalten!

Wir haben uns inspirieren lassen von einigen Aktionen:

Von: „Switch Off – the system of destruction!“

<https://www.antifa-frankfurt.org/2023/09/12/dokumentation-teslas-flambiert/>

Von: „Klima- und Antikriegsaktivist:innen für den wirtschaftlichen Lock-down bei Tesla und DB- Tren Maya“

<https://de.indymedia.org/node/180652>

<https://de.indymedia.org/node/179908>

Von: Am 7. Februar 2024 wurden zwei Teslas in Rummelsburg und am 8. Februar zwei Tesla-Ladestationen in der Vulkanstraße (!) angezündet.

<https://switchoff.noblogs.org/post/2024/02/08/fahrzeuge-und-ladestatione...>

Von Vulkangruppe: Gegen den Fortschritt der Zerstörung, Brandanschlag auf Stromversorgung von Teslawerk in Berlin-Brandenburg

<https://de.indymedia.org/node/149209>

Mehr Informationen zu Tesla und Überwachung: „Autos als Kamera“ Seite 26 Autonomes Blättchen:

<https://www.anarchistischefederation.de/autonomes-blaettchen-nr-55/>

Krieg dem Krieg heißt die Militarisierung hier anzugreifen [...] 24.02.24: „Tssss... etwa 230 mal erklang dieses wundervolle Geräusch letzte Nacht in Aachen! Unsere Ziele waren diverse Autohäuser (Porsche, Audi, VW...) und Luxusautos von Privatpersonen. Lasst uns diese großartige Aktionsform ausweiten auf kapitalistische, umweltschädliche Unternehmen die niemand braucht und die unnötig städtischen Raum einnehmen! Ziele gibt es zuhauf: Autohäuser, Logistikunternehmen, Amazon, Vonovia... schnappt euch eure Bezugs und los geht's!“

